

S C H R I F T E N

zur Stadtentwicklung

Heidelberg - Studie 2009

Ergebnisse einer Umfrage in Heidelberg,
durchgeführt von Studierenden der
Universitäten Heidelberg und Mannheim
im Sommer 2009



S C H R I F T E N

zur Stadtentwicklung

Heidelberg - Studie 2009

Ergebnisse einer Umfrage in Heidelberg,
durchgeführt von Studierenden der
Universitäten Heidelberg und Mannheim
im Sommer 2009



Herausgeber:

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Chancengleichheit
Heidelberg, Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	3
2. PROBLEME IN HEIDELBERG	5
2.1 PROBLEME IM LANGFRISTIGEN VERGLEICH.....	6
2.2 DAS VERKEHRSPROBLEM IM DETAIL	7
2.3 ALTERSGRUPPENSPEZIFISCHE PROBLEME	9
3. LEBEN IN HEIDELBERG	12
3.1 VERBUNDENHEIT MIT HEIDELBERG	12
3.2 WOHLFÜHLEN IN HEIDELBERG	13
3.3 LEBENSQUALITÄT IN HEIDELBERG.....	13
3.4 EINSCHÄTZUNGEN DER EIGENEN WIRTSCHAFTLICHE LAGE	13
3.5 WICHTIGKEIT UND CHANCEN BERUFLICHEN AUFSTIEGS	14
3.6 KIRCHGANGSHÄUFIGKEIT UND RELIGIOSITÄT IN HEIDELBERG	15
3.7 MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN.....	16
3.8 BEFRAGTE MIT MIGRATIONSINTERGRUND	17
4. ERWERBSTÄTIGKEIT UND JUNGE FAMILIEN IN HEIDELBERG.....	21
4.1 ERWERBSTÄTIGKEIT	21
4.1.1 <i>Erwerbstätigkeit nach Bildungsgrad und Geschlecht</i>	21
4.1.2 <i>Berufsgruppen nach Geschlecht</i>	22
4.1.3 <i>Zufriedenheit mit Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht und Alter</i>	22
4.2 JUNGE FAMILIEN IN HEIDELBERG	23
4.2.1 <i>Familie und Kleinkinder</i>	23
4.2.2 <i>Kinderbetreuung</i>	25
4.2.3 <i>Akzeptanz von Vätern in der Familienrolle</i>	25
4.2.4 <i>Elterngeld</i>	27
5. KOMMUNALPOLITIK	28
5.1 DER HEIDELBERGER GEMEINDERAT	28
5.2 DIE FRAKTIONEN IM HEIDELBERGER GEMEINDERAT 2009.....	28
5.3 DIE FRAKTIONEN IM LÄNGERFRISTIGEN VERGLEICH	30
5.4 HEIDELBERGER POLITIKERINNEN UND POLITIKER 2009	31
5.5 DIE BEWERTUNG DES OBERBÜRGERMEISTERS	35
5.6 DIE BEWERTUNG ANDERER POLITIKER IM LÄNGERFRISTIGEN VERGLEICH	36
5.7 ABSCHLIEßENDE HINWEISE ZU MÖGLICHEN METHODENEFFEKTEN	37

6.	NICHTWÄHLER IN HEIDELBERG.....	38
6.1	NICHTWÄHLERGRUPPEN	38
6.2	WER SIND DIE NICHTWÄHLER?	40
6.3	NICHT BEKENNENDE NICHTWÄHLER.....	41
6.4	PARTEINÄHE DER NICHTWÄHLER	41
6.5	POLITISCHE INFORMIERTHEIT DER NICHTWÄHLER.....	42
6.6	SOZIALE INTEGRATION UND SOZIALE KONTROLLE DER NICHTWÄHLER	43
7.	METHODISCHE ASPEKTE	45
7.1	STICHPROBENZIEHUNG	46
7.2	AUSSCHÖPFUNG	47
7.3	STICHPROBENZUSAMMENSETZUNG UND REPRÄSENTATIVITÄT	48
7.4	GEWICHTUNGEN.....	49
7.4.1	<i>Designgewichtung: Anzahl an Telefonnummern.....</i>	<i>50</i>
7.4.2	<i>Designgewichtung: Haushaltsgröße.....</i>	<i>50</i>
7.4.3	<i>Redressment.....</i>	<i>50</i>
7.5	ITEM NONRESPONSE	51
7.6	SOZIALE ERWÜNSCHTHEIT	53
	ANHANG: FRAGEN UND ERGEBNISSE (GRUNDAUSZÄHLUNG)	56

1. Einleitung

Die Heidelberg-Studie 2009 ist die sechste Studie, die von Studierenden des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität in Kooperation mit der Stadt Heidelberg durchgeführt wurde. Im Vergleich zu den bisherigen Untersuchungen gab es jedoch zwei Veränderungen: Erstmals arbeiteten Studierende der Sozialwissenschaft an der Universität Mannheim mit, und es wurden nicht mehr nur telefonisch, sondern auch online sowie schriftlich Daten erhoben. Wie bisher wurde der Fragebogen von den Studierenden selbst im Rahmen eines Seminars an der Universität Heidelberg konzipiert (Sommersemester 2009), an dem auch einige Mannheimer Studierende teilnahmen. Wie bisher leiteten Dr. Andreas Wüst und Prof. Dr. Dieter Roth die Studie gemeinsam.

Die Telefonumfrage wurde zwischen dem 29. Juni und 2. Juli von der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) durchgeführt. Ein Teil (205) der insgesamt 1.026 telefonischen Interviews wurde von den Studierenden nach einer Interviewer-Kurzschulung im Telefonstudio der FGW realisiert. Wir danken der FGW für die Unterstützung unserer Studie. Die Online-Befragung begann eine Woche später. Vom 10. Juli bis 31. August nahmen 741 Heidelbergerinnen und Heidelberger an der Befragung teil, 38 Prozent von ihnen machten allerdings von der Option Gebrauch, einen schriftlichen Fragebogen zu erhalten und diesen auszufüllen. Zu den methodischen Details verweisen wir auf Kapitel 7. Wir danken der Stadt Heidelberg für die sehr gute Zusammenarbeit und für die Übernahme der entstandenen Kosten.

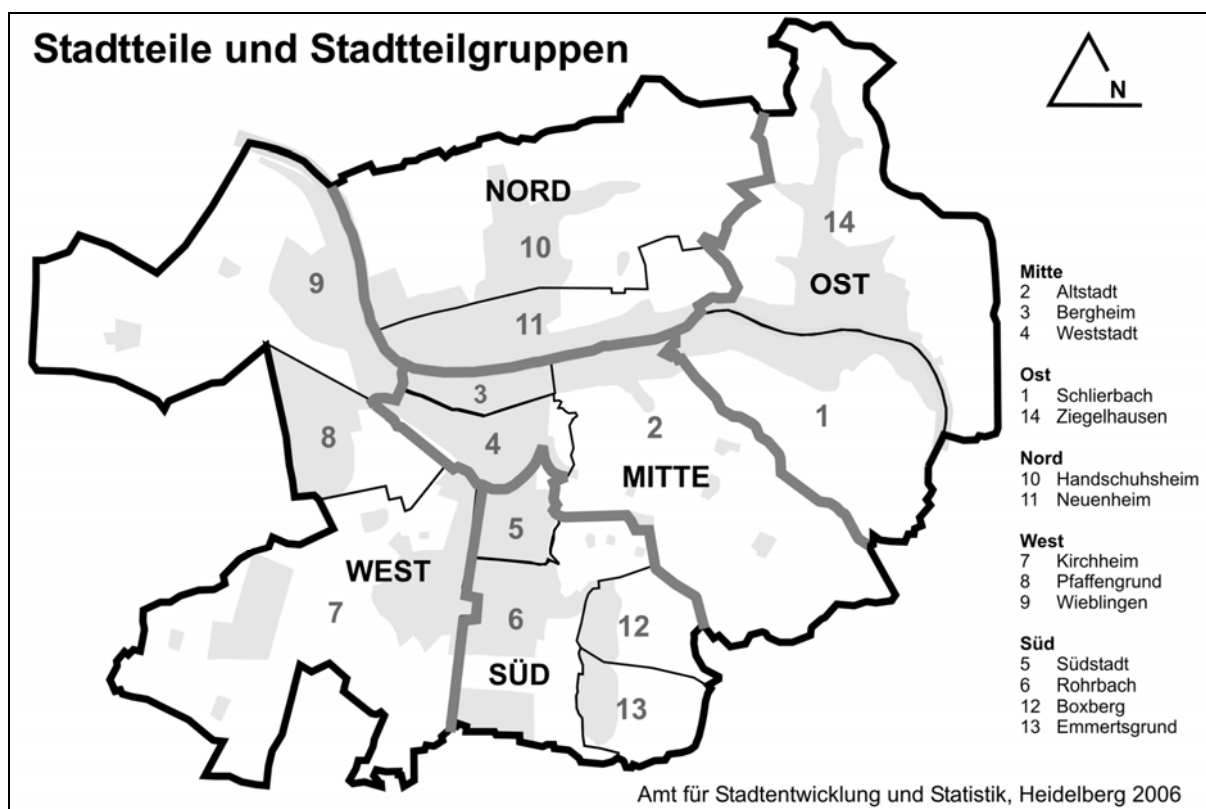
Die Auswertung der Studie erfolgte im Rahmen wissenschaftlicher Veranstaltungen an den Universitäten Heidelberg (Seminarleiter: Prof. Roth) und Mannheim (Übungsleiter: Dr. Wüst) im Herbst/Winter 2009/10. Beide Analysegruppen profitierten sehr von der professionellen Begleitung durch Franz Gerbig, der am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) von Mai 2009 bis einschließlich Januar 2010 die Online-Programmierung sowie die Rücklaufkontrolle übernahm, den Online-Datensatz aufbereitete und die drei Datenquellen in einen gemeinsamen Datensatz überführte. Ihm und Miriam Hofmann schulden wir schließlich Dank für die Eingabe der schriftlichen Fragebögen.

Die Heidelberg-Studie 2009 hat einen Schwerpunkt und verschiedene kleinere Themengebiete. Aus der zeitlichen Nähe zur Kommunalwahl lag es nahe, nach der zweiten Studie 1997 erstmals wieder die Kommunalpolitik Heidelbergs in den Mittelpunkt zu stellen sowie insgesamt die Beurteilung der Heidelberger politischen Landschaft und der agierenden Personen zu betrachten (Kapitel 5). Auf der Seite des Souveräns hat uns im Zusammenhang mit der Wahl vor allem die immer größere werdende Zahl der Nichtwähler interessiert (Kapitel 6). Und weil es eine Nachwahlstudie war, konnten die Gründe für die Nichtwahl näher analysiert werden, soweit die Befragten bereit waren, sich als Nichtwähler zu bekennen.

Natürlich haben wir uns darüber hinaus dem Leben in Heidelberg (Kapitel 3) angenommen und vor allem die aus der Sicht der Bürger wichtigsten Probleme erfasst und sie im Kontext der vorangegangenen Studien analysiert (Kapitel 2). Eine Zeitreihe wie die der Heidelberg-Studie ist kostbar, denn es lassen sich einerseits Veränderungen, andererseits Konstanz in den Einstellungen der Bevölkerung erkennen. Ob und wie die Stadt Heidelberg mit den Erkenntnissen umgeht, interessierte uns bei Konzeption und Analyse nur am Rande, doch dass sie auch handlungsleitend werden könnte, ist uns wohl bewusst.

Wir danken der Amtsleiterin Dörthe Domzig (Chancengleichheit) sowie dem Amtsleiter Joachim Hahn (Stadtentwicklung und Statistik) für ihren Besuch im Seminar im Sommersemester 2009. Einige Impulse haben wir in Kapitel 4 mit Blick auf die Akzeptanz von Vätern in der Familienrolle aufgegriffen, andere konnten aufgrund der Begrenzungen des Fragebogens und der Umsetzung seminarinterner Forschungsinteressen nicht umgesetzt werden. Vielleicht gelingt dies ja im Rahmen einer siebten Heidelberg-Studie.

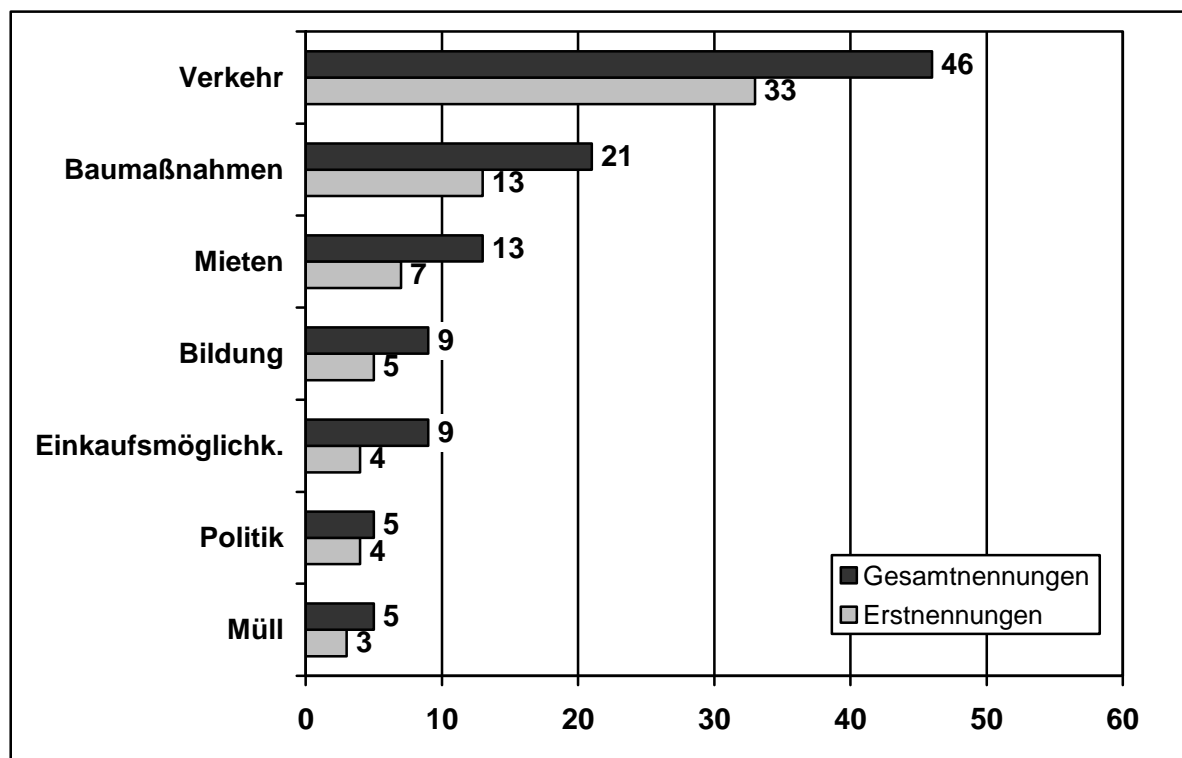
Abschließend möchten wir dokumentieren, wie die häufig verwendeten "Stadtteilgruppen" gebildet wurden (s.u.). Informationen zur aktuellen und den vorangegangenen Heidelberg-Studien sind im Übrigen auch im Internet unter umfrage.uni-hd.de abrufbar.



2. Probleme in Heidelberg

Wie in den Vorgängerstudien nehmen die Bürger Heidelbergs auch 2009 den Verkehr als wichtigstes Problem wahr. Der Verkehr wird mit 33 Prozent der Erstnennungen als *wichtigstes* und mit 24 Prozent der Zweitnennungen als *weiteres wichtiges* Problem Heidelbergs betrachtet. Kombiniert man Erst- und Zweitnennungen, nimmt der Verkehr fast die Hälfte (46%) aller Problemnennungen ein.

Abbildung 2.1: Probleme in Heidelberg (in % der Gesamt- und Erstnennungen)



Wie Abbildung 2.1 zeigt, folgt der Problematik des Verkehrs mit großem Abstand die der „Baumaßnahmen/Stadtentwicklung“ (nachfolgend „Baumaßnahmen“ genannt) mit einem Fünftel aller Nennungen. Aktuelle Bauvorhaben, wie der Neckarufertunnel, machen einen hohen Anteil dieser Nennungen aus. Zugegebenermaßen hat insbesondere der Neckarufertunnel auch einen deutlichen Bezug zur Verkehrsproblematik, denn ohne Verkehrsprobleme gäbe es diese Bauprojekte nicht. Die Nennungen auf die offenen Problemfragen legen aber nahe, den Neckarufertunnel den „Baumaßnahmen“ zuzuordnen, denn häufig wird er als Projekt genannt, mit dem sich die Stadt finanziell übernehme.

Von den „Baumaßnahmen“ auf den dritten Rang verwiesen wird in der diesjährigen Studie die Problemkategorie „Mieten/Wohnungsmarkt“ (nachfolgend „Mieten“) mit 13 Prozent. Weiter in der Rangfolge der Probleme Heidelbergs werden die Themenkomplexe „Ausbil-

dung/Bildung/Schule/Universität“ (nachfolgend „Bildung“) und „Einkaufsmöglichkeiten/Geschäftsstruktur“ (nachfolgend „Einkaufsmöglichkeiten“) mit je 9 Prozent und die Kategorie „Parteien/Politikverdruss/Politik allgemein“ mit 5 Prozent genannt. Angesichts der aktuellen Debatte um das Müll- und Lärmaufkommen, vor allem in der Innenstadt, überrascht, dass „Müll/Verschmutzung der Stadt“ mit ebenfalls 5 Prozent nur an siebter und „Lärm“ mit 2 Prozent gar erst an dreizehnter Stelle der Problemnennungen stehen.¹

Lediglich an achter Stelle der Probleme Heidelbergs rangiert – trotz Wirtschaftskrise – die „Arbeits- und Wirtschaftslage/Finanzkrise“ (nachfolgend „AWF“) mit 4 Prozent. Auch 4 Prozent der Gesamtnennungen entfallen auf „Ruhe und Ordnung/Kriminalität“ jeweils 3 auf „Familie und Jugend“ und „Kinderbetreuung“. Es folgen „Kultur(politik)/Subkultur“ und das „Soziale Miteinander“ (je 2%).

2.1 Probleme im langfristigen Vergleich

In Anbetracht des seit 1994 am wichtigsten empfundenen Problems der Verkehrssituation Heidelbergs, ist in der diesjährigen Studie ein überraschend deutlicher Rückgang der Verkehrs-Nennungen zu erkennen (Tabelle 2.1). Im Vergleich zu allen bisherigen Heidelberg-Studien hat das Problem Verkehr 2009 mit nur noch 33 Prozent der Erstnennungen den Tiefstpunkt der Nennungen erreicht. Ein Rückgang um gut ein Fünftel der Nennungen im Vergleich zu 2006 deutet auf eine klare Verbesserung in diesem Problemfeld hin. Denn auch unter Hinzurechnung der Baumaßnahme „Neckarufertunnel“ zum Themenkomplex „Verkehr“ würde dieser nicht annähernd seinen früheren Stellenwert erlangen.

**Tabelle 2.1: Die wichtigsten Probleme im langfristigen Vergleich
(in % der Erstnennungen)**

Problem	1994	1997	2000	2003	2006	2009
Verkehr	50	44	55	48	52	33
Baumaßnahmen	-	-	4	2	1	13
Mieten	9	5	3	8	7	7
Einkaufsmöglichkeiten	-	-	-	3	3	4
AWF	4	9	1	4	2	3
Kinderbetreuung	1	1	1	1	2	2

Unter „Verkehr“ fallen die Einzelnennungen „Öffentlicher Nahverkehr“, „Fahrradwege“, „Parkplatzprobleme“, „Baustellen“, „Staus“, „Ampelschaltungen“ und „Verkehr allgemein“.

¹ Für die Analyse wurden die überlappenden Kategorien „Müll“ und „Verschmutzung der Stadt“ zusammengefasst.

Allerdings gibt es einen starken Anstieg an Nennungen der Baumaßnahmen (auf nun 13%). Dies hängt ohne Zweifel mit aktuellen Bauvorhaben wie dem Neckarufertunnel und der Bahnstadt zusammen. Allein 7 Prozent der Heidelberger betrachten den Neckarufertunnel als wichtigstes Problem (Erstnennungen). Damit liegt er an dritte Stelle gleich auf mit den „Mieten“. Deren Lage hat sich nach einem zwischenzeitlichen Anstieg (2003) auf 7 Prozent stabilisiert. Die Heidelberger „Einkaufsmöglichkeiten“ werden von 4 Prozent der Befragten als problematisch angesehen. Nennungen in der Kategorie AWF unterliegen starken Schwankungen, und trotz Finanzkrise fallen 2009 hierunter lediglich 3 Prozent der Erstnennungen. Die Kinderbetreuung wird, wie zuletzt, nur von 2 Prozent der Heidelberger als wichtigstes Problem genannt.

2.2 Das Verkehrsproblem im Detail

Im Vergleich zur Heidelberg-Studie 2006, bei der die Befragten viele spezifische Verkehrsprobleme nannten, gibt es nun wieder mehr allgemeine Nennungen (Tabelle 2.2). Besonders die Kategorie „Baustellen“ hat, verglichen mit 2006, an Bedeutung verloren. Das am häufigsten genannte spezifische Problem ist nun wieder der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit 16 Prozent der Erstnennungen unter den Verkehrsproblemen.

**Tabelle 2.2: Die Entwicklung des Verkehrsproblems im Detail
(in % aller Erstnennungen zu Verkehr)**

	1994	1997	2000	2003	2006	2009
Verkehr allgemein	58	63	63	42	35	47
ÖPNV	15	13	17	22	17	16
Ampelschaltungen	2	0	1	3	6	11
Parkplätze	10	13	8	11	9	7
Baustellen	5	2	1	14	26	11
Fahrradwege	5	7	4	2	3	6
Fahrradfahrer	2	-	1	2	1	1
Staus	2	-	-	4	1	1
Sonstiges	2	2	3	-	3	-

Während die Befragten aus den zentral gelegenen Stadtteilen Heidelbergs nicht im ÖPNV sondern in den Ampelschaltungen (23%) das größte spezifische Verkehrsproblem sehen, rangiert im Süden, Norden und Westen der ÖPNV an vorderer Stelle (Abbildung 2.2). Im Süden führen vor allem Rohrbach mit 28 und Boxberg mit 25 Prozent den ÖPNV als Problem an. Ebenso erreicht der periphere Pfaffengrund im Westen mit 25 Prozent einen

Wert deutlich über dem Durchschnitt (16%). Auch im Norden liegen Handschuhsheim mit 23 und Neuenheim mit immerhin 19 Prozent merklich über dem Mittelwert.

Auf Nachfrage, ob das Angebot im ÖPNV ausreichend sei, geben im Norden 38 Prozent der Befragten an, das Angebot sei nicht ausreichend, im Süden 36 Prozent. In den zentralen Stadtteilen ist der

vordringlichste Wunsch, die Situation der Fahrradfahrer zu verbessern (54%). Im Vergleich zur Studie von 2006 ist der Anteil derer, die einen Mangel an Fahrradwegen in Heidelberg sehen, um 3 Prozentpunkte gestiegen. Deshalb fordern auch wieder mehr Menschen Bemühungen, die Bedingungen für Fahrradfahrer in Heidelberg zu verbessern (Tabelle 2.3).

Abbildung 2.2: Nennung des ÖPNV nach Stadtteilgruppen (in % der Erstnennungen unter den Verkehrsproblemen)

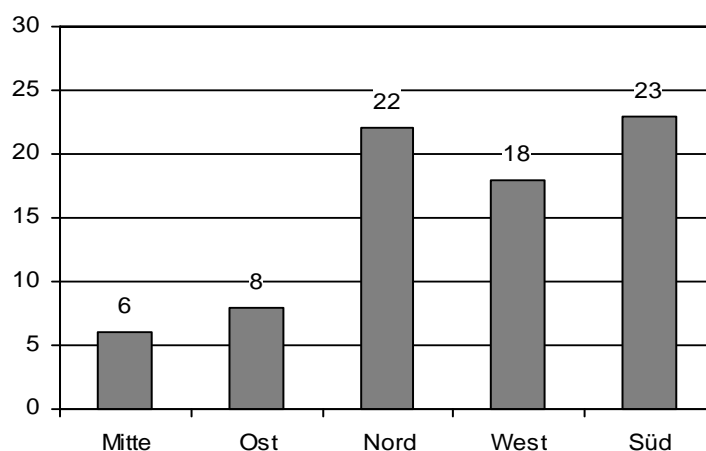


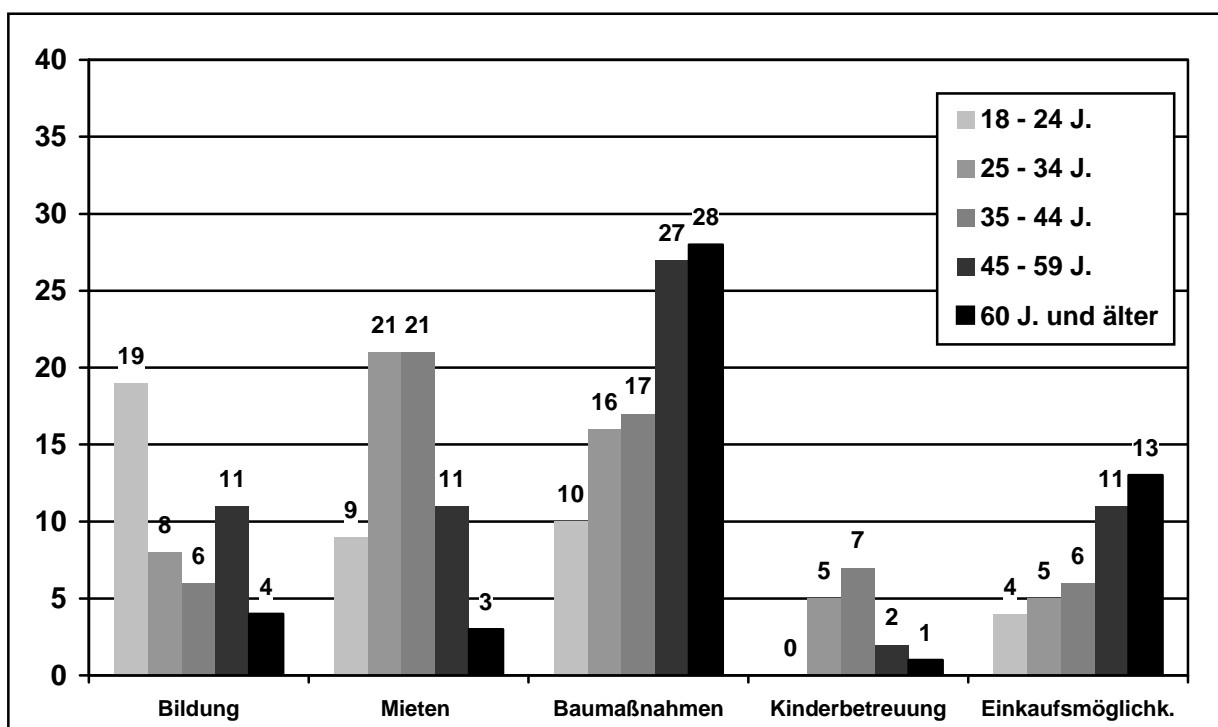
Tabelle 2.3: Zufriedenheit mit einzelnen Verkehrsmitteln, 1994 bis 2009 (in %)

Situation der Fahrradfahrer	1994	1997	2000	2003	2006	2009
Es sollte mehr getan werden	55	44	36	31	36	47
Es sollte so bleiben wie es ist	27	32	40	45	43	35
Es wird zu viel getan	16	20	20	19	17	13
Weiß nicht	2	4	4	4	4	4
Situation der Autofahrer						
Es sollte mehr getan werden	-	43	46	47	45	46
Es sollte so bleiben wie es ist	-	37	35	39	41	36
Es wird zu viel getan	-	14	11	7	8	11
Weiß nicht	-	6	6	6	5	6
Angebot im ÖPNV						
Das Angebot ist ausreichend	41	57	58	63	63	60
Das Angebot ist nicht ausreichend	55	39	33	30	29	32
Weiß nicht	5	5	8	7	7	7

2.3 Altersgruppenspezifische Probleme

Das Verkehrsproblem steht in jeder der fünf Altersgruppen an erster Stelle der Problemnennungen. Differenzen zwischen den Altersgruppen zeigen sich erst bei den zweit- und dritthäufigst genannten Problemen (Abbildung 2.3). Während für die 18- bis 24-Jährigen „Bildung“ das zweitwichtigste Problem darstellt, wird diese Problemkategorie von den älteren Befragten deutlich seltener genannt. Ebenso wie die Problemnennungen „Mieten“ ist auch „Kinderbetreuung“ für die Heidelberger mittleren Alters wichtiger als für die anderen Altersgruppen. Die Verteilungen zeigen, dass die Antwort auf die Frage nach dem zurzeit wichtigsten bzw. einem weiteren Problem hier in Heidelberg nach der individuellen Lebenslage erfolgt. So nannte die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen mit 7 Prozent der Erst- und Zweitnennungen „Kinderbetreuung“ am häufigsten. Dieser Altersgruppe gehören 56 Prozent aller Eltern mit Kindern bis sechs Jahren an, und 21 Prozent dieser Eltern haben „Kinderbetreuung“ bzw. sogar 27 Prozent „Mieten“ als Problem angeführt.

Abbildung 2.3: Altersgruppenspezifische Probleme
(in % der Erst- und Zweitnennungen)



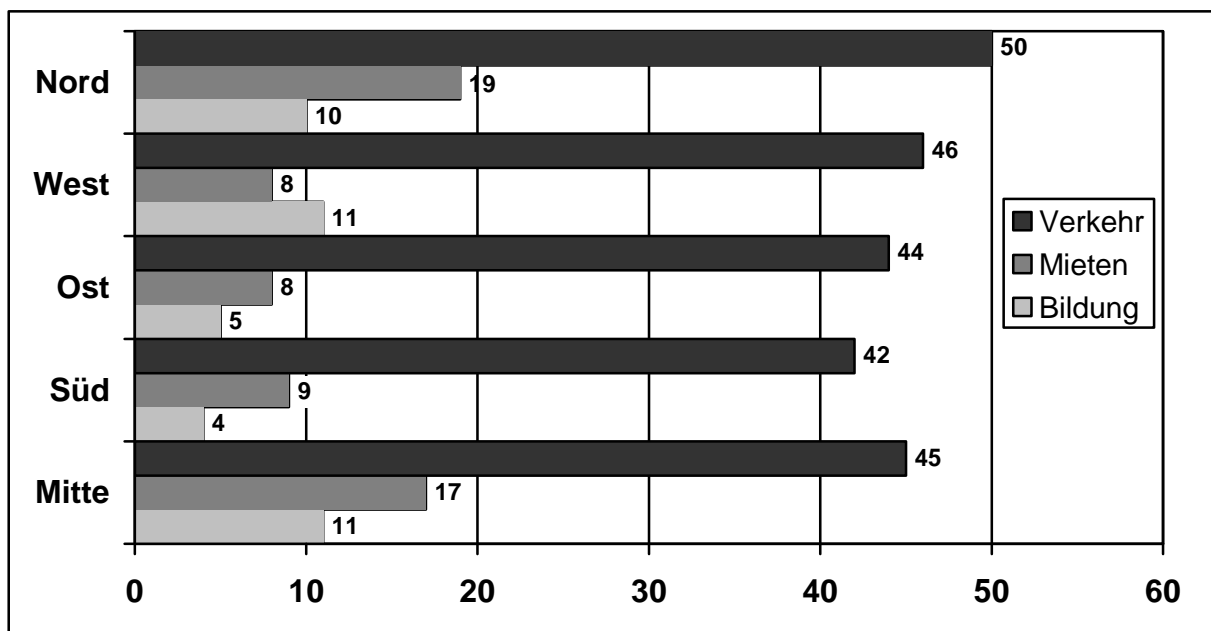
Sorgen um die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage, zum Teil wegen der Finanzkrise, sind bei den 35- bis 44-jährigen (7%) und bei den 18- bis 24-jährigen (5%) am größten. Sie müssen (beim Verlust ihres Arbeitsplatzes) möglicherweise um den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Beruf fürchten. 67 Prozent der Befragten in der jüngsten Altersgruppe sind noch nicht berufstätig.

Die Nennungen in der Kategorie „Einkaufsmöglichkeiten“ nehmen mit dem Alter ebenfalls zu. Gründe könnten in der eingeschränkten Mobilität vieler älterer Menschen liegen, die die Notwendigkeit diverser Einkaufsmöglichkeiten im näheren Umfeld erhöht. Die im Verhältnis zu jüngeren Verbrauchern begrenzte Möglichkeit, über das Internet einzukaufen, könnte ein weiterer Grund sein. Auch die „Baumaßnahmen“ weisen mit zunehmendem Alter mehr Nennungen auf. Erklären könnte dies möglicherweise eine Skepsis der Älteren gegenüber baulichen Veränderungen, während sich jüngere Befragte vielleicht nachhaltige Verbesserungen von diesen Projekten versprechen, wie eine Verkehrsentslastung durch den Neckarufertunnel.

2.4 Probleme der Stadtteile

Der Verkehr stellt auch unabhängig davon, in welchem Stadtgebiet die Befragten wohnen, stets das größte Problem dar. Bei den Gesamtnennungen steht er wieder an der Spitze der Antworten. Am häufigsten wird er im Norden genannt (50%) – allerdings ohne deutliche Unterschiede zu den anderen Stadtgebieten (Abbildung 2.4).

Abbildung 2.4: Die wichtigsten Probleme nach Stadtteilgruppen (in % der Gesamtnennungen)



Die Häufigkeit der Nennungen von „Mieten“ als Problem variiert kleinräumig. Sind es in den Stadtteilgruppen Ost und West je nur 8 sowie im Süden nur 9 Prozent der Befragten, die „Mieten“ als Problem betrachten, so äußern jene in Mitte und Nord mit 17 bzw. 19 Prozent überdurchschnittliche Unzufriedenheit.

Auch bei der Problemnennung „Bildung“ fällt ein deutlicher Unterschied zwischen den einzelnen Stadtteilgruppen auf. Denn je nach Berufsstatus gewinnt das Thema an Relevanz. In Stadtteilen, in denen vergleichsweise viele (noch) nicht berufstätige Personen leben, spielt die Frage nach einer angemessenen Bildung eine größere Rolle, als in Stadtteilen, in denen weniger Nicht-Berufstätige wohnen. Auffällig sind hier die besonders niedrigen Werte in den Stadtteilgruppen Ost und Süd - dort wohnen weniger Personen (7 bzw. 15%), die noch nicht berufstätig sind bzw. sich noch in einer Ausbildung oder im Studium befinden, als in allen anderen Stadtgebieten (West: 20%, Mitte: 29%, Nord: 30%).

*Tamara Frey, Franz Gerbig (Endredaktion),
Alexander Hein, Jennifer Raffler*

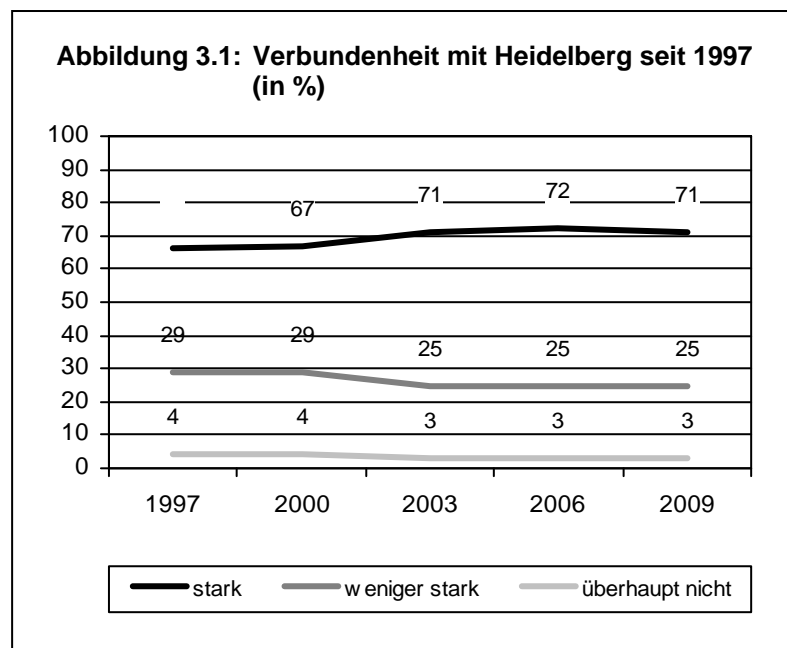
3. Leben in Heidelberg

Heidelberg ist eine lebenswerte Stadt – das haben die bisherigen Studien schon gezeigt. Wir schreiben in diesem Kapitel einige dieser Erkenntnisse fort und berichten über neue Themen, die bisher nicht im Vordergrund standen. Dazu gehören das Karrierebewusstsein und die Einschätzung von Berufschancen; aber auch über Behinderte sowie Menschen mit Migrationshintergrund und über die empfundene Religiosität berichten wir.

3.1 Verbundenheit mit Heidelberg

71 Prozent aller Befragten gaben bei der Heidelberg-Studie 2009 an, sie fühlten sich mit Heidelberg „stark verbunden“. Das ist ein konstant hoher Wert seit diese Frage gestellt wird und es gibt praktisch keine Veränderung gegenüber unseren letzten beiden Studien in den Jahren 2003 und 2006 (Abbildung 3.1).

Innerhalb der Stadtteile Heidelbergs gibt es allerdings im Vergleich zur Studie 2006 einige Veränderungen. Die niedrigsten Verbundenheitswerte zeigten damals die Bewohner des Boxbergs (52%) und mit deutlichem Abstand Ziegelhausens (64%), 2009 sind es die Bewohner Bergheims (60%), Rohrbachs und Kirchheims (je 66%). Allerdings liegen auch diese Werte nicht allzu weit vom Mittelwert weg, der insgesamt eine hohe Verbundenheit mit der Stadt zeigt.

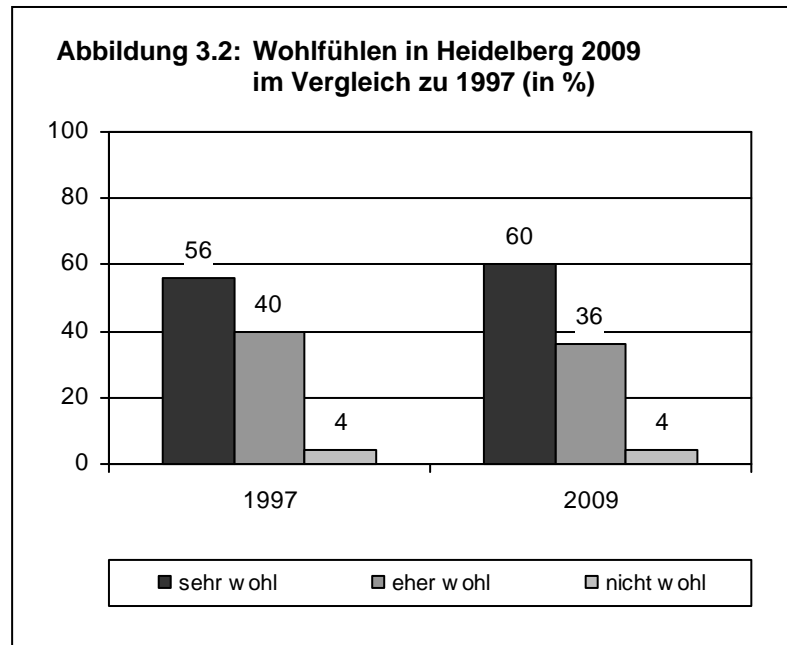


Mit der Länge der Wohndauer steigt, nicht überraschend, die Verbundenheit der Bürger mit der Stadt. Bewohner, die seit ihrer Geburt in Heidelberg wohnen, haben die stärkste Bindung an Heidelberg (87%). Bewohner, die mehr als 20 Jahren in Heidelberg wohnen, haben ebenfalls eine starke Bindung (79%). Hingegen gaben z.B. aus der Gruppe der Bewohner mit einer Wohndauer von weniger als fünf Jahren nur 52 Prozent an, sich mit Heidelberg stark verbunden zu fühlen.

Auch mit zunehmendem Alter der Befragten steigt die Verbundenheit mit Heidelberg. 79 Prozent der Befragten über 70 Jahre gaben an, sich mit Heidelberg „sehr stark“ verbunden zu fühlen. Dies unterscheidet sich z.B. von der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen schon deutlich. In dieser Altersgruppe fühlen sich 64 Prozent mit der Universitätsstadt „stark verbunden“.

3.2 Wohlfühlen in Heidelberg

Heidelberg ist gleichzeitig eine Stadt, in der man sich wohlfühlt und auch dies hat sich, wie ein Vergleich zu 1997 zeigt (Abbildung 3.2), kaum verändert. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Verbundenheit und Wohlfühlen in der Stadt.² Mit der Wohndauer der Befragten steigt das Wohlfühlen, ganz ähnlich wie bei der Verbundenheit mit der Stadt.



3.3 Lebensqualität in Heidelberg

Die Lebensqualität hat sich nach Meinung von 49 Prozent der Heidelberger in den letzten zehn Jahren verbessert, 37 Prozent sehen eine Verschlechterung. Dies sind recht ähnliche Werte wie bei den Vorgängerstudien im Jahre 2003 (50% zu 35%) und 2006 (50% zu 33%). In den nächsten zehn Jahren erwarten mehr Heidelberger (58%) eine Verbesserung der Lebensqualität, und nur 29 Prozent befürchten eine Verschlechterung. Dies ist eine deutlich optimistischere Sicht als noch 2003 (49% zu 35%), aber etwa genau so wie 2006 (58% zu 27%). Die Heidelberger glauben an eine Verbesserung der Lebensqualität in ihrer Stadt.

3.4 Einschätzungen der eigenen wirtschaftliche Lage

2009 wurden die Heidelberger, wie schon im Jahre 2000, nach der Einschätzung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage heute und deren zukünftiger Entwicklung³ befragt. Vergleicht man die Ergebnisse mit denen vor neun Jahren (Tabelle 3.1), so sind durchaus Ver-

² Kendall's tau-c = 0,3.

³ Im Jahr 2000 wurde lediglich die Frage nach der eigenen wirtschaftlichen Lage gestellt, jedoch nicht die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in einem Jahr.

änderungen zu erkennen. Die Tabelle zeigt eine Abnahme von 5 Prozentpunkten der „guten“ Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage und eine Zunahme der „schlechten“ Einschätzungen um 3 Punkte.

Tabelle 3.1: Vergleich Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage 2009 und 2000 (in %)

Erhebungen	Gut	Teils gut/ teils schlecht	Schlecht	keine Angabe
Heidelberg-Studie Juni 2009	57	33	9	1
Heidelberg-Studie Juni 2000	62	31	6	1
Forschungsgruppe Wahlen Juni 2009	45	43	12	-
Forschungsgruppe Wahlen Juni 2000	54	38	8	-

Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit zum gleichen Zeitpunkt bundesweit erhobenen Daten (Tabelle 3.1) zeigt eine ähnliche Entwicklung, allerdings ist die empfundene Verschlechterung der persönlichen Wirtschaftslage in Deutschland insgesamt sehr viel deutlicher. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich in Heidelberg offensichtlich geringer aus als in Deutschland insgesamt.

In Heidelberg sind es vor allem die älteren Befragten ab 60 Jahre, die ihre wirtschaftliche Lage nach wie vor als „gut“ bezeichnen (65%). Junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren geben eine deutlich schlechtere Einschätzung ab (44% „gut“). Allerdings war das auch im Jahr 2000 so.

Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft zeigten sich jetzt 18 Prozent in Heidelberg optimistisch, 63 Prozent sagten, dass die Lage wohl gleich bleiben würde, und 17 Prozent meinten, dass die eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr schlechter sein würde. Innerhalb der Altersgruppen sind es vor allem die jüngeren Befragten im Alter von 18 bis 29 Jahren, die leicht positiver in die Zukunft blicken (28%). Unter den Befragten über 60 Jahre gibt es nur 5 Prozent Optimisten.

3.5 Wichtigkeit und Chancen beruflichen Aufstiegs

Für ein Fünftel der Heidelberger ist bzw. war (für Rentner) der berufliche Aufstieg sehr wichtig und für fast die Hälfte der Befragten (46%) immerhin noch wichtig. Als weniger

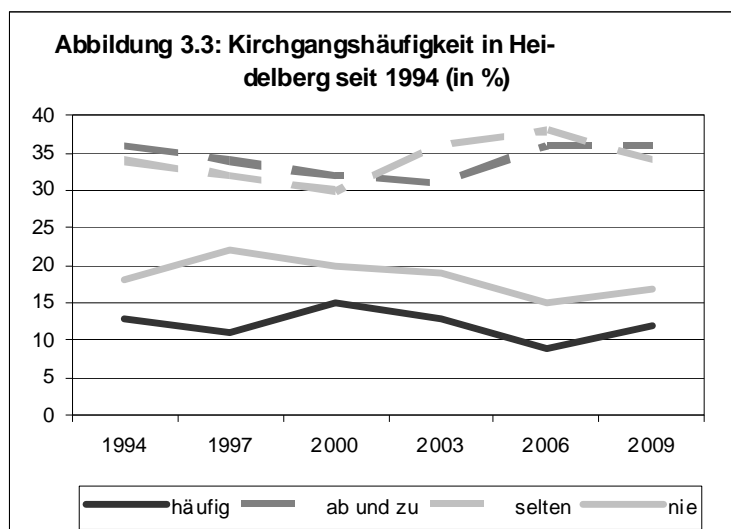
wichtig erachteten 25 Prozent ihren Aufstieg im Beruf und für 5 Prozent war das überhaupt nicht wichtig. Es sind sowohl die Jüngeren (18- bis 29-Jährigen mit 26%) als auch die Alten (über 60 Jahre, ebenfalls 26%) für die die Aufstiegsorientierung eine größere Rolle spielt bzw. spielte. Männer sind deutlich karriereorientierter als Frauen. Und es sind Menschen mit eher niedrigerem Bildungsabschluss, die eine stärkere Aufstiegsorientierung zeigen als der Durchschnitt. Alle 18- bis 29-Jährigen mit Hauptschulabschluss geben an, dass ihnen der berufliche Aufstieg sehr wichtig (58%) oder wichtig (42%) ist. Unter den Hochschulabsolventen in der gleichen Altersgruppe sagen immerhin 34 Prozent, der berufliche Aufstieg sei ihnen weniger wichtig.

Mit dem im Beruf Erreichten sind 21 Prozent sehr zufrieden, weitere 65 Prozent immerhin noch zufrieden.⁴ Nicht oder überhaupt nicht zufrieden mit dem beruflichen Erfolg ist nur ein Achtel der Heidelberger. Doppelt so häufig findet man diese unter den Befragten mit Hauptschulabschluss im Vergleich zu den Befragten mit Hochschulabschluss (18% gegenüber 9%).

Ihre beruflichen Aufstiegschancen in den nächsten fünf Jahren sehen mehr als die Hälfte der Befragten (54%)⁵ als gut an, knapp ein Viertel davon sogar als sehr gut. 36 Prozent meinen allerdings, ihre Chancen für einen beruflichen Aufstieg seien weniger gut oder überhaupt nicht gut. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es erstaunlich, dass diese Zahl gegenüber 2006 sogar leicht gefallen ist (2003: 40%).

3.6 Kirchengangshäufigkeit und Religiosität in Heidelberg

Die Bindung zur Kirche ist eine wichtige Einflussgröße für politisches Verhalten; sie wird in der Wahlforschung meist mit der Kirchengangshäufigkeit gemessen. In allen Heidelberg-Studien wurde diese Variable erhoben. Bei der Untersuchung des Zeitverlaufes der Messungen zur Kirchengangshäufigkeit⁶, weisen stets die Aus-



⁴ Nicht befragt wurden diesbezüglich Schüler, Rentner oder Vorruhestandler.

⁵ ohne Schüler, Rentner und Vorruhestandler.

⁶ In Abbildung 3.6 wurden die Antwortausprägungen „jeden Sonntag“ und „fast jeden Sonntag“ zu „häufiger Kirchengang“, sowie „einmal im Jahr“ und „seltener“ zu „seltener Kirchengang“ zusammengefasst.

prägungen „ab und zu“ sowie „selten“ die höchsten Prozentwerte unter den Antwortkategorien auf, mit weitem Abstand vor anderen Ausprägungen.

Insgesamt verändert sich im Beobachtungszeitraum nicht sehr viel. Ein Rückgang der Häufigkeit des Kirchganges ist nicht zu erkennen. Dies steht im Gegensatz zur Tendenz in Deutschland insgesamt, wo neben den Mitgliedszahlen in Kirchen auch die Kirchgangshäufigkeit im letzten Jahrzehnt gesunken ist.

In der aktuellen Heidelberg-Studie 2009 wurde erstmals neben der Kirchgangshäufigkeit als Indikator für die Kirchenbindung auch der von den Befragten angegebene Grad der Religiosität anhand einer 10er-Skala untersucht. Dabei entsprach die Ausprägung „0“ nicht religiös und „10“ religiös. Der Mittelwert für alle Befragten liegt bei 4,7. Vor allem die Älteren (über 60 Jahre) weisen einen höheren Grad an Religiosität auf (5,5). Erwartungsgemäß zeigen Jüngere die niedrigsten Werte auf der Skala (18 bis 29 Jahre: 3,4). Der Verlauf ist stetig. Im Vergleich der Geschlechter zeigt sich, dass Frauen eine höhere selbstberichtete Religiositätseinstufung angeben (4,6) als Männer (3,8). Wer keiner Religions- oder Glaubensgemeinschaft angehört, ist auch nicht religiös (1,8). Unter den Konfessionen und Glaubensgemeinschaften zeigen sich die Katholiken am stärksten religiös (5,3), während die Muslime auf den vergleichsweise niedrigen Wert von 4,5 kommen.

3.7 Menschen mit Behinderungen

2009 haben wir in der Heidelberg-Studie nach einer amtlich festgestellten Schwerbehinderung gefragt. Unter den Befragten gaben 216 Menschen eine Behinderung an; in der folgenden Analyse sind aber nur diejenigen 191 Befragten berücksichtigt, die mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent als schwerbehindert gelten können, das sind 11 Prozent aller befragten Heidelberger.⁷

Menschen mit Behinderung sind älter als die restliche Heidelberger Bevölkerung (Durchschnittsalter 62 Jahre gegenüber 43 Jahre bei allen). 80 Prozent der Menschen mit Behinderung sind älter als 50 Jahre, etwas mehr als ein Drittel sogar älter als 70 Jahre. Menschen mit Behinderung leben tendenziell in kleineren Haushalten, wobei Zweipersonenhaushalte dominieren (50%), weitere 30 Prozent sind Einpersonenhaushalte. Tendenziell interessieren sich die Menschen mit Behinderung etwas weniger als andere Bürger für Politik.

Menschen mit Behinderung sind in Heidelberg anders unterwegs als ihre Mitbürger ohne Behinderung. Ihre Behinderung macht es ihnen oft nicht möglich, wie andere Heidelberger

⁷ Die Schwere der Behinderung wird durchschnittlich mit 70% (± 19) angegeben.

hauptsächlich Fahrrad zu fahren oder zu Fuß zu gehen (zusammen 52% der Befragten, aber nur 18% der Behinderten). Behinderte sind häufiger auf das Auto angewiesen, 35 Prozent nennen es als ihr hauptsächliches Verkehrsmittel, wenn sie in Heidelberg unterwegs sind. Das wichtigste Verkehrsmittel in Heidelberg ist für die Menschen mit Behinderung der ÖPNV: Für 43 Prozent der befragten Behinderten über 50 Jahre spielt er die größte Rolle (gegenüber 27% bei den nicht Behinderten). Die hohe Bedeutung des ÖPNV gilt für alle Altersgruppen (43% gegenüber 22% bei allen Befragten).

Die Zufriedenheit von Heidelbergern mit Behinderung mit dem Angebot des ÖPNV unterscheidet sich nicht wesentlich von der aller Befragten (65% nennen das Angebot ausreichend). Obgleich auch bei den Befragten über 50 Jahre noch immer die Mehrzahl der befragten Behinderten mit dem Angebot des ÖPNV zufrieden ist, liegt die Zufriedenheit etwas unterhalb des Niveaus der restlichen Bevölkerung (65% gegenüber 71%).

Menschen mit Behinderung fühlen sich der Stadt Heidelberg genauso verbunden wie Menschen ohne Behinderung. Etwas anders ist es beim Wohlfühlen: Während auf diese Frage die Antwortkategorie „sehr wohl“ in beiden Gruppen gleich stark besetzt ist (60 bzw. 62%), fühlen sich Menschen mit Behinderung trotzdem etwas weniger wohl: 8 Prozent der Behinderten geben an, sich weniger wohl oder überhaupt nicht wohl zu fühlen, 3 Prozent der nicht Behinderten geben diese Antwort. Der Unterschied ist jedoch nur gering und immerhin geben über 90 Prozent der Behinderten an, sich sehr wohl oder zumindest wohl zu fühlen.

35 Prozent der Heidelberger Bevölkerung glauben, dass für die Menschen mit Behinderung genug getan wird. Dass nicht genug getan wird, glauben 36 Prozent. Unter den Betroffenen hingegen sagen 48 Prozent, es werde nicht genug getan. Der Unterschied kommt vor allem dadurch zu Stande, dass Menschen mit Behinderung sich häufiger eine Meinung zum Thema gebildet haben und diese auch äußern (14% weiß nicht gegenüber 28%).

3.8 Befragte mit Migrationshintergrund

In Heidelberg leben über 21.000 Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, das sind 16 Prozent der Bevölkerung.⁸ Obwohl es wegen teils eingeschränkter Deutschkenntnisse nicht einfach ist, diese Personen zu erreichen, konnten wir 102 Ausländer befragen (6%). Knapp ein Drittel der Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft gibt an, zurzeit zu studieren. Die

⁸ Gemäß offizieller Zahlen des Amts für Statistik und Stadtentwicklung der Stadt Heidelberg lebten in Heidelberg am 31.12.2008 21.012 Ausländer, also 16%. Unsere im Vergleich zu der offiziellen Statistik niedrigeren Zahlen sind unter anderem mit der schlechteren Erreichbarkeit von Ausländern und Sprachbarrieren zu erklären.

Internationalität der Hochschulen könnte also ein Grund für die Präsenz von ausländischen Staatsbürgern in Heidelberg sein.

Viele der ausländischen Studenten verlassen nach ihrem Studium wieder die Stadt, 40 Prozent der befragten Ausländer leben hier seit weniger als 5 Jahren. Einige sind jedoch in Heidelberg berufstätig. Die Gruppe der Hochschulabsolventen, die in der Stadt arbeitet, umfasst etwa ein Viertel der Ausländer. Das bedeutet, dass insgesamt 60 Prozent der Ausländer in Heidelberg einen akademischen Abschluss haben oder diesen gerade erwerben. Unter den Deutschen ist es nur gut die Hälfte.

Neben Ausländern leben in Heidelberg viele deutsche Staatsbürger, die entweder selbst oder deren Eltern im Ausland geboren wurden. Nach Schätzungen der Stadt Heidelberg beträgt dieser Anteil etwa 10 Prozent.⁹ In unserer Umfrage gaben 11 Prozent der Deutschen an, einen Migrationshintergrund (MH) zu besitzen. Die vergleichsweise größte Gruppe unter ihnen hat ihre Wurzeln in Osteuropa (Sowjetunion und Nachfolgestaaten, Polen und Rumänien). Sie leben im Durchschnitt schon genauso lange in Heidelberg (67% zehn Jahre und länger) wie die Deutschen ohne MH (66%). Unter den Ausländern ist dieser Anteil deutlich niedriger (37%).

Zusätzlich zum MH haben wir die deutschen Staatsbürger gefragt, welcher Gruppe sie sich subjektiv zugehörig fühlen. 76 Prozent der Deutschen ohne MH sehen sich selbst als Deutsche, weitere 11 Prozent sehen sich sowohl als Deutsche als auch einer anderen Gruppe zugehörig (häufigste Nennung hier: Europäer). Bei den Deutschen mit MH sind es nur 44 Prozent, die sich ausschließlich als Deutsche sehen. Weitere 41 Prozent fühlen sich sowohl als Deutsche als auch einer anderen Gruppe zugehörig. Rund ein Viertel der Deutschen mit MH, die zwei Identitäten angeben, nennen „Europa“ oder „Europäer“, danach folgen vor allem die Herkunftsländer.

An den Antworten auf die Frage nach der subjektiven Zugehörigkeit lässt sich gut erkennen, wie Menschen mit MH nach einer Generation schon etwas stärker in die Einwanderungsgesellschaft hineingewachsen sind: Lediglich 39 Prozent der Deutschen mit eigenem MH sehen sich ausschließlich als Deutsche, bei der relativen Mehrheit (42%) schlagen (noch) zwei Herzen in der Brust: sie betrachten sich sowohl als Deutsche als auch einer anderen Gruppe zugehörig. 10 Prozent geben eine ausschließlich nicht-deutsche Identität an, 3 Prozent eine europäische, und 6 Prozent machen keine Angabe. Von denjenigen Deutschen jedoch, deren Eltern bereits nach Deutschland gekommen sind, betrachtet sich die Mehrheit

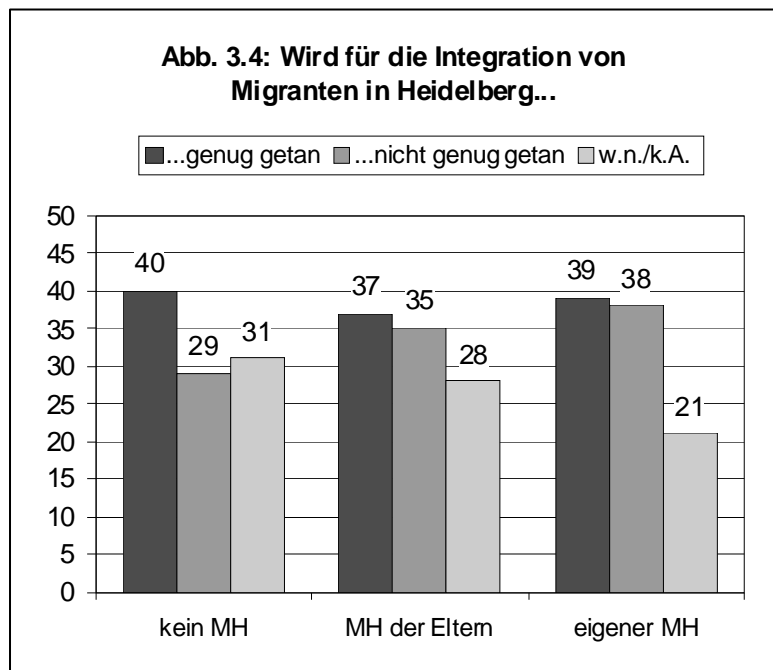
⁹ Stadt Heidelberg (Hg.): Heidelberger Migrantenstudie 2008, S. 7.

(53%) als ausschließlich deutsch, während sich 40 Prozent auch noch einer anderen Gruppe zugehörig fühlen. Lediglich 3 Prozent nennen nun ausschließlich eine nicht-deutsche Identität und 4 Prozent machen keine Angabe. Gemessen an der Selbstwahrnehmung gibt es in Heidelberg zumindest bei der identifikativen Integration Fortschritte von der ersten zur zweiten Migrantengeneration.

Wir möchten uns nun von der rechtlichen Differenzierung zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgern ganz lösen und teilen unsere Befragten danach ein, ob sie keinen, einen eigenen oder ob die Eltern einen MH besitzen. Auf der Grundlage unsere Studie haben 74 Prozent keinen, 12 Prozent einen eigenen und 5 Prozent aufgrund ihrer Eltern einen MH. Für 9 Prozent der Befragten können wir nicht genau sagen, ob und welcher MH vorliegt, so dass diese Personengruppe von weiteren Analysen ausgeschlossen bleibt.

Auf die allgemeine Frage, ob sie sich in Heidelberg wohl fühlen, antworten Befragte mit MH mehrheitlich „sehr wohl“ (59%) oder „eher wohl“ (34%). Im Vergleich zu Befragten ohne MH gibt es hier keine nennenswerten Unterschiede (vgl. Kapitel 3.2). Mit ihrer wirtschaftlichen Lage sind Befragte mit MH etwas weniger „zufrieden“ (49%) als Befragte ohne MH (59%). Bei der Beantwortung der Frage, ob für die Integration von Migranten in Heidelberg genug

getan wird, gibt es ebenfalls Unterschiede nach MH (Abbildung 3.4). Zunächst fällt auf, dass der Anteil derer, die keine Bewertung abgeben wollten, unter den Befragten ohne MH am höchsten ist. Er sinkt bei der zweiten Migrantengeneration und ist bei Personen mit eigenem MH am niedrigsten. Wer einen MH besitzt, kann offenbar auch eher einschätzen, ob für die Integration von Migranten in Heidelberg genug



getan wird oder nicht. In allen drei Gruppen meint jeweils eine relative Mehrheit, für die Integration werde genug getan. Allerdings steigt die Unzufriedenheit von lediglich 29 Prozent bei den Befragten ohne MH auf 38 Prozent bei den Befragten mit eigenem MH an. Es werden demnach auch Defizite in der Integrationspolitik der Stadt wahrgenommen, vor allem bei Personen, die selbst zugewandert sind.

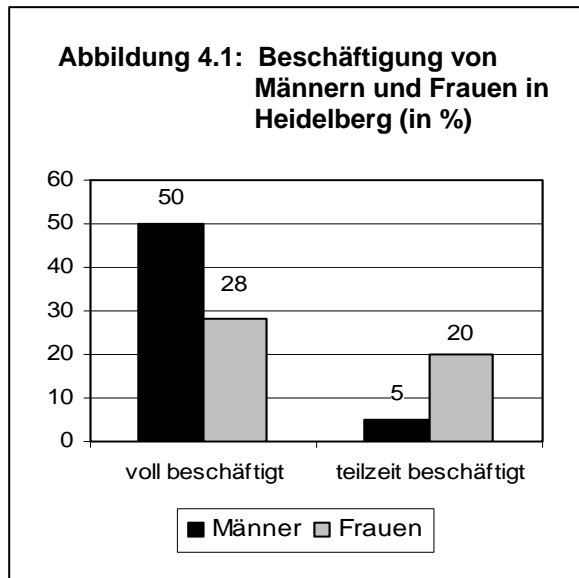
Abschließend möchten wir noch einen Blick auf Vereinsmitgliedschaften werfen, die als Indikator für die soziale Integration von Migranten betrachtet werden können. Personen ohne MH und Migranten der zweiten Generation sind in etwa gleichem Maße Mitglieder in Vereinen (51% bzw. 48%). Damit unterscheiden sich diese beiden Gruppen erheblich von Zuwanderern: Nur ein Viertel von diesen ist Mitglied in einem Verein – im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen sind das anteilmäßig nur halb so viele. Es ist vor allem der niedrige Anteil von Mitgliedschaften in Sportvereinen (11% bei der ersten Generation, 25% bei der zweiten), der zu diesem deutlichen Unterschied beiträgt.

*Lars Clemensen und Felix Wille (Endredaktion),
Nurjamal Omurkawava, Manuel Palz, Léa Moreau Shmatenko,
Rusudan Bersirova, Aline Braun, Nicolas Masing*

4. Erwerbstätigkeit und junge Familien in Heidelberg

4.1 Erwerbstätigkeit

Von den Befragten der Heidelberg-Studie geben 38 Prozent an, dass sie Vollzeit beschäftigt sind, während 14 Prozent Teilzeit arbeiten. Nimmt man Personen in Kurzarbeit, in einer



nicht-universitären Ausbildung sowie in Wehr- und Zivildienst hinzu, dann sind 57 Prozent der Befragten erwerbstätig. Diejenigen, die nicht erwerbstätig sind, befinden sich zum großen Teil bereits im Ruhestand (22%) oder studieren (13%). Die Erwerbsquote ist unter Frauen niedriger (53%) als unter Männern (61%). Hierzu tragen vor allem die höheren Rentnerinnen- und Hausfrauenanteile bei. Die Aufschlüsselung des Erwerbsstaus nach Geschlecht zeigt, dass 50 Prozent der Männer, jedoch nur 28 Prozent der Frauen in

Heidelberg Vollzeit arbeiten. Das Verhältnis bei der Teilzeitbeschäftigung ist umgekehrt und prägnanter: 5 Prozent der Männer, doch 20 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit.

4.1.1 Erwerbstätigkeit nach Bildungsgrad und Geschlecht

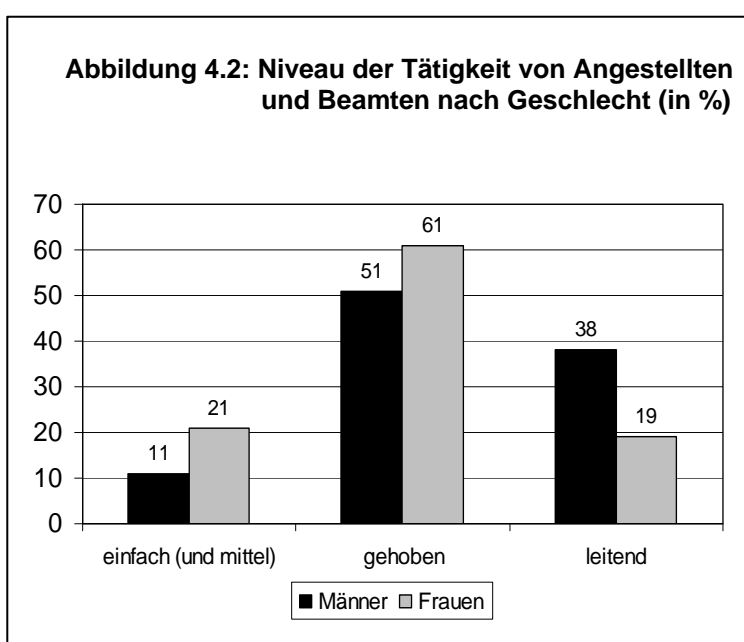
Betrachtet man nur die Befragten im erwerbsfähigen Alter unter 65 Jahren, dann zeigt sich dass die Erwerbsbeteiligung mit zunehmendem Bildungsgrad leicht ansteigt. 66 Prozent der Frauen, die einen Hauptschulabschluss besitzen, sind erwerbstätig,¹⁰ von den Frauen mit einem Hochschulabschluss sind es jedoch 78 Prozent. Ein ähnlicher Zusammenhang auf höherem Erwerbsniveau zeigt sich bei den Männern. Hier sind 77 Prozent der Hauptschulabsolventen erwerbstätig, während es bei den Hochschulabsolventen 90 Prozent sind. Ebenso verhält es sich mit dem Anteil der Vollzeitbeschäftigten. 26 Prozent der Frauen mit Hauptschulabschluss und 42 Prozent mit Mittlerer Reife sind Vollzeit beschäftigt, von denjenigen mit Hochschulabschluss sind es sogar 46 Prozent. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen variiert dagegen kaum (27% bis 31%). Bei den Männern zeigt sich erneut das gleiche Muster auf höherem Niveau (62% der Hauptschul- und 78% der Hochschulabsolventen arbeiten Vollzeit), und in keiner Bildungsgruppe arbeiten mehr als 8 Prozent der Männer Teilzeit.

¹⁰ Dies umfasst hier und nachfolgend Befragte in Vollzeit, Teilzeit, Kurzarbeit und in Ausbildung.

4.1.2 Berufsgruppen nach Geschlecht

Auf die Frage, welcher Berufsgruppe die Befragten angehören bzw. angehörten, antworteten 7 Prozent der Männer und 6 Prozent der Frauen, dass sie Arbeiter sind bzw. waren. Die Angestellten bilden mit jeweils 39 Prozent unter den Männern und Frauen die größte Berufsgruppe, die Beamtinnen und Beamten mit jeweils 5 Prozent die kleinste. Vor allem bei den Selbstständigen zeigt sich ein Unterschied nach Geschlecht: 12 Prozent der Männer aber nur 8 Prozent der Frauen sind oder waren selbstständig. Im Vergleich zu 2006 ist festzustellen, dass die Gruppe der Angestellten zum einen größer geworden ist (+4), und dass zum anderen die damals festgestellten Unterschiede (40% Männer, 60% Frauen) geringer geworden sind. 55 Prozent der Angestellten sind nun Frauen, 45 Prozent Männer.

Betrachtet man die Gruppe der Angestellten und Beamten im Detail, dann zeigen sich beim Niveau der Tätigkeit auch 2009 wieder eindeutige Unterschiede zwischen Frauen und Männern (Abbildung 4.2): eine einfache bzw. mittlere Tätigkeit findet sich bei den Frauen doppelt so häufig wie bei den Männern. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei Führungspositionen; hier arbeiten nur 19 Prozent der Frauen,



während es unter den Männern 38 Prozent sind. Obwohl 43 Prozent der vollzeitbeschäftigten Angestellten Frauen sind, stellen sie nur 31 Prozent der Angestellten in leitender Position.

4.1.3 Zufriedenheit mit Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht und Alter

Von den befragten Heidelbergerinnen und Heidelbergern, die Teilzeit beschäftigt sind, geben 54 Prozent an, mit ihrer derzeitigen Teilzeit-Tätigkeit zufrieden zu sein. 10 Prozent würden gerne Vollzeit arbeiten. 23 Prozent wollen zwar weiterhin in Teilzeit arbeiten, jedoch mit mehr Stunden in der Woche, während 11 Prozent lieber weniger Stunden die Woche arbeiten möchten. Bei geschlechtsspezifischer Betrachtung fällt auf, dass von den Teilzeit beschäftigten Frauen etliche weniger Stunden in der Woche arbeiten möchten (12%, Männer: 5%), während Männer ihre Arbeitszeit gerne eher erhöhen möchten (29%, Frauen: 22%). Jede zehnte Frau in Teilzeit würde allerdings lieber Vollzeit arbeiten, doch nur jeder vierzehnte Mann. 60 Prozent der männlichen und 53 Prozent der weiblichen Teilzeitbe-

schäftigten sind jedoch mit ihrer aktuellen Erwerbssituation zufrieden und wollen weder Vollzeit, noch Teilzeit mit mehr oder weniger Wochenstunden arbeiten.

Während 30 Prozent der 18- bis 24-Jährigen mit Teilzeitarbeit unzufrieden sind, steigt der Anteil bei den 35- bis 44-Jährigen um 7 und bei den 45- bis 59-Jährigen sogar um 13 Prozentpunkte an. Die älteren Heidelbergerinnen und Heidelberger (60 Jahre und älter) sind dann jedoch wieder etwas zufriedener (27%) als die jüngste Alterskohorte. Anders sieht es bei den 25- bis 34-Jährigen aus: 65 Prozent sind unzufrieden. Dabei sind Männer unzufriedener (73%) als Frauen (64%).

4.2 Junge Familien in Heidelberg

In den letzten Jahren ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein sehr wichtiges politisches Thema geworden. Hierbei geht es vor allem darum, wie in jungen Familien, also in solchen mit Kindern im Vorschulalter, Eltern weiter erwerbstätig sein können, ohne dass ihre Kinder dabei vernachlässigt werden. Die Flexibilität von Arbeitszeiten und temporäre Lösungen im Krankheitsfall (v.a. bei Krankheit der Kinder) sind nachweislich wichtige Komponenten der Vereinbarkeit,¹¹ doch ohne eine partielle Betreuung der Kinder durch Dritte gelingt Vereinbarkeit meist nicht. Wir haben deshalb danach gefragt, welches Elternteil sich hauptsächlich um Kinder bis sechs Jahre kümmert, welche Betreuungseinrichtungen genutzt werden und darüber hinaus, wie zufrieden diejenigen, die Betreuungseinrichtungen in Heidelberg nutzen, mit deren Öffnungszeiten sind.

4.2.1 Familie und Kleinkinder

Zehn Prozent der Befragten gaben an, Kinder im Vorschulalter zu haben. Unter diesen sagen 39 Prozent, dass sie sich hauptsächlich selbst um Kinder bis sechs Jahre kümmern, 36% nennen Partner oder Partnerin, 22 Prozent geben an, dass sich beide Eltern in gleichem Maß um die Kinder kümmern. Mit Blick auf das Geschlecht der Befragten (Abbildung 4.3) zeigt sich allerdings, dass nur 5 Prozent der Männer angeben, sich hauptsächlich um die Kinder zu kümmern, doch 77 Prozent der Frauen. Von den Frauen ist es übrigens in unserer Stichprobe nur eine einzige, die sagt, ihr Partner kümmere sich hauptsächlich um die Kinder. Auch der Anteil derjenigen, die sagen, dass sich beide Elternteile in gleichem Maß um die Kinder bis sechs Jahren kümmern, fällt bei den Frauen niedriger (18%) aus als bei den Männern (26%). Es besteht also, wie sich in ähnlicher Prägnanz mit Blick auf Zeitbudgets in der Vorgängerstudie zeigte, ein erhebliches Ungleichgewicht der Kinderbetreuung nach Geschlecht.

¹¹ Stumpf, Christian, und Andreas M. Wüst (2007): Vereinbarkeitsstudie der Metropolregion Rhein-Neckar 2007: Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung. Mannheim/Heidelberg.

Wer Kinder hat, muss bislang auch mit Nachteilen bei der beruflichen Entwicklung rechnen. 20 Prozent derjenigen Befragten der Heidelberg-Studie 2009, die Kinder bis sechs Jahren haben und berufstätig sind, berichten aufgrund der Kinder über deutliche Nachteile, weitere 36 Prozent über geringe, und 44 Prozent über keine Nachteile. Es sind vor allem Personen, die sich selbst um die Kinder

kümmern, die über Nachteile hinsichtlich der eigenen beruflichen Entwicklung klagen: 38 Prozent sagen, aufgrund ihrer Kinder hätten sie deutliche Nachteile, 31 geringe sowie ebenfalls 31 Prozent keine. Da es sich überwiegend um Frauen handelt, die sich um die Kinder kümmern, überrascht es kaum, dass die wahrgenommen Nachteile unter ihnen größer als unter Männern sind (Abbildung 4.4).

Abbildung 4.3: Wer kümmert sich hauptsächlich um Kinder bis 6 Jahre nach Geschlecht (in %)

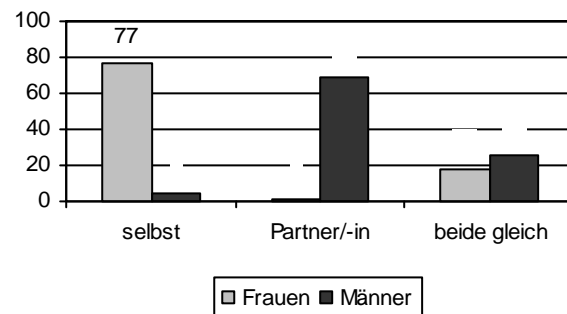
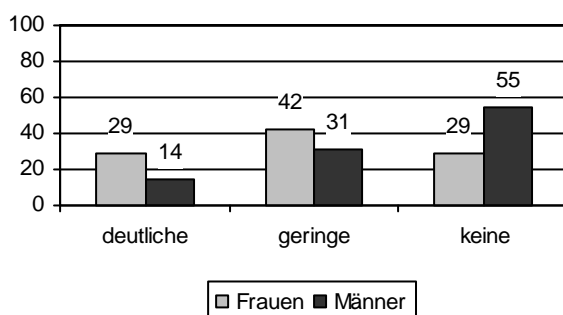


Abbildung 4.4: Wahrgenommene berufliche Nachteile aufgrund der Kinder nach Geschlecht (in %)



Wer weniger arbeiten möchte, um mehr Zeit für die eigenen Kinder zu haben, erfährt möglicherweise berufliche Nachteile, aber auch Gegenwind am Arbeitsplatz. Nach Einschätzung der Befragten der Heidelberg-Studie fänden es zwar 42 Prozent der eigenen Kollegen gut, wenn man die Arbeitszeit zu Gunsten der eigenen Kinder reduzierte, 41 Prozent allerdings nicht gut. Männer meinen hier mehr

Unterstützung von den Kollegen (50%) zu erhalten als Frauen (32%). Vom Arbeitgeber erwarten die Heidelberger mit Kindern unter sechs Jahren dagegen mehrheitlich wenig (48%) oder überhaupt kein (9%) Verständnis. Interessanterweise ist die Erwartung der Männer (62% „wenig“ oder „überhaupt kein“) an das Verständnis ihres Arbeitgebers niedriger als der Frauen (55%). Das hat zwar mit dem höheren Anteil Vollzeitbeschäftigten unter den Männern im Vergleich zu den Frauen zu tun, doch auch unter den Vollzeitbeschäftigten gibt es einen kleinen Geschlechtseffekt (66% zu 63%). Die wahrgenommenen Rollenerwartungen an Männer erschweren ganz offensichtlich die Reduktion der Arbeitszeit, damit sich Väter mehr um die eigenen Kinder kümmern können.

4.2.2 Kinderbetreuung

Regelmäßige Betreuung findet vor allem im Kindergarten und in der Kindertagesstätte statt.¹² 80 Prozent der Befragten mit Kindern bis sechs Jahren haben entweder Kinder in der „Kita“ oder im „Kiga“, 4 Prozent in beiden Einrichtungen und lediglich 16 Prozent geben ihre Kinder weder in die eine noch die andere Einrichtung. Wie Tabelle 4.1 zeigt, nutzen 11 Prozent der

Tabelle 4.1: Kinderbetreuung durch Dritte (Mehrfachnennungen)

Regelmäßige Betreuung durch ...	Fälle	Anteil
Kindergarten	53	51%
Kindertagesstätte	38	36%
Verwandte	12	11%
Tagesmutter	5	5%
andere Personen	3	3%

Befragten die regelmäßige Betreuung durch Verwandte und 5 Prozent greifen kontinuierlich auf Tagesmütter zurück. Andere Betreuungsvarianten sind selten (3%), und auch die kombinierte Nutzung verschiedener Modelle ist die Ausnahme: Am häufigsten werden noch Kindergarten und Verwandte parallel in Anspruch genommen (6%).

Wir haben nicht pauschal nach der Zufriedenheit mit den verschiedenen Betreuungseinrichtungen gefragt, da diese durch etliche, einrichtungsspezifische Faktoren verursacht sein kann. Stattdessen fragten wir gezielt nach den Öffnungszeiten, die oft genannt werden, wenn es um Kritik an Kinderbetreuungsangeboten geht.¹³ Die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten der Kigas und Kitas in Heidelberg ist groß. Mit den Öffnungszeiten der Kitas, in die ihre Kinder gehen, sind 86 Prozent der Heidelberger zufrieden (54% „sehr zufrieden“) und lediglich 14 Prozent unzufrieden (6% „sehr unzufrieden“). Die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten der Kigas fällt mit 79 Prozent unwesentlich niedriger aus (48% „sehr zufrieden“), doch auch hier hält sich die Unzufriedenheit mit 20% (6% „sehr unzufrieden“) in Grenzen. Möglicherweise gibt es dennoch Optimierungspotential.

4.2.3 Akzeptanz von Vätern in der Familienrolle

Während von Müttern früher erwartet wurde, dass sie ihren Beruf zugunsten der Familie aufgeben, kam es in den letzten Jahrzehnten zu einem veränderten Rollenbild. Wie die Heidelberg-Studie 2006 gezeigt hat, sind Mehrfachbelastungen, angefangen von einer meist zeitlich begrenzten Erwerbstätigkeit über Haushalt, Kinder bis hin zum Pflegen älterer Familienangehöriger, bei Frauen inzwischen häufig. Doch auch Väter können sich heute immer seltener ausschließlich auf die Rolle des „Ernährers“ der Familie zurückziehen. Von ihnen wird, wie zum Beispiel die „Vätermonate“ beim Elterngeld zeigen, auch Präsenz in der

¹² Kindergarten steht für die Betreuungseinrichtung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, Kindertagesstätte für Kinder unter drei Jahren. Diese konzeptionelle Trennung wurde zwar von den meisten Befragten nachvollzogen, aber es gibt auch Ausnahmen. Da sich die Ergebnisse für Kita und Kiga nur marginal unterscheiden, nehmen wir diese analytische Unschärfe in Kauf.

¹³ Stumpf/Wüst, Fn. 11, S. 9.

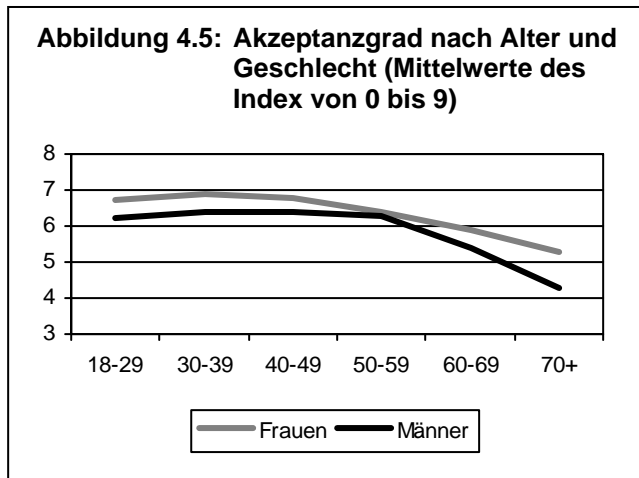
Familie erwartet. Doch wie steht es um die gesellschaftliche Akzeptanz von Vätern in der Familienrolle? Wir haben den Heidelbergern hierzu einige Fragen gestellt.

Zunächst wollten wir wissen, welches Elternteil sich hauptsächlich um Kinder bis sechs Jahre kümmern sollte. Drei Viertel sagten, es sollten beide Elternteile gleichermaßen sein, doch immerhin 22 Prozent meinten, vor allem die Mutter sollte diese Aufgabe übernehmen. Lediglich vier Befragte (0%) gaben an, der Vater sollte sich hauptsächlich um die Kinder bis sechs Jahre kümmern, und 3 Prozent machten keine Angabe. Es sind vor allem die älteren Befragten, die meinen, dass sich in der Familie hauptsächlich die Mutter um kleine Kinder kümmern sollte. Unter den über 70-Jährigen ist es mehr als die Hälfte (53%), die so denkt, unter den 60- bis 69-Jährigen ist es mit knapp einem Drittel (29%) schon deutlich weniger und in allen anderen Altersgruppen ist es jeweils weniger als ein Viertel. Bei den Älteren herrscht ein traditionelles Familienbild vor. Unter den Jüngeren sind es vor allem Anhänger von CDU und FDP, die überdurchschnittlich oft die Mutter in der Pflicht sehen. Doch auch unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien gibt es insgesamt gesehen eine Mehrheit dafür, dass sich beide Elternheile gleichermaßen um die kleinen Kinder kümmern sollten (CDU: 60%, FDP: 63%; zum Vergleich Grüne: 93%).

Weitere Fragen zielten auf die kurz- bis langfristige Akzeptanz von Männern in der Familienrolle. Hierzu stellten wir drei Fragen nach (1) kurzer beruflicher Auszeit des Vaters nach Geburt eines Kindes, (2) Wechsel des Vaters auf eine Teilzeitstelle sowie (3) hauptsächliches Kümmern des Vaters um Kinder bis sechs Jahre. Wir gingen davon aus, dass eine temporäre Vernachlässigung des Berufs zugunsten eines Neugeborenen viel eher akzeptiert würde als Väter in Teilzeit oder gar längerfristig in einer primären Familienrolle. Diese Erwartungen bestätigten sich nur zum Teil, und vor allem nicht in dem von uns erwarteten Ausmaß. Eine Auszeit nach der Geburt lehnten lediglich 16 Prozent der Befragten ab, den Wechsel auf die Teilzeitstelle sogar nur 12 Prozent und die vermeintlich längere Familienrolle 22 Prozent. Das bedeutet, dass Teilzeit für Väter, die mehr Verantwortung in der Familie übernehmen möchten, durchweg akzeptiert wird: Ein Drittel der Befragten findet das „sehr gut“, 49 Prozent „gut“. Die Familienpause nach Geburt eines Kindes erfährt unwesentlich weniger Zustimmung (31% sehr gut, 49% gut). Lediglich die primäre Einnahme der Familienrolle wird etwas skeptischer gesehen: Nur noch 17 Prozent finden das „sehr gut“, 56 Prozent aber „gut“.

Fasst man die Antworten auf die drei Akzeptanzfragen zusammen und bildet einen (additiven) „Akzeptanzindex“, der von 0 (alle Fragen mit „überhaupt nicht gut“ beantwortet) bis 9 (alle Fragen mit „sehr gut“ beantwortet) reicht, dann ergibt sich für alle Befragten ein

Mittelwert von 6,2. Wie Abbildung 4.5 zeigt, ist die Akzeptanz unter Frauen (6,4) durchweg höher als unter Männern (6,0). Vor allem bei den Älteren und hier speziell bei den Männern lassen sich Akzeptanzverluste feststellen. Die größte Akzeptanz für Väter in der Familienrolle gibt es bei den 30- bis 39-Jährigen, sowohl unter den männlichen als auch unter den weiblichen Befragten. Ferner werden Männer in der Familienrolle stärker von Eltern mit Kindern bis sechs Jahren akzeptiert (7,0). Schließlich bestätigt sich auch der Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und der Akzeptanz von Männern in der Familienrolle. Dies zeigt sich sowohl beim Vergleich des bürgerlichen Lagers mit dem linken als auch summarisch im Zusammenhang der Links-Rechts-Orientierung der Befragten mit dem Akzeptanzindex ($r = -0,23$).



4.2.4 Elterngeld

Im Januar 2007 wurde das sogenannte Elterngeld eingeführt, das es jungen Eltern ermöglicht, den Beruf bis zu zwölf (alleine) bzw. vierzehn (alternierend) Monate ruhen zu lassen und sich in dieser Zeit intensiv um das neugeborene Kind zu kümmern. Während dieser Zeit erhalten Mütter bzw. Väter zwei Drittel des letzten Monats-Nettoverdienstes (bis zu einer Höchstgrenze von 1.800 €). Von den 88 Prozent der Befragten, die schon einmal vom Elterngeld gehört hatten, fanden es 92 Prozent gut, 6 Prozent nicht gut und 2 Prozent machten keine Angabe.

Dass sich durch die Einführung des Elterngelds die Lage junger Familien verbessert hat, meinten 69 Prozent (15% „deutlich verbessert“, 54% „etwas verbessert“), 17 Prozent sehen kaum Verbesserungen und lediglich 3 Prozent meinen, das Elterngeld sei überhaupt keine Verbesserung für junge Eltern. Zehn Prozent gaben an, dies nicht einschätzen zu können und ein Prozent machte keine Angabe. Befragte mit Kindern bis zu sechs Jahren können die Bedeutung des Elterngelds besser einschätzen (lediglich 2% „weiß nicht“), kommen aber im Prinzip zum gleichen Urteil: 72 Prozent sehen Verbesserungen für junge Familien durch die Einführung des Elterngelds, 20 Prozent meinen, es habe sich kaum etwas verbessert und 5 Prozent geben an, es habe sich überhaupt nichts verbessert. Dies ist ein alles in allem positives, lokales Urteil über die bundesweite Einführung eines familienpolitischen Politik-instruments.

Anja Hoffman und Andreas M. Wüst

5. Kommunalpolitik

Nach 1997 war 2009 die Kommunalpolitik zum zweiten Mal ein zentraler Themenbereich der Heidelberg-Studie. Wir wollten wissen, wie die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit des Gemeinderats, der Fraktionen sowie der Heidelberger Politiker wahrnehmen und beurteilen. Ergebnisse der Studie des Jahres 1997 und punktuell derjenigen des Jahres 2003 ermöglichen darüber hinaus Trendanalysen. Schließlich gingen wir noch zwei eher methodischen Fragen nach: Macht die Nennung eines Dokortitels einen Unterschied in der Bewertung eines Politikers? Und wie steht es um die Nutzung der zusätzlich angebotenen Antwortkategorie „ich kenne den Politiker/die Politikerin nicht“?

5.1 Der Heidelberger Gemeinderat

Die Heidelberger Bürger wurden zur allgemeinen Bewertung des Gemeinderats um ihre Einschätzung der Arbeit des Rats auf einer Skala von +5 (voll und ganz zufrieden) bis -5 (vollständig unzufrieden) gebeten. 78 Prozent der Befragten gaben ein Urteil ab, 12 Prozent gaben an, den Gemeinderat nicht zu kennen, und weitere 10 Prozent weigerten sich, eine Bewertung abzugeben. Wie Tabelle 5.1 zeigt, sind Befragte viel eher bereit, den Gemeinderat zu bewerten, wenn sie sich regelmäßig über die Kommunalpolitik in Heidelberg informieren. Darüber hinaus zeigt sich, dass nahezu ein Drittel derer, die sich nicht über die Kommunalpolitik informieren, sagt, dass sie den Gemeinderat nicht kennen. Allerdings findet sich in dieser Personengruppe auch ein hoher Anteil an Antwortverweigerern.

Tabelle 5.1: Bewertung des Gemeinderats abhängig von der Häufigkeit des Informierens über die Kommunalpolitik (Spaltenprozentwerte)

Bewertung abgegeben	Informieren Sie sich über die Kommunalpolitik in Heidelberg...		
	<i>regelmäßig</i>	<i>unregelmäßig</i>	<i>überhaupt nicht</i>
Ja	94	78	46
Nein, kenne ich nicht	2	12	31
Nein, möchte ich nicht	4	10	23

Wie schon 1997 erreichte der Gemeinderat 2009 eine Durchschnittsbewertung von +0,5. Knapp 28 Prozent der Befragten gaben negative Bewertungen ab, 52 Prozent jedoch zumeist leicht positive, während die verbleibenden 20 Prozent dem Gemeinderat eine „0“, also die mittlere Bewertung zukommen ließen.

5.2 Die Fraktionen im Heidelberger Gemeinderat 2009

Wurde der Gemeinderat noch von über drei Viertel der Heidelberger bewertet, so sind es bei den Fraktionen lediglich zwischen 44 Prozent (Freie Wähler) und 55 Prozent (CDU). Wie

Tabelle 5.2 zeigt, wurden die Fraktionen im Durchschnitt leicht positiv bewertet, mit Ausnahme der CDU- und FDP-Fraktion, die leicht negative Werte erhielten. Am positivsten wurde die Leistung der vergleichsweise jungen Fraktion Bündnis 90/Grüne eingeschätzt.

Tabelle 5.2: Bewertungen der Leistungen der Fraktionen im Heidelberger Gemeinderat (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

CDU	SPD	GAL/Grüne	Freie Wähler	Bündnis 90/Grüne	Die Heidelberger	FDP
-0,1	0,2	0,3	0,0	0,7	0,4	-0,1

Es war zu erwarten, dass die Nähe zu einer Partei in einem positiven Zusammenhang mit der Bewertung der entsprechenden Fraktion im Gemeinderat steht. Zudem sollten wahrscheinliche Koalitionspartner der eigenen Partei auf Bundesebene ebenfalls positiver bewertet werden als die anderen Parteien. Die Erwartungen in Bezug auf die Bewertung der eigenen Partei bestätigten sich. So wurden diese im Durchschnitt zwei Punkte besser bewertet als vom Rest der Befragten (Tabelle 5.3). Entsprechende Zusammenhänge zeigen sich zum Teil auch bei den vermeintlichen Koalitionspartnern, sind dort jedoch deutlich schwächer.

Tabelle 5.3: Bewertung der Heidelberger Gemeinderatsfraktionen nach Parteiidentifikation (Skalenmittelwerte)

Parteiidentifikation (auf Bundesebene)	CDU-Fraktion	SPD-Fraktion	B90/Grüne-Fraktion	FDP-Fraktion
CDU	2,2	0,1	-1,0	1,2
SPD	-0,6	1,5	1,2	-0,6
FDP	0,1	-1,0	-0,4	2,0
Bündnis 90/Grüne	-1,9	0,2	2,3	-1,4
Die Linke (N<30)	(-3,6)	(-2,2)	(0,4)	(-2,9)
Insgesamt	-0,1	0,2	0,7	-0,1

Mit Blick auf das Alter der Befragten und ihrer Bewertung der Fraktionen gab es folgende Erwartungen: Junge Befragte sollten die Partei Bündnis 90/Grüne positiver bewerten, während sich zunehmendes Alter positiv auf die Bewertung der Volksparteien und hier vor allem der CDU auswirken sollte. In Bezug auf die jungen Wähler zwischen 18 und 29 Jahren wurde die Erwartung, wie Tabelle 5.4 zu entnehmen ist, bestätigt. Die Grünen wurden in dieser Altersgruppe um einen ganzen Punkt besser bewertet als die anderen Parteien. Ebenso zeigte sich die erwartete positivere Bewertung der SPD und vor allem der CDU in der ältesten Altersgruppe (über 60-Jährige). In den beiden mittleren Altersgruppen (30- bis 39-Jährige und 40- bis 49-Jährige) lassen sich keine klaren Muster ausmachen. Die auffällig negative

durchschnittliche Bewertung der CDU-Fraktion unter den 40- bis 49-Jährigen lässt sich nicht durch eine spezifische Zusammensetzung dieser Teilgruppe in der Stichprobe erklären.

Tabelle 5.4: Bewertung der Heidelberger Fraktionen nach Altersgruppen

Altersgruppen	CDU-Fraktion	SPD-Fraktion	B90/Grüne-Fraktion	FDP-Fraktion
18 bis 29 Jahre	-0,1	0,5	1,5	-0,2
30 bis 39 Jahre	-0,2	0,0	0,6	-0,3
40 bis 49 Jahre	-1,1	-0,3	0,9	-0,8
50 bis 59 Jahre	-0,5	0,2	0,4	-0,3
60 J. und älter	0,9	0,4	0,0	0,7
Insgesamt	-0,1	0,2	0,7	-0,1

Auch der formale Bildungsgrad hat Einfluss auf die Bewertung. Mit zunehmendem Bildungsniveau der Befragten werden die Grünen besser bewertet, während SPD und CDU in den Gruppen formal Hochgebildeter schlechter abschneiden als in Gruppen mit niedrigem Bildungsgrad. Recht interessant ist auch der Zusammenhang zwischen der Bewertung der einzelnen Fraktionen und der individuellen Karriereorientierung (Tabelle 5.5). Es zeigt sich, dass die bürgerlichen Fraktionen umso besser bewertet werden, je stärker Befragte karriereorientiert sind. So erzielen beispielsweise „Die Heidelberger“ unter Befragten, denen die Karriereorientierung sehr wichtig ist, eine durchschnittliche Bewertung von 1,1, unter denjenigen, denen die Karriereorientierung überhaupt nicht wichtig ist, dagegen eine Durchschnittsbewertung von -0,8. Bei der Bewertung der SPD zeigt sich ein solcher Effekt nicht, und bei den beiden grünen Fraktionen nur in stark abgeschwächter Form. Das bedeutet, dass Karriereorientierung mit einer Unterstützung für bürgerliche Parteien einhergeht, während von einer Karriereorientierung zumindest in der Summe keine (und damit auch keine negativen) Effekte für linke Parteien ausgehen.

Tabelle 5.5: Zusammenhang zwischen Bewertung der Fraktionen und Karriereorientierung der Befragten (Korrelationen, Kendall's tau-c)

CDU	FDP	Die Heidelberger	Freie Wähler	GAL/Grüne	Bündnis 90/Grüne	SPD
0,18**	0,16**	0,15**	0,14**	0,06*	0,04	0,01

** p < 0,01; * p < 0,05.

5.3 Die Fraktionen im längerfristigen Vergleich

Auch in der Heidelberg-Studie 1997 wurden die Befragten um eine Bewertung der Fraktionen des Gemeinderats gebeten. Während die CDU-Fraktion, die Fraktion der Freien Wähler

sowie die Fraktion Die Heidelberger im Jahr 2009 besser bewertet wurden als noch 1997, erzielten die SPD-Fraktion und die Fraktion GAL/Grüne nun schlechtere Werte. Der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Grüne konnten 2009 erstmals „Noten“ gegeben werden. Wie Tabelle 5.6 verdeutlicht, wurden 2009 die Fraktionen der CDU um 0,3 Punkte, der Freien Wähler und der „Heidelberger“ um jeweils 0,1 Punkte besser bewertet als 1997. Trotz Verbesserung erhielt die CDU-Fraktion damit 2009 die schlechteste Bewertung aller Fraktionen – wie bereits 1997. Die Bewertungen von SPD und GAL/Grüne haben sich zwischen 1997 und 2009 um jeweils 0,3 Punkte verschlechtert. Dies trägt dazu bei, dass diese beiden Fraktionen nun nicht mehr die höchsten Durchschnittswerte erhalten, sondern Bündnis 90/Grüne und Die Heidelberger.

Tabelle 5.6: Beurteilung der Leistungen der Fraktionen im zeitlichen Vergleich

Was halten Sie von den Leistungen der ...	Mittelwerte 1997	Mittelwerte 2009	Veränderung
CDU-Fraktion	-0,4	-0,1	+0,3
SPD-Fraktion	0,5	0,2	-0,3
Fraktion GAL/Grüne	0,6	0,3	-0,3
Fraktion Freie Wähler	-0,1	0,0	+0,1
Fraktion Bündnis 90/Grüne	-	0,7	-
Fraktion Die Heidelberger	0,3	0,4	+0,1
FDP-Fraktion	-	-0,1	-

5.4 Heidelberger Politikerinnen und Politiker 2009

Unter „Heidelberger Politiker“ verstehen wir den Oberbürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden sowie diejenigen Bundestagsabgeordneten, die 2005 im Wahlkreis Heidelberg kandidiert haben. Wir ließen sie von den Befragten – analog dem Gemeinderat und der Fraktionen – auf der Skala von +5 (halte sehr viel von ihm/ihr) bis -5 (halte überhaupt nichts von ihm/ihr) bewerten. Darüber hinaus haben wir rund der Hälfte der Befragten vorhandene Dokortitel der Politiker genannt, der anderen Hälfte nicht, wobei die Gruppenzuweisung zufällig erfolgte (Split-Half-Test). Und schließlich fragten wir gezielt nach der Arbeit des Oberbürgermeisters.

Die Bewertungen der Politikerinnen und Politiker sowie die Anteile der Antwort „kenne ich nicht“ und der Verweigerungen sind Tabelle 5.7 zu entnehmen. Demnach ist Oberbürgermeister Eckart Würzner der bekannteste Politiker Heidelbergs. Nur 13 Prozent der Befragten gaben an, ihn nicht zu kennen, weitere 18 Prozent wollten ihn nicht bewerten. Auf der Bekanntheitsskala folgen die Politiker mit bundespolitischer Präsenz: Fritz Kuhn, Karl Lamers,

Lothar Binding und Dirk Niebel. Jeweils gut 20 Prozent gaben an, diese Politiker nicht zu kennen, weitere gut 20 Prozent verweigerten jeweils die Bewertung. Alle anderen Heidelberger Politikerinnen und Politiker sind weniger bekannt. Das Schlusslicht bildet Barbara Greven-Aschoff, die fast der Hälfte der Heidelberger unbekannt ist, und nur 22 Prozent der Befragten haben sie bewertet.

Tabelle 5.7: Durchschnittliche Bewertungen der Politiker (Skalenmittelwerte), Anteile abgegebener Bewertungen, "kenne ich nicht" und "verweigert"

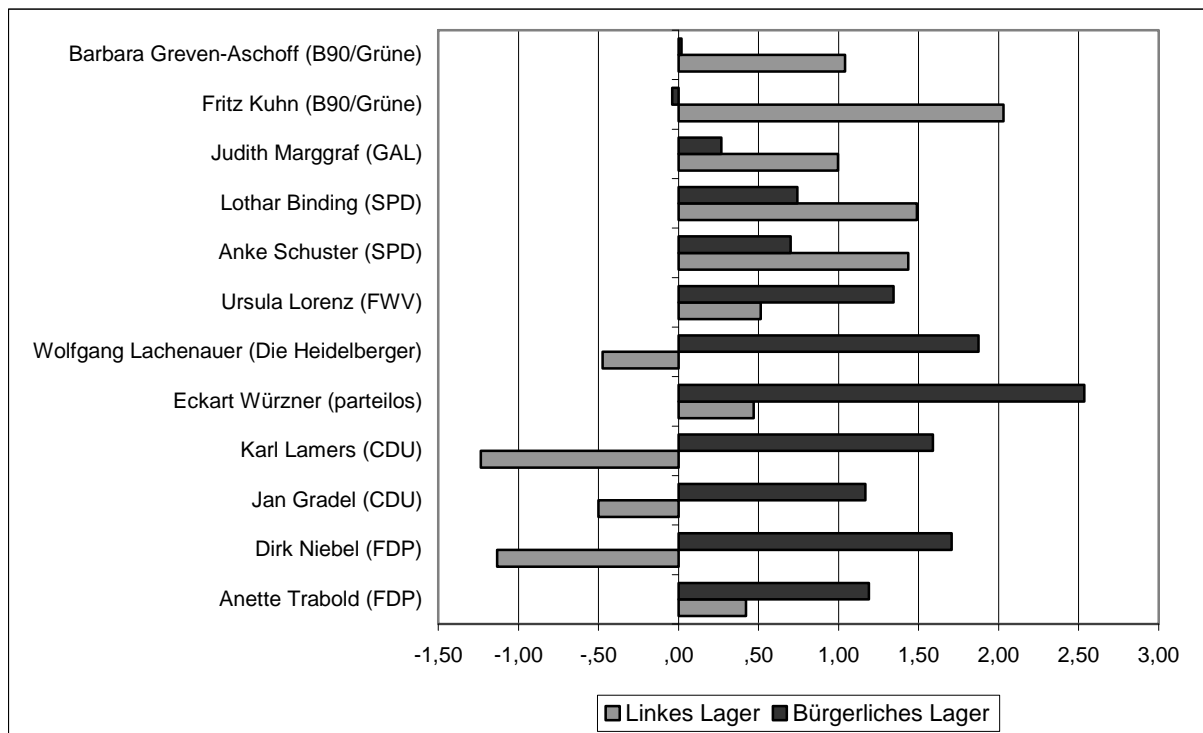
Politiker	Partei-zugehörigkeit	Bewertung (Mittelwerte)	Anteil Bewertungen (in %)	Kenne ich nicht (in %)	Verweigerungen (in %)
Eckart Würzner	Parteilos	1,4	70	13	18
Fritz Kuhn	B90/Grüne	1,2	55	21	24
Lothar Binding	SPD	1,1	54	23	23
Anke Schuster	SPD	0,9	26	44	30
Anette Trabold	FDP	0,7	38	34	29
Ursula Lorenz	FWV	0,9	31	40	30
Barbara Greven-Aschoff	B90/Grüne	0,6	22	47	31
Judith Marggraf	GAL	0,6	22	46	32
Wolfgang Lachenauer	Die Heidelberger	0,6	47	29	24
Jan Gradel	CDU	0,3	25	45	31
Dirk Niebel	FDP	0,2	56	21	23
Karl Lamers	CDU	0,0	54	23	23
Spannweite	-	1,4	48	33	15

Unkenntnis der Politiker und Verweigtenanteile hängen stark zusammen (Pearson's $r=0,97$): Wo ein Wert niedrig ist, wie bei OB Würzner der Anteil „kenne ich nicht“ (13%), da ist auch der andere Anteil, „Verweigerungen“, niedrig (18%). Wo ein Anteil hoch ist, wie bei Judith Marggraf, ist auch der andere hoch. So lässt sich vermuten, dass die Verweigerung einer Antwort eine Alternative zur Kategorie „kenne ich nicht“ darstellt, ohne dass eine Verweigerung im eigentlichen Sinn vorliegt. Befragte könnten unter dem Einfluss „sozialer Erwünschtheit“, d.h. hier z.B. dem wahrgenommenen Bewertungsdruck durch das Interview, motiviert worden sein, die Unkenntnis der Politiker durch eine Antwortverweigerung zu kaschieren.

Auf den zweiten Blick gibt es jedoch Unterschiede zwischen der Nutzung der einen oder der anderen Kategorie. Zum einen besteht, wie es sich in Tabelle 5.1 für den Gemeinderat

bereits angedeutet hat, eine geringere Spannweite der Verweigerungsanteile. Dies deutet darauf hin, dass die individuellen Politiker als Bewertungsobjekt für die (pauschale) Verweigerung eine geringe Rolle spielen. Es scheint sich bei den Verweigerungen primär um ein diffuses Phänomen zu handeln, das zu einem geringeren Teil auf die spezifischen Politiker zurückzuführen ist. Die Antworten „kenne ich nicht“ variieren erheblich stärker und sind damit klarer von den genannten Politikern und deren Bekanntheitsgraden abhängig. So stammen 29% aller Angaben „kenne ich nicht“ von Befragten, die sich überhaupt nicht für Kommunalpolitik interessieren, doch lediglich 18% der Verweigerungen.¹⁴ 59% der Antworten, die Befragte geben, die weniger als zwei Jahre in Heidelberg wohnen, lauten „kenne ich nicht“, doch lediglich 27% sind Verweigerungen. Demgegenüber nutzen vor allem Befragte ab 70 Jahren die Option „Verweigerung“ (37%) anstatt anzugeben, einen Politiker oder eine Politikerin nicht zu kennen (20%).

Abbildung 5.1: Politikerbewertungen nach Lagerzugehörigkeit der Befragten



Anmerkungen: Befragte mit einer Parteiidentifikation zu CDU/CSU und FDP, wurden dem bürgerlichen Lager zugewiesen, solche, die sich mit SPD, B90/Grüne und Die Linke identifizieren, wurden dem linken Lager zugeordnet.

Blickt man auf die Bewertungen, dann zeigt sich, dass die Politikerinnen und Politiker primär schwach positive Werte erhalten. Den höchsten positiven Wert erzielte der parteilose Oberbürgermeister Heidelbergs, Eckart Würzner, mit einem Durchschnittswert von 1,4, vor den Politikern Fritz Kuhn, B90/Grüne (1,2), Lothar Binding, SPD (1,1) und Anke Schuster,

¹⁴ Diese Analyse konnte mit Hilfe einer gestapelten Datenmatrix durchgeführt werden.

SPD (0,9). Im indifferenten Bereich liegen die Werte für Karl Lamers, CDU (0,0), Dirk Niebel, FDP (0,2) und Jan Gradel, CDU (0,3).

Aus Abbildung 5.1 wird deutlich, dass Befragte mit einer Verortung im linken Parteienspektrum (SPD, B90/Grüne, Die Linke) Politiker dieser Parteien besser bewerten als Politiker des bürgerlichen Lagers (CDU, FDP). Dagegen beurteilen Befragte, die sich den bürgerlichen Parteien zugehörig fühlen, Politiker der CDU und FDP besser. Eckart Würzner, Wolfgang Lachenauer und Ursula Lorenz gehören zwar keiner der zuvor genannten Parteien an, werden aber von den Befragten eher dem bürgerlichen Lager zugerechnet und von Anhängern dieses Lagers auch deutlich besser bewertet. Auffällig ist, dass Politiker der grünen Parteien und der SPD vom bürgerlichen Lager positive oder neutrale Bewertungen erhalten, während Politiker der CDU und FDP vom linken Lager merklich negativ bewertet werden, besonders Dirk Niebel (-1,1) und Karl Lamers (-1,2). Dieses lagerspezifische Bewertungsmuster trägt zu den niedrigen Gesamtwerten für Niebel und Lamers bei.

Die Orientierung der Befragten an Leistung und Karriere spielt bei der Bewertung der Politiker des linken Lagers in der Regel keine Rolle, lediglich bei Judith Marggraf (GAL) zeigt sich ein schwach positiver und signifikanter Zusammenhang. Bei den restlichen Politikern ist hingegen ein Zusammenhang der Bewertungen mit der Karriereorientierung deutlich feststellbar. So bewerten Befragte mit stärkerer Karriereorientierung beispielsweise Politiker der FDP besser.

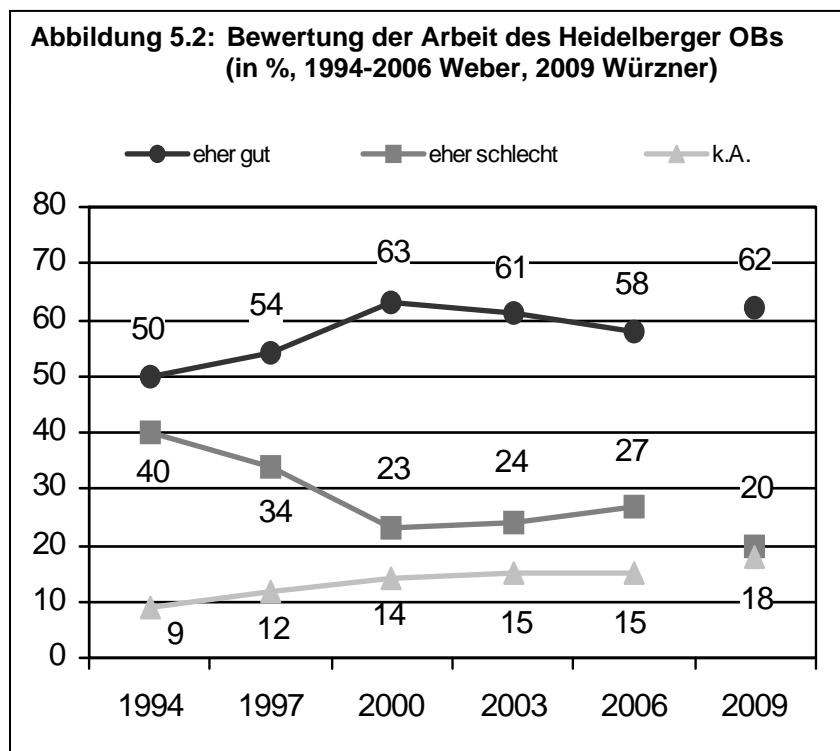
Um den Einfluss des Dokortitels auf die Bewertungen der Befragten zu untersuchen, wurde der Hälfte der Befragten der vorhandene Dokortitel der Politiker vorgelesen bzw. angegeben, der anderen Hälfte nicht. Es lag die Annahme zugrunde, dass ein akademischer Titel die Bewertung positiv beeinflusst. Bewertungsunterschiede, die auf den Dokortitel zurückzuführen sein könnten, ergeben sich jedoch lediglich bei Karl Lamers (-0,2 ohne und +0,1 mit Dokortitel) und Ursula Lorenz (+0,7 bzw. +1,0). Die anderen Politiker mit Doktorgrad, Anette Trabold, Anke Schuster, Barbara Greven-Aschoff, Eckart Würzner, und Jan Gradel werden nicht signifikant verschieden bewertet. Bei den Personen, die online/schriftlich befragt wurden, traten überhaupt keine signifikanten Unterschiede auf. Ein eindeutiger Effekt des Dokortitels auf die Bewertungen lässt sich also nicht feststellen.¹⁵ Dies gilt im Übrigen auch

¹⁵ Dies bestätigt auch eine Überprüfung, bei der von der durchschnittlichen Bewertung der Politiker mit Doktorgrad die durchschnittliche Bewertung der Politiker ohne Dokortitel abgezogen und einer statistischen Analyse unterworfen wurde. Es zeigt sich hierbei, dass bei der Frageversion ohne Angabe der Dokortitel die durchschnittliche Bewertung der Politiker ohne Dokortitel schlechter ausfällt als die Bewertung der Politiker mit Titel. Bei der Version mit angegebenem Titel hingegen werden die Politiker ohne Titel im Durchschnitt sogar geringfügig besser bewertet als die Politiker mit Titel, doch ist der Gruppenunterschied statistisch nicht signifikant.

für die Bekanntheitsgrade der Politiker: ein Dokortitel führt nach den Daten der Heidelberg-Studie nicht zu einem größeren Bekanntheitsgrad bzw. Wiedererkennungseffekt.

5.5 Die Bewertung des Oberbürgermeisters

Zusätzlich zur Bewertung auf der Skala von +5 bis -5 wurden die Heidelberger befragt, wie sie die Arbeit des Oberbürgermeisters einschätzen. Diese Bewertung erfolgt seit 1994 mit derselben Frage und ermöglicht damit langfristige Vergleiche. Eckart Würzner, der im November 2006 (nach der Heidelberg-Studie 2006) zum OB gewählt wurde, ist erstmals bewertet worden. Der neue OB hat nach Ansicht von 62 Prozent der befragten Heidelberger seine Sache bisher „eher gut“ gemacht, 20 Prozent meinten, dass Würzner seine Sache



„eher schlecht“ gemacht habe und 18 Prozent gaben keine Bewertung ab.

Vergleicht man diese Ergebnisse Würzners mit denjenigen seiner Amtsvorgängerin Beate Weber (Abbildung 5.2), sieht man, dass der neue OB auf einem sehr hohen Bewertungsniveau „einstiegt“: Lediglich der Zustimmungswert Webers in der Heidelberg-Studie 2000 ist ähnlich hoch

(63%). Auch wenn man den Anteil negativer Bewertungen betrachtet, erreicht Würzner mit 20 Prozent einen niedrigeren Wert als Weber ihn je erreicht hat. Dies deutet darauf hin, dass Würzner bislang weniger stark polarisiert als Weber.

Dass den neuen OB 18 Prozent nicht bewerten wollten oder konnten, ist nach gerade einmal zweieinhalb Jahren im Amt nicht beunruhigend. Allerdings gibt es seit 1994 einen fast stetig steigenden Anteil an Befragten, die eine Bewertung ablehnen. Deshalb könnte neben der bislang kurzen Amtszeit Eckart Würzners ein weiterer Grund in einer wachsenden Distanz zu Politikern insgesamt liegen. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Anteil der Verweigerungen auch während der Amtszeit des neuen OBs weiter erhöhen wird.

5.6 Die Bewertung anderer Politiker im längerfristigen Vergleich

Bereits im Rahmen der Heidelberg-Studie 2003 wurden vier der vorgestellten Politiker aus Heidelberg beurteilt: Lothar Binding, Karl Lamers, Fritz Kuhn und Dirk Niebel. Vergleicht man die mittleren Beurteilungen der genannten Politiker aus den beiden Heidelberg-Studien 2003 und 2009, dann zeigt sich, dass alle vier Politiker 2009 schlechter bewertet wurden als 2003. Bei Dirk Niebel ist der stärkste Rückgang zu beobachten.

Von diesen vier Politikern wurde Lothar Binding bereits im Rahmen der Heidelberg-Studie 1997 abgefragt. Auch im Vergleich zur mittleren Bewertung von 1997 schneidet Binding 2009 schlechter ab. Ebenfalls 1997 (aber nicht 2003) wurde Wolfgang Lachenauer beurteilt. Auch er erzielte 2009 ein schlechteres Beurteilungsergebnis als 1997.

Der Vergleich der Heidelberg-Studien aus den Jahren 1997, 2003 und 2009 zeigt, dass die Beurteilungen der Politiker bei leicht negativer Tendenz im Verhältnis zueinander und mit Ausnahme von Dirk Niebel weitgehend stabil bleiben.

Tabelle 5.8: Beurteilung der Politiker aus Heidelberg im längerfristigen Vergleich

Was halten Sie von ...	Mittelwerte 1997	Mittelwerte 2003	Mittelwerte 2009
Lothar Binding	1,2	1,6	1,1
Karl Lamers*	-	0,4	0,0
Fritz Kuhn	-	1,5	1,2
Dirk Niebel	-	1,2	0,2
Wolfgang Lachenauer	0,9	-	0,6

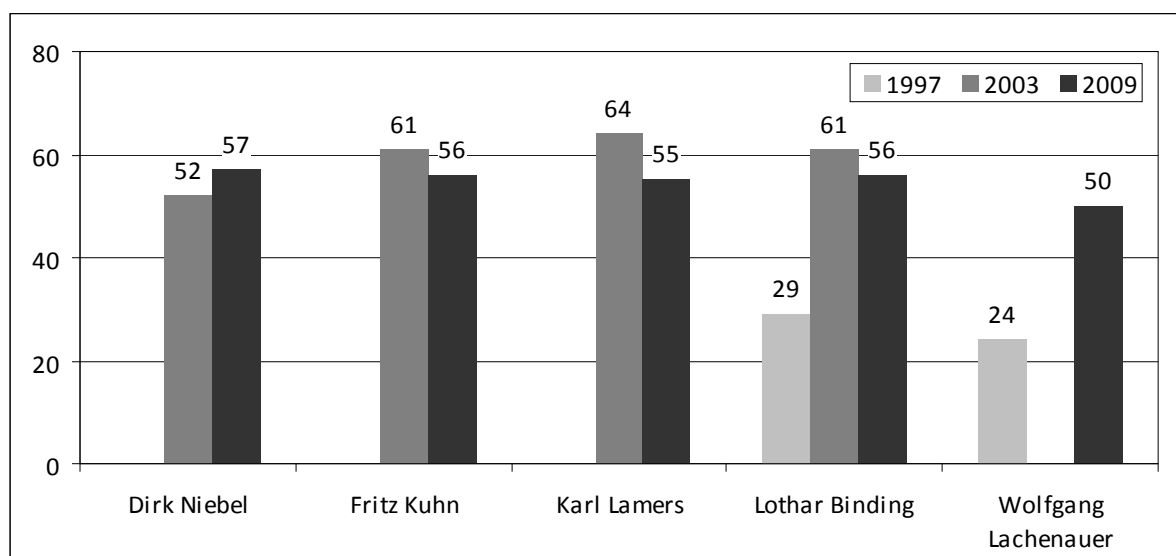
*Mittlere Bewertung 2009 bei Angabe des Dr.-Titels: 0,1; Mittlere Bewertung 2009 bei keiner Angabe des Dr.-Titels: -0,20.

Neben Veränderungen der Bewertungen hat uns auch interessiert, ob Politiker durch längere öffentliche Präsenz bekannter geworden sind. Da in den Heidelberg-Studien 1997 und 2003 nicht getrennt erfasst wurde, ob ein Politiker nicht gekannt wurde, müssen wir auf die Gesamtanteile derjenigen Befragten zurückgreifen, die eine Bewertung vorgenommen haben (Bekanntheitschätzungen). Hierbei gibt es, wie Abbildung 5.3 zeigt, Veränderungen im Zeitverlauf. Diese hängen auch damit zusammen, dass mindestens zwei der fünf Politiker zwischen 1997 und 2009 öffentlichkeitswirksamer wurden. Lothar Binding ist erst seit 1998 Bundestagsabgeordneter, Wolfgang Lachenauer wurde durch seine letztlich nur knapp erfolgreiche Kandidatur zum Heidelberger OB im Jahr 1998 bekannter, und Dirk Niebel wurde 2005 Generalsekretär der Bundes-FDP. Fritz Kuhn war zum Zeitpunkt seiner ersten Bewertung (2003) bereits Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen und wurde 2005 Frak-

tionsvorsitzender im Bundestag. Es lässt sich streiten, welches der beiden Ämter öffentlichkeitswirksamer ist. Karl Lamers dagegen ist schon seit 1994 Bundestagsabgeordneter.

Entsprechend der Erwartungen sind Binding und Lachenauer seit 1997 bekannter geworden, denn sie wurden 2009 von einem nahezu doppelten Anteil unserer Befragten bewertet als 1997. Bei Niebel zeigt sich zwischen 2003 und 2009 nur ein kleiner positiver Effekt, bei Kuhn und Lamers gibt es dagegen leicht negative Effekte. Alles in allem scheinen die Ergebnisse der Heidelberg-Studie die öffentlichen Bekanntheitsgrade der Heidelberger Politiker recht gut widerzuspiegeln.

Abbildung 5.3: Anteil der abgegebenen Bewertungen im längerfristigen Vergleich (in %)



5.7 Abschließende Hinweise zu möglichen Methodeneffekten

Beim Vergleich der Heidelberg-Studien 1997, 2003 und 2009 ist zu beachten, dass 1997 und 2003 ausschließlich telefonische Befragungen stattfanden, während 2009 erstmals auch schriftliche und Online-Befragungen durchgeführt wurden. Betrachtet man die Ergebnisse aus dem Jahr 2009 nach den unterschiedlichen Erhebungsmethoden getrennt voneinander, lässt sich feststellen, dass die Kandidatenbewertungen bei der online/schriftlichen Befragung signifikant (bis auf zwei Fälle: Würzner, Kuhn) schlechter ausfallen als bei der telefonischen Befragung. Allerdings fallen 2009 auch die ausschließlich telefonisch erhobenen Bewertungen niedriger aus als in den vorangegangenen Studien (Ausnahme: Kuhn, dessen Bewertung konstant bleibt). Das Ausmaß schlechterer Bewertungen im Jahr 2009 ist also zum Teil ein Methodeneffekt, die Grundtendenz allerdings nicht.

*Kathrin Iding, Sabrina Torregroza, Katja Borchers (Endredaktion),
Pascal König, Björn Reinhard und Lars Clemensen*

6. Nichtwähler in Heidelberg

Da es in Deutschland bis in die 1980er Jahre hinein stets hohe Wahlbeteiligungen gab, waren Nichtwähler kaum von öffentlichem oder wissenschaftlichem Interesse. Ab Mitte der 1980er Jahre setzte jedoch auf fast allen politischen Ebenen ein Trend des Rückgangs von Wahlbeteiligungen ein, der eine stärkere Beschäftigung mit Nichtwählern nach sich zog. In den letzten Jahren werden bei Kommunal- und Europawahlen zeitweise auch die 50-Prozent-Wahlbeteiligungsmarken unterschritten.

In Heidelberg lag die Beteiligung an der Bundestagswahl mit 76,9 Prozent zwar noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt (70,8%), doch sind im Vergleich zu 2005 auch in der Universitätsstadt deutliche Einbußen feststellbar (–4,9 Prozentpunkte). Ein rückläufiger Trend zeigt sich auch bei den Kommunal- und Europawahlen 2009: Waren es 2004 bei den Kommunalwahlen noch 50,5 Prozent der Wahlberechtigten, die sich an der Wahl beteiligten, so waren es nun nur noch 48,8 Prozent. Bei der jeweils zeitgleich stattgefundenen Europawahl waren es 2004 noch 52,4 Prozent Wahlbeteiligung, 2009 nur noch 51,4 Prozent.

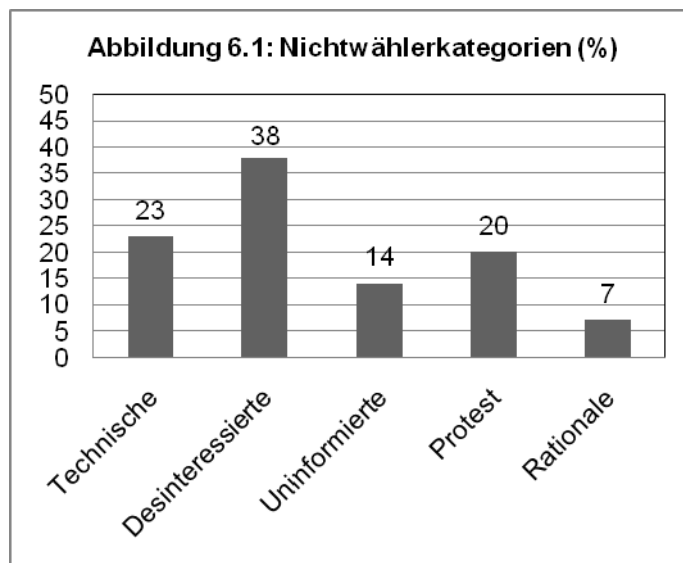
6.1 Nichtwählergruppen

Nichtwähler sind ohne Zweifel bundesweit ein Thema. Die Feldzeit der Heidelberg-Studie 2009 machte es möglich, den Nichtwählern in Heidelberg etwas genauer nach zu gehen. Wenige Wochen nach der Wahl wurden die Heidelberger nicht nur danach gefragt, ob sie zur Wahl gegangen sind und welche Partei sie gewählt haben, sondern die bekennenden Nichtwähler wurden auch gefragt, warum sie nicht an der Wahl teilgenommen haben.

Auffällig ist dabei zunächst, dass die angegebene Wahlbeteiligung in der Heidelberg-Studie viel zu hoch ist. An beiden Wahlen (Kommunalwahl und Europawahl) haben sich nach Angaben der Befragten der Studie etwa 71 Prozent beteiligt. Damit liegt die berichtete Wahlbeteiligung unserer Stichprobe rund 20 Prozentpunkte über der tatsächlichen. Der Hauptgrund für dieses abweichende Ergebnis ist, dass viele Befragte fälschlicher Weise angeben, zur Wahl gegangen zu sein, obwohl sie das nicht taten. Dieses sog. *Overreporting* kommt sowohl bei Vor- als auch bei Nachwahlstudien vor und ist in der Forschung – auch in dieser Größenordnung – bekannt.¹⁶ Das *Overreporting* ist der Tatsache geschuldet, dass die Beteiligung an einer Wahl sozial erwünscht ist. Diesem erwünschten Verhalten (soziale Norm) widersetzt man sich ungern in der Interviewsituation. Wie stark diese soziale Norm ist wird auch darin deutlich, dass 86 Prozent der Heidelberger der Aussage zustimmen: „in der Demokratie [ist] es die Pflicht jedes Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen“.

¹⁶ Caballero, Claudio (2005): Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter, Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, S. 329-365, hier S. 335.

Die bekennenden Nichtwähler wurden aufgrund ihrer Antworten in fünf Gruppen eingeteilt: In der ersten Gruppe sind die sogenannten *technischen Nichtwähler* zusammen gefasst. Es sind alle, die angaben durch Krankheit, Urlaub oder sonstige Gründe am Wahlgang verhindert gewesen zu sein. Dieser Teil der Nichtwähler, der sich stetig in einer Größenordnung von etwa 5 Prozent der Wahlberechtigten bewegt,¹⁷ ist auch in Ländern mit Wahlpflicht zu beobachten. In der Heidelberg-Studie liegt dieser Anteil auch bei gut 5 Prozent aller Befragten, unter den bekennenden Nichtwählern macht er fast ein Viertel (23%) aus (siehe Abbildung 6.1).



Die nächste Kategorie bilden die *desinteressierten Nichtwähler*. Sie umfasst Personen, die angeben, die Wahl vergessen zu haben, keine Zeit gehabt zu haben oder direkt angeben, kein Interesse an der Wahl zu besitzen. Ihr Anteil beläuft sich auf 38 Prozent. Damit bilden Desinteressierte die größte Gruppe unter den bekennenden Nichtwählern.

Die dritte Kategorie, die der *uninformierten Nichtwähler*, ist eng mit der vorherigen Gruppe verwandt, wird aber dennoch als eigenständige Gruppe behandelt. Bei diesen Nichtwählern scheint ein gewisses Interesse an der Wahl vorhanden zu sein, aber sie gaben an, nicht genug Informationen über die Wahlalternativen bekommen zu haben. Es lässt sich nicht ausschließen, dass auch andere Gründe, wie z.B. das oben geschilderte Desinteresse, sich hinter dieser Antwort verbergen. Der Anteil der uninformierten Nichtwähler beläuft sich in der Studie auf 14 Prozent.

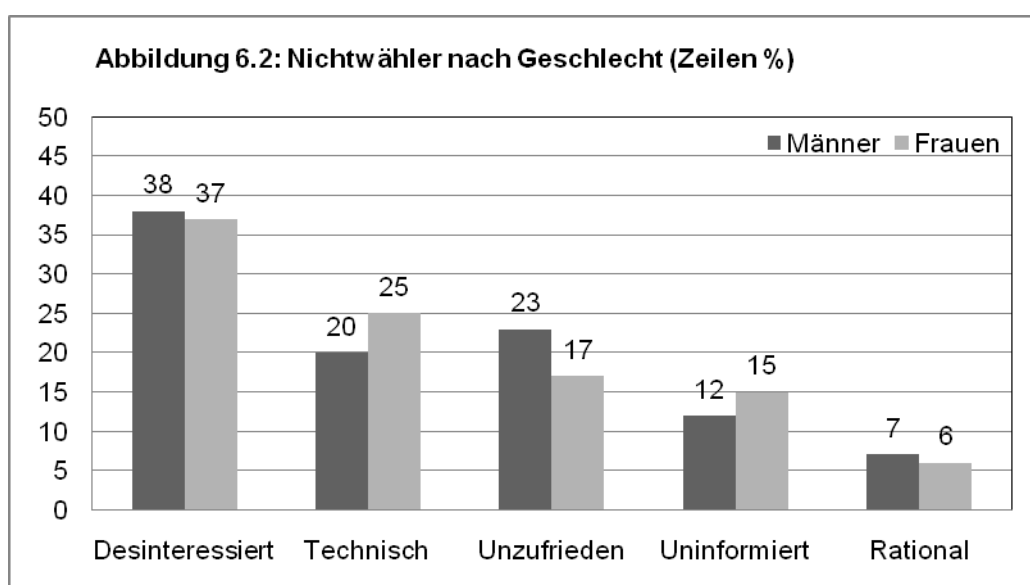
Die nächste Gruppe ist die wohl interessanteste: *Nichtwähler aus Protest*. Sie geben an, bewusst nicht gewählt zu haben, um damit ihren Protest an der Politik, politischen Inhalten oder den politischen Parteien allgemein oder gar gegenüber ihrer eigentlich präferierten Partei, zum Ausdruck zu bringen. Ihr Anteil unter den bekennenden Nichtwählern liegt bei etwa 20 Prozent.

¹⁷ Eilfort, Michael (2007): Verdrossene entfremdete Bürger? – Nichtwähler als Herausforderung für die Demokratie, in: Gerd Meyer, Stanislaw Sulowski (Hrsg.): Brennpunkte der politischen Kultur in Polen und Deutschland. Warschau, S. 119-134, hier S. 126.

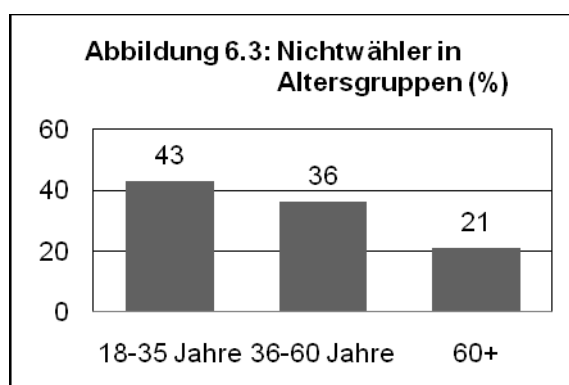
Eine letzte Gruppe nennen wir die *rationalen Nichtwähler*. Sie geben an, der Wahl ferngeblieben zu sein, weil ihre Stimme nicht ins Gewicht falle oder die Wahl ihnen schlichtweg nichts bringe. Ihr Anteil ist mit 7 Prozent unter allen bekennenden Nichtwählern am niedrigsten.

6.2 Wer sind die Nichtwähler?

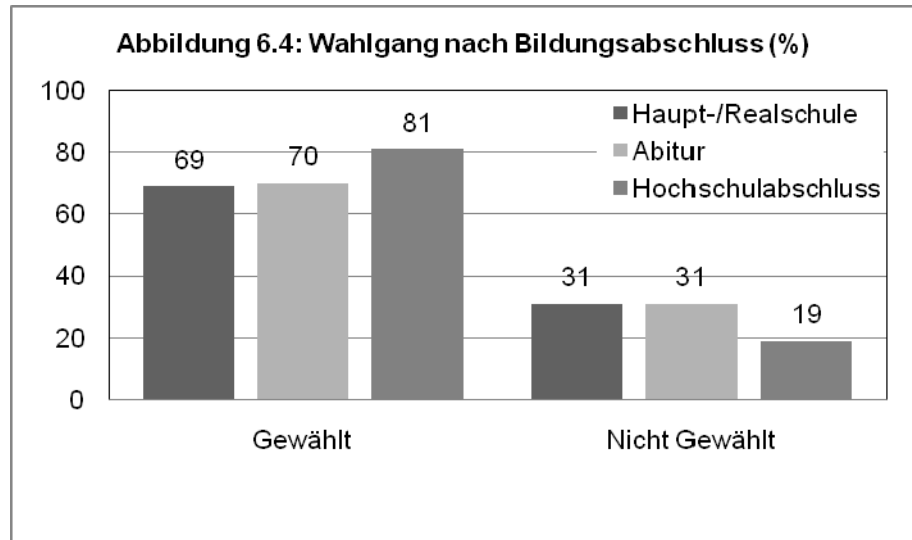
Männer und Frauen zeigen ein gleiches Maß an Desinteresse. Bei den so genannten „Technischen Gründen“, wie zum Beispiel Urlaub oder Krankheit sind Frauen überrepräsentiert. Mehr Frauen als Männer geben auch an, nicht genug informiert gewesen zu sein, um zur Wahl gehen zu können. Am größten ist der Geschlechtsunterschied (6 Prozentpunkte) bei Nichtwählern aus Unzufriedenheit (Abbildung 6.2).



Nach Alter gibt es deutlichere Unterschiede. Junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren bilden, relativ gesehen, die größte Gruppe bekennender Nichtwähler (Abbildung 6.3). Der am häufigsten genannte Grund der Nichtwahl ist bei den Befragten zwischen 18 und 35 Jahren als auch bei den 35- bis 60-Jährigen das Desinteresse (51% respektive 35%). Befragte über 60 Jahre, geben am ehesten an, nicht gewählt zu haben, weil sie unzufrieden mit dem politischen System, Parteien oder den Politikern waren. Die Befragten unter 35 geben am ehesten an, nicht genügend informiert gewesen zu sein.



Betrachtet man Nichtwähler unter dem Aspekt der formalen Bildung, so zeigt sich, dass Personen mit Hochschulabschluss eher zur Wahl gegangen sind als Befragte mit niedrigerer formaler Bildung.¹⁸ In der Gruppe der Hochschulabsolventen ist allerdings auch eine erhöhte Gefahr des *Overreportings* anzunehmen, da in ihr die Reflexion über den Wahlgang als sozial erwünschtes Verhalten besonders hoch ist. Der in der Literatur häufig angeführte Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Interesse am Wahlgang, d.h. Personen mit höherem Bildungsstand haben ein höheres Interesse an Politik und deshalb auch höhere Wahlbereitschaft, findet sich als steter Zusammenhang in Heidelberg nicht (Abbildung 6.4).



Interesse am Wahlgang, d.h. Personen mit höherem Bildungsstand haben ein höheres Interesse an Politik und deshalb auch höhere Wahlbereitschaft, findet sich als steter Zusammenhang in Heidelberg nicht (Abbildung 6.4).

6.3 Nicht bekennende Nichtwähler

Da erheblich mehr Personen angegeben haben, zur Wahl gegangen zu sein, als es tatsächlich der Fall war, stellt sich die Frage, ob und wie eigentliche Nichtwähler möglicherweise in der Studie doch noch erfasst werden können. Die Daten zeigen zumindest eines: Bei nachfolgenden Fragen zum Wahlverhalten steigt der Anteil derjenigen Befragten, die auf eine Frage keine Antwort mehr geben. Es ist plausibel anzunehmen, dass ein großer Teil dieser Personen nicht zur Wahl gegangen ist und deshalb die Antworten auf detaillierende Fragen verweigert. Bei der Frage nach der Wahlentscheidung bei der Europawahl, die nach den allgemeinen Wahlfragen und denjenigen zur Kommunalwahl gestellt wurde, haben 16 Prozent die Angabe verweigert und zwei Befragte sagen hier sogar – in Widerspruch zu ihren vorherigen Angaben – doch nicht gewählt zu haben.

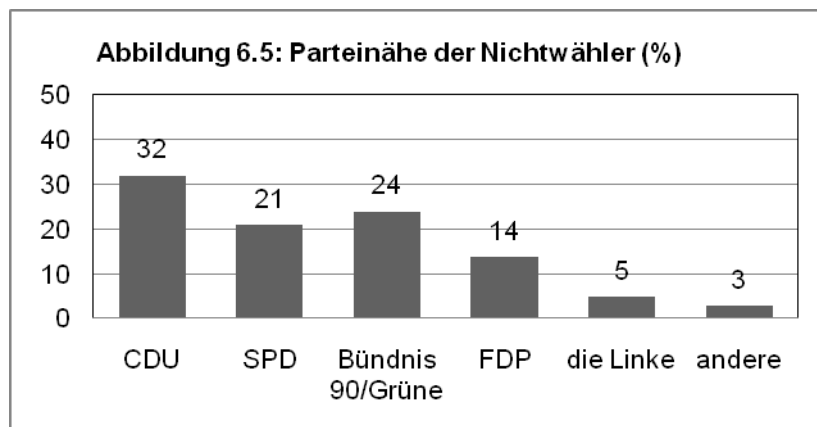
6.4 Parteinähe der Nichtwähler

Nicht erwartete Ergebnisse liefert die Heidelberg-Studie in Bezug auf die Parteinähe.¹⁹ Eigentliche Anhänger der CDU blieben der Wahl im Juni am häufigsten fern. Sie stellen

¹⁸ Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

¹⁹ Die Variable Parteinähe wurde aus der von den Befragten angegebenen Parteidentifikation (PI) gebildet und um Angaben zur Wahlabsicht (Bundestagswahl) für diejenigen Befragten ergänzt, die keine PI angaben.

innerhalb der Nichtwähler mit einer feststellbaren Parteinähe die größte Gruppe dar (32%) (Abbildung 6.5). Das Ergebnis entspricht nicht den bisherigen Erkenntnissen, nach denen sich CDU-nahe Wahlberechtigte wegen der höher wahrgenommenen Wahlnorm eher stärker an Wahlen beteiligen, sie sich aber deshalb auch eher unter dem *Overreporting* befinden könnten.²⁰



Innerhalb der Heidelberger Nichtwähler sind immerhin knapp 20 Prozent, die auf die Frage nach einer vorhandenen Parteiidentifikation angeben eine starke Bindung zu einer Partei zu besitzen. Diejenigen, die keine oder eine schwache

Parteiidentifikation aufweisen (80%), zeigten auch erwartungsgemäß geringes Interesse an dem Wahlgang und enthielten sich.

6.5 Politische Informiertheit der Nichtwähler

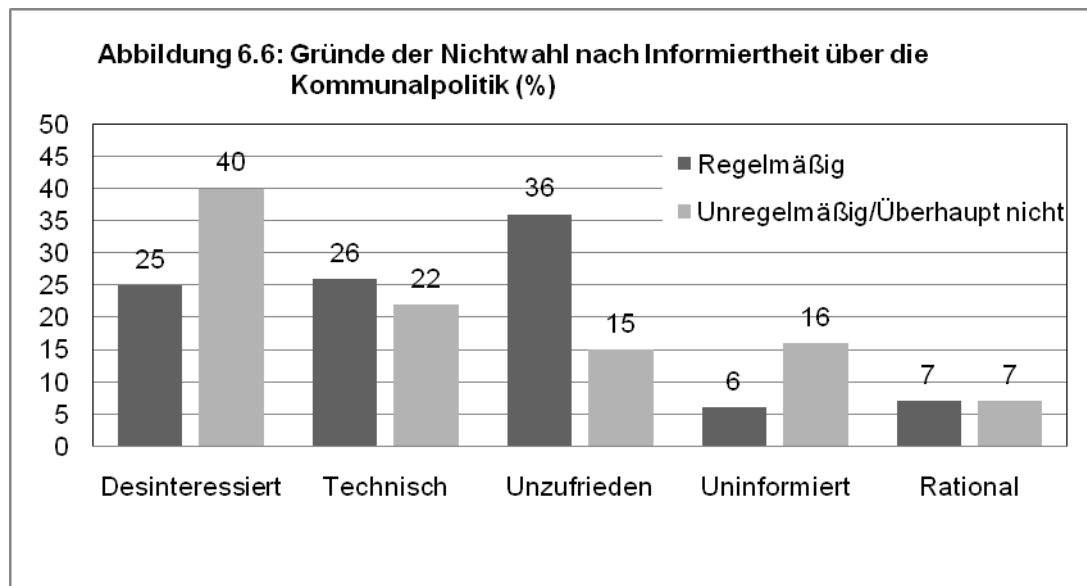
Im Rahmen der Studie wurde auch gefragt, ob und wenn ja, wie regelmäßig man sich über Kommunalpolitik informiert.²¹ Bis auf die Nichtwähler, die angegeben haben aus Protest oder Unzufriedenheit nicht gewählt zu haben, sind Nichtwähler hauptsächlich Personen, die sich nicht regelmäßig über Kommunalpolitik informieren. Die Nichtwähler, die sich regelmäßig über Kommunalpolitik informieren, geben als häufigsten Grund an, aus Protest oder Unzufriedenheit nicht zur Wahl gegangen zu sein. Bei den Uninformierten ist der am häufigsten genannte Grund das Desinteresse (Abbildung 6.6).

Bei der Frage nach dem eigenen politischen Interesse gaben 63 Prozent der Befragten an, ein starkes politisches Interesse zu besitzen, während unter den Nichtwählern nur 30 Prozent starkes politisches Interesse zeigen und fast genauso viele (29%) ein schwaches oder gar kein Interesse aufweisen. Diese Gruppe der schwach Interessierten ist unter den Wählern mit nur 6 Prozent vertreten. Das Interesse an der Kommunalpolitik wirkt sich also positiv auf die Wahrscheinlichkeit des Wahlganges aus, zumindest dann, wenn dieses

²⁰ Schoen, Harald (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Jürgen W. Falter, ders. (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, S. 135-185.

²¹ Den Befragten wurde die Frage gestellt ob sie sich regelmäßig, unregelmäßig oder überhaupt nicht über Kommunalpolitik informieren. Für die Analyse im Rahmen dieses Kapitels wurden die Kategorien „unregelmäßig informiert“ und „überhaupt nicht informiert“ zusammengefasst.

Interesse nicht zu einer negativen Beurteilung der politisch Handelnden und dadurch zur Wahlenthaltung aus Protest führt.



6.6 Soziale Integration und soziale Kontrolle der Nichtwähler

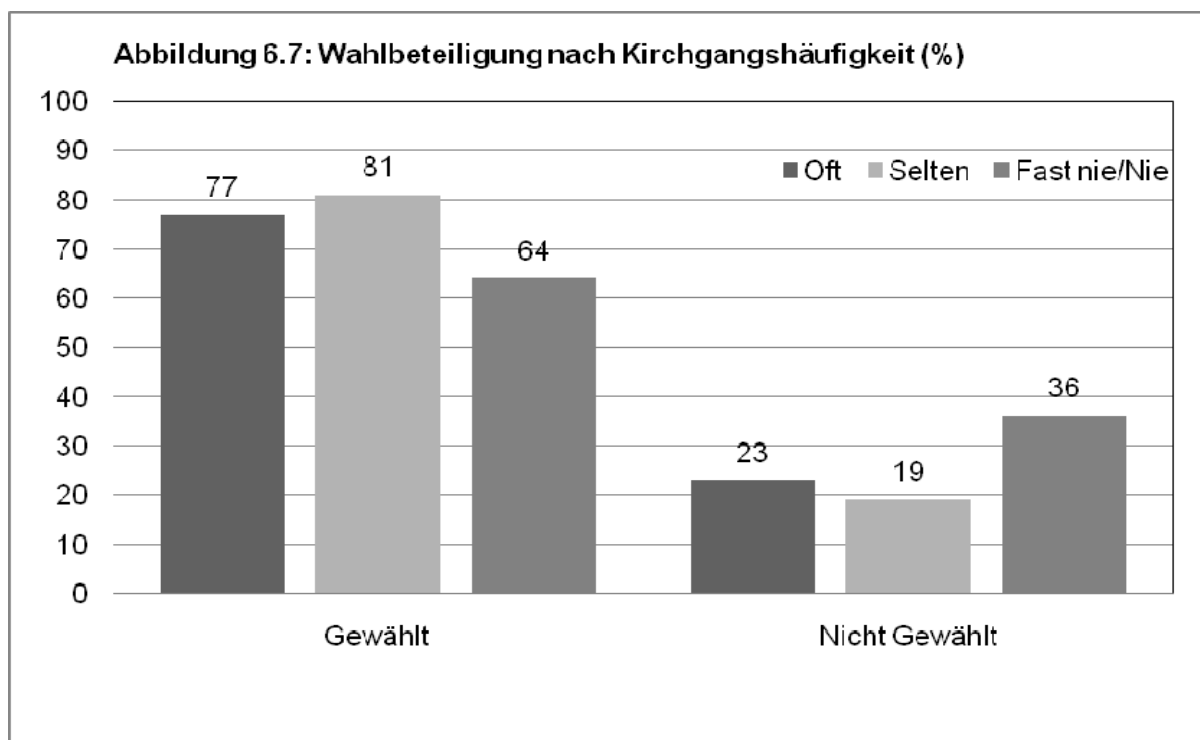
Auffällig ist, dass etwa 60 Prozent der Nichtwähler in keinem Verein engagiert sind, während unter den Wählern nur rund 47 Prozent angeben keine Vereinsmitgliedschaft zu besitzen. Hier bestätigt sich die Annahme von Putnam, wonach Vereine zur Steigerung des sozialen Kapitals einer Demokratie beitragen und damit ihrer Verfestigung und ihrem Zuspruch in Form der Wahlbeteiligung dienen.²² Von denjenigen, die nicht in einem Verein aktiv sind, gibt wiederum über die Hälfte (52%) an, entweder kein Interesse an der Wahl gehabt zu haben oder ungenügend informiert gewesen zu sein. Hier zeigen sich die sozialen Komponenten eines Vereins, der als Forum des Austauschs über politische Themen fungiert und somit integrativ wirkt und dabei die Wahrscheinlichkeit für eine Wahlbeteiligung erhöht.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass 65 Prozent der bekennenden Nichtwähler nicht verheiratet sind und bei Nichtwählern ledige sowie geschiedene Personen überwiegen. Dies bestätigt die Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit des Wahlakts in einer Lebenspartnerschaft höher ist und innerhalb dieser Partnerschaft die soziale Kontrolle wirkt. Auf die Frage, ob der Partner sich an der Wahl beteiligt hat, haben immerhin knapp 70 Prozent der bekennenden Nichtwähler angegeben, dass der Partner sich nicht an der Wahl beteiligt hat. Das heißt aber auch, dass soziale Kontrolle auch umgekehrt wirken kann. Denn wie die Daten zeigen, unterhalten sich 32 Prozent der Heidelberger Nichtwähler sehr oft oder oft mit

²² Putnam, Robert D. (2000): *Bowling alone. The collapse and revival of American community*, New York.

ihrem Partner über Politik, knapp 40 Prozent geben an dies manchmal zu tun und nur die restlichen 28 Prozent unterhalten sich selten oder nie mit ihrem Lebenspartner über das politische Geschehen. Hier kann also ein Einfluss auf das Wahlverhalten vorliegen.

Ebenfalls erwartungsgemäß sind die Ergebnisse bei der Betrachtung der Kirchengangshäufigkeit und dem Wahlgang. Wer angibt, fast nie oder nie in die Kirche zu gehen, ist auch eher ein Nichtwähler (Abbildung 6.7). Die Kirchnähe ist ein Indikator für soziale Integration, von der möglicherweise auch soziale Kontrolle ausgeht. Familienstand und Kirchengangshäufigkeit sind somit Indikatoren für soziale Integration und Kontrolle, die sich positiv auf die Wahrscheinlichkeit, sich an einer Wahl zu beteiligen, auswirken.



*Katarina Wildfang,
Mischa Waldherr (Endredaktion)*

7. Methodische Aspekte

Seit 1994 wird die Heidelberg-Studie als telefonische Befragung realisiert. Telefonische Befragungen haben in Deutschland im Laufe der 1990er Jahre persönlich-mündliche Umfragen als häufigsten Datenerhebungsmodus allgemeiner Bevölkerungsumfragen abgelöst. Die Hauptgründe waren und sind kürzere Feldzeiten und geringere Kosten, d.h. die Daten stehen für weniger Geld in kürzerer Zeit zur Verfügung. Die Qualität telefonisch erhobener Daten ist gut, auch wenn es einige Einschränkungen der Erhebungsmethode (kürzere Interviews, Fragen geringerer Komplexität und keine optischen Unterstützungen) gibt. Seit einigen Jahren haben Umfragen insgesamt, allen voran jedoch Telefonumfragen, mit sinkender Teilnahmebereitschaft der Bürger zu kämpfen. Stichprobenprobleme (nicht eingetragene Telefonnummern, Mehrfachanschlüsse, ausschließliche Handybesitzer) kommen speziell beim Telefoninterview als methodische Herausforderungen hinzu.

Mit der Verbreitung von PCs und immer schnelleren Internetanschlüssen kam, zeitlich parallel zum „Siegeszug“ der telefonischen Befragung, die Online-Befragung als neue Datenerhebungsmethode auf. Sie kann als eine Sonderform der schriftlichen Befragung betrachtet werden, setzt allerdings Internetzugang und zumindest eine gewisse Vertrautheit mit dem Internet voraus. Diese war schon früh bei jungen und hoch gebildeten Personen gegeben, doch erst im vergangenen Jahrzehnt wurde das Internet ein Medium, das auch von Personen mittleren Alters und formal niedrigerer Bildungsgrade genutzt wird. Verschiedene Heidelberg-Studien haben diese Entwicklung nachgezeichnet. Der große Vorteil der Befragung via Internet sind die nochmals erheblich niedrigeren Kosten, v.a. da keine Interviewer mehr gebraucht werden. Durch den Wegfall der Interviewer gibt es aber auch einige Nachteile: Befragte können ausschließlich in Form weitgehend unpersönlicher Kontakte (Briefe, e-mails) zur Teilnahme bewegt werden, und da während des Interviews Klärungen praktisch nicht möglich sind, muss der Fragebogen noch klarer und einfacher, sprich: selbsterklärend sein.

Gemeinsam mit der Stadt Heidelberg entstand die Idee, den Versuch zu unternehmen, die Heidelberg-Studie 2009 primär als Online-Befragung durchzuführen. Die grundsätzliche Entscheidung für diese Erhebungsmethode wurde jedoch in zweifacher Hinsicht methodisch abgesichert. Zum einen sollte auch eine Teilnahme mit schriftlichem Fragebogen möglich sein. Zum anderen wurde auch eine Telefonumfrage mit nahezu identischem Fragebogen durchgeführt. Letzteres war sowohl Sicherheitsmaßnahme (sollte online/schriftlich scheitern) als auch Methodenexperiment (inwieweit beeinflussen die Erhebungsmethoden die Ergebnisse?). Insofern stellen die Daten der Heidelberg-Studie eine hochinteressante Quelle

für eine ganze Reihe methodischer Fragen dar, von denen einige zentrale einer Analyse im Rahmen dieses Kapitels unterzogen werden.

7.1 Stichprobenziehung

Da die Heidelberg-Studie Rückschlüsse auf die wirkliche Bevölkerung der Stadt zulassen soll, ist es wichtig, dass die Befragten repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind. Die Grundgesamtheit bildeten alle Bürger ab 18 Jahren, die in Heidelberg ihren Erst- oder Zweitwohnsitz haben. Aus zeitlichen und finanziellen Gründen ist es jedoch unmöglich, diese Grundgesamtheit ganz zu befragen. Deshalb wird eine Auswahl getroffen. Der methodisch sauberste Weg eine Auswahl zu treffen ist die Ziehung einer Zufallsstichprobe. Jede Person der Grundgesamtheit muss eine (angebbare und von Null verschiedene) Chance haben, in die Stichprobe zu gelangen.

Für Telefonumfrage und Online-Befragung wurden verschiedene Stichprobenverfahren angewandt. Die Stichprobe der telefonischen Erhebung wurde von der Forschungsgruppe Wahlen mit Hilfe des Heidelberger Telefonverzeichnisses und der darin eingetragenen Privatnummern ermittelt. Allerdings gibt es hierbei methodische Herausforderungen: die Anschlussdichte unterscheidet sich nach Stadtteilen und nicht alle privaten Anschlüsse sind in ein Telefonverzeichnis eingetragen. Aus diesem Grund wurde zuerst die Anzahl der zufällig ausgewählten Nummern der Größe der verschiedenen Stadtteile angepasst, d.h. es fand eine Schichtung statt. Des Weiteren wurde das sogenannte RLD-Verfahren (Randomized-Last-Digits) angewandt. Dabei werden bei allen Telefonnummern die letzten Ziffern durch Zufallsziffern ersetzt. So kann ein großer Teil derjenigen Haushalte, deren Telefonnummern nicht eingetragen sind, doch noch erreicht werden.

Innerhalb des Haushalts muss eine weitere Zufallsauswahl getroffen werden, sonst würden unter anderem zu viele Personen, die nicht berufstätig sind, befragt werden. Wir haben jeweils diejenige Person befragt, die innerhalb eines Haushalts zuletzt Geburtstag hatte. Da Geburtstage über das Jahr hinweg annähernd gleich verteilt sind, gibt die so genannte „Last-Birthday-Methode“ allen Haushaltsmitgliedern über 18 Jahren im Prinzip die gleiche Chance, interviewt zu werden.

Die Stichprobe der Online-Befragung mit schriftlicher Option setzte sich aus zufällig ausgewählten Personen des Melderegisters der Stadt Heidelberg zusammen. Sämtliche Personen wurden angeschrieben, erhielten einen Link zur Online-Befragung, hatten aber auch die Möglichkeit, schriftlich an der Befragung teilzunehmen. Personen unter 60 Jahren mussten bei Wahl der schriftlichen Option erst einen Fragebogen mittels beigefügter Postkarte

anfordern, Befragte ab 60 Jahren, von denen wir wissen, dass viele mit dem Internet nicht vertraut sind, erhielten bereits mit dem Anschreiben einen solchen Fragebogen.

7.2 Ausschöpfung

Die Ausschöpfung gibt an, wie viele verwertbare Interviews auf Basis der gezogenen Stichprobe tatsächlich realisiert wurden. Blickt man zunächst auf die Telefonumfrage (Tabelle 7.1), dann umfasste die sogenannte Bruttostichprobe 15.987 Telefonnummern.²³ Hiervon werden zunächst stichprobenneutrale Ausfälle abgezogen. Dabei handelt es sich um solche Ausfälle, bei denen das Kriterium der Populationszugehörigkeit nicht erfüllt ist (so z.B. Geschäfts- oder Behördenanschlüsse, Faxnummern sowie Einwohner Eppelheims und Dossenheims, die zwar die Heidelberger Vorwahl haben, aber nicht zur Grundgesamtheit gehören). Diese Ausfälle werden als stichprobenneutral bezeichnet, da sie eigentlich gar nicht Teil der Stichprobe waren und ihr Ausfall das Ergebnis deshalb auch nicht negativ beeinflusst.

Tabelle 7.1: Ausschöpfung der Telefonumfrage

1. Alle benutzten Kontaktbogen:	15.987	
2. davon nicht zur Stichprobe:	10.556	66,0% (von 1)
3. verbleiben echtes Brutto:	5.431	
4. davon kein Kontakt zum Haushalt:	2.457	45,2% (von 3)
5. verbleiben Brutto mit Kontakt zum HH:	2.974	100,0%
AUSFÄLLE:		
6. Kontaktperson im HH verweigert Auskunft	626	21,0%
7. Zielperson in Feldzeit nicht erreichbar	185	6,2%
8. Zielperson verweigert:	433	14,6%
9. Abbruch	56	1,9%
10. Sonstiger Ausfall:	648	21,8%
davon: Termin nicht eingehalten:	394	13,2%
11. Realisiert:	1.026	34,5% (von 5) 18,9% (von 3)

Es verbleibt ein „echtes Brutto“ von 5.431 Telefonnummern. Hiervon kam in 2.457 Fällen kein Kontakt zustande, so dass die Bruttostichprobe mit Kontakt zum Haushalt 2.974

²³ Dies sind deutlich mehr Telefonnummern als bei den vorangegangenen Befragungen. Die Erhöhung rührt daher, dass das RLD-Verfahren (Kapitel 7.1) verändert wurde und nun nicht mehr nur die letzte, sondern die letzten drei Ziffern der Telefonnummer randomisiert werden. Im Ergebnis bedeutet dies die Generierung einer höheren Anzahl nicht existierender Telefonnummern (in Tabelle 7.1 Kategorie 2: „nicht zur Stichprobe“).

Telefonnummern umfasst, von denen letztlich 1.026 verwertbare Interviews durchgeführt werden konnten. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 34,5%. Die verschiedenen Ausfallkategorien sind Tabelle 7.1 zu entnehmen. Unter „Sonstige Ausfälle“ wurden vor allem solche Ausfälle eingruppiert, die durch die Nichteinhaltung eines bereits vereinbarten Termins, wegen Krankheit oder Sprachproblemen der Zielperson zustande kamen.

Insgesamt liegt die Ausschöpfungsquote mit 34,5% unter derjenigen aller bisherigen Heidelberg-Studien. 2003 lag sie bei 54,4%, 2006 war sie auf 47,7% gesunken, was damals auch mit der zeitgleich stattgefundenen Fußball-WM erklärt wurde. Da der Negativtrend aber angehalten hat, sind andere Gründe wie z.B. die vermehrte Ablehnung von Telefonumfragen aufgrund immer häufigerer Kontaktierungen der Haushalte (für Umfragen, Werbung etc.) wahrscheinlicher.

Mit Blick auf die Online-Befragung lässt sich feststellen, dass von 4.000 angeschriebenen Personen 741 an der Befragung online (62%) oder schriftlich (38%) teilgenommen haben. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von 18,5%. 52 der Ausfälle waren stichproben-neutral (unbekannt verzogene Personen oder intensiv pflegebedürftige Personen). Von den 274 Personen ab 60 Jahren haben nur 40 (15%) an der Online-Befragung teilgenommen, doch 234 (85%) füllten einen schriftlichen Fragebogen aus. Das sind 82% aller Personen, die einen Fragebogen zurückgeschickt haben. Eine nennenswerte Nutzung der schriftlichen Option gab es nur noch bei den 45- bis 59-Jährigen (20% bzw. 28 Personen), bei den 18- bis 44-Jährigen füllten insgesamt nur 23 Personen (7%) einen schriftlichen Fragebogen aus, 306 (93%) nahmen dagegen online teil.

7.3 Stichprobenzusammensetzung und Repräsentativität

In Tabelle 7.2 wird die Zusammensetzung der Bevölkerung Heidelbergs nach Alter und Geschlecht den realisierten Stichproben gegenübergestellt. Die Daten zeigen, dass es sowohl bei der Telefon- als auch bei der Online-Befragung mit schriftlicher Option Ausschöpfungsdefizite in einigen Gruppen gibt (Telefon: v.a. Männer; Online/schriftlich: v.a. 35- bis 59-Jährige).

Bemerkenswert ist, dass die Kombination beider Erhebungsmethoden zu einer besseren Anpassung der Umfragedaten an die Bevölkerungsverteilung führt. Dies zeigt sich noch besser, wenn man die Verteilung auf zehn Altersgruppen, die auch zur Gewichtung herangezogen wurden (vgl. Kapitel 7.4), nach Geschlecht betrachtet. Wie die letzte Zeile der Tabelle 7.2 zeigt, liegt die kombinierte Alters- und Geschlechtsverteilung näher an den Soll-Werten als jene der jeweiligen Umfragen. Dies ist nicht nur so, wenn man die absoluten

Abweichungen von den Sollzahlen addiert, sondern auch, wenn man die quadrierten Abweichungen berechnet, die sensibler bezüglich größerer Abweichungen sind. Beim Vergleich der Erhebungsmethoden Telefon vs. Online/schriftlich ist jedoch ein leicht besseres Abschneiden der Telefonumfrage festzustellen.

Tabelle 7.2: Zusammensetzung der Bevölkerung (31.12.2008) und der beiden realisierten Stichproben (in %)

	Bevölkerung (Erst- und Zweitwohnsitz)	Telefonumfrage (designgewichtet)	Online-Umfrage mit schriftlicher Option	beide Erhebungsmodi kombiniert
Männer	46,2	39,0	47,8	42,7
Frauen	53,8	61,0	52,2	57,3
18 – 24 Jahre	14,7	19,4	11,2	15,9
25 – 34 Jahre	19,6	18,0	19,7	18,7
35 – 44 Jahre	17,5	14,9	13,5	14,3
45 – 59 Jahre	22,9	23,5	18,6	21,5
60 Jahre u. älter	25,4	24,1	37,0	29,6
Bevölkerung bzw. Befragte (N)	117.999	1.026*	741	1.767*
Summe der Abwei- chungen**		5,27	5,82	3,98
Summe der quadrier- ten Abweichungen **		1,99	2,32	1,52

* 11 der 1.026 telefonisch Befragten verweigerten die Altersangabe, d.h. die Fallzahl reduziert sich auf 1.015 bzw. 1.756.

** Zur Berechnung der Abweichungen wurden zehn Altersgruppen nach Geschlecht herangezogen. Für jede der 20 Gruppen wurde die Soll-Fallzahl (entsprechend der Bevölkerungsverteilung und Befragtenzahl) durch die Ist-Fallzahl (Umfrage) dividiert. In einem zweiten Schritt wurde die Summe der (quadrierten) Abweichung der 20 Quotienten von 1 aufaddiert.

7.4 Gewichtungen

Die Daten wurden verschiedenen Gewichtungsprozeduren unterzogen. Die Daten der Telefonumfrage durchliefen zwei Gewichtungen, die durch das zweistufige Stichprobendesign (Telefon- und Haushaltsstichprobe) bedingt sind (Designgewichtungen). So wurde zum einen korrigiert, dass einige Personen unter mehreren Telefonnummern erreichbar sind und zum anderen, dass einige Haushalte größer sind als andere. Diese Gewichtungen entfielen für die Umfrage, die online und schriftlich auf der Grundlage einer Einwohnermeldeamtsstichprobe (Personenstichprobe) durchgeführt wurde.

Die kombinierten Daten beider Umfragen wurden schließlich einem Redressment unterzogen. Dies gleicht die Alters- und Geschlechtsverteilung der interviewten Personen an die tatsächliche Verteilung in der Heidelberger Bevölkerung an.

7.4.1 Designgewichtung: Anzahl an Telefonnummern

Personen sind in einem Haushalt möglicherweise über mehrere Nummern erreichbar. Dies kann entweder durch mehrere Anschlüsse oder durch einen ISDN-Anschluss zustande kommen. Die mehrfache telefonische Erreichbarkeit hat zur Folge, dass eine Person, die in einem Haushalt mit mehr als einem Telefonanschluss wohnt, eine überdurchschnittlich hohe Wahrscheinlichkeit hat, in die Stichprobe zu gelangen. Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil die Anzahl an Rufnummern, über die eine Person erreichbar ist, nicht zufällig, sondern systematisch variiert: sowohl nach Geschlecht als auch nach Alter.

Um diese Verzerrung der Stichprobe zu korrigieren, wird nachträglich ein Chancenausgleich vorgenommen. Der Gewichtungsfaktor für eine Person ergibt sich aus der reziproken Anzahl an Telefonnummern, über die sie erreichbar ist. Da dies zu einer künstlichen Reduktion der Fallzahl im gewichteten Datensatz führt, werden alle Gewichte noch einmal mit dem Quotienten von ursprünglicher Fallzahl und reduzierter Fallzahl multipliziert. Als Resultat wird z.B. eine Person, die nur über eine Rufnummer erreichbar ist, mit dem Wert 1,19 gewichtet, wohingegen eine Person, die über 4 Rufnummern erreichbar ist, nur mit 0,297 gewichtet wird.

7.4.2 Designgewichtung: Haushaltsgröße

Ein Befragter, der allein lebt, hatte eine Wahrscheinlichkeit von 100%, innerhalb seines Haushalts ausgewählt zu werden, wohingegen eine Person in einem Haushalt mit drei weiteren volljährigen Personen lediglich mit einer Wahrscheinlichkeit von 25% ausgewählt wird. Deshalb muss auch die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb des Haushalts korrigiert werden. Es ergibt sich für Personen in einem Ein-Personenhaushalt ein Gewicht von 0,54. Demgegenüber werden Personen in Haushalten mit fünf oder mehr volljährigen Personen mit dem Wert 2,95 gewichtet.

7.4.3 Redressment

Wie Tabelle 7.2 zeigt, stimmt die Alters- und Geschlechtsverteilung der realisierten Stichproben nicht genau mit der Verteilung in der Heidelberger Bevölkerung überein. Wir haben deshalb eine Anpassung der Stichprobenwerte nach Alter und Geschlecht vorgenommen. Hierzu wurden Frauen und Männer nach ihrem Alter in je zehn Gruppen auf-

geteilt. Die Anzahl der Personen in den einzelnen Gruppen unserer Stichprobe wurde anschließend mit der Anzahl der Personen verglichen, die in dieser Gruppe gewesen wären, wenn die Bevölkerungsstruktur Heidelbergs exakt abgebildet worden wäre. Dieser Vergleich war für 1.756 Befragte möglich; elf Befragte machten keine Angaben zu ihrem Alter.

Entspricht die Anzahl der Personen in der Stichprobe genau dem Soll-Wert, dann beträgt der Gewichtungsfaktor 1. Sind in der Stichprobe zu wenig Fälle, errechnet sich ein Gewichtungsfaktor > 1 , und sind in der Stichprobe zu viele Fälle, ein Gewichtungsfaktor < 1 . Da die Abweichungen dieser Gewichtungsfaktoren vom Wert 1 eine exakte Über- bzw. Unterrepräsentation in den verschiedenen Gruppen widerspiegeln, wurde die Summe der (quadratischen) Abweichungen als Indikator für die Anpassungsgüte der verschiedenen Methoden genutzt und in Tabelle 7.2 ausgewiesen. Sie sind letztlich ein Indikator dafür, dass die Verwendung aller drei Methoden zusammen, telefonisch, schriftlich und online, zu einer verbesserten Anpassung an die Heidelberger Bevölkerungsstruktur und somit zu einer erhöhten formalen Qualität des Datensatzes führt.

7.5 Item Nonresponse

Unter *Item Nonresponse* wird in der empirischen Sozialforschung die Nicht-Beantwortung einzelner Fragen (*items*) verstanden. Die Ursachen hierfür können verschieden sein, doch häufig stecken hinter Antwortverweigerungen handwerkliche Defizite bei der Frageformulierung. Hohe *Item-Nonresponse-Raten* haben u.a. zur Folge, dass die davon betroffenen Fragen hinsichtlich Datenqualität und Aussagekraft in Zweifel gezogen werden. Deshalb versucht man, *Item nonresponses* zu vermeiden.

Dieser Abschnitt untersucht, ob die Wahl der Erhebungsmethode einen Einfluss auf *Item Nonresponses* hat. Bei der Erhebungsmethode wird dabei zwischen der telefonischen und der online bzw. schriftlichen Erhebung unterschieden. Ferner wird die *Hypothese* aufgestellt, dass die Heidelberger, die über die Erhebungsmethode online bzw. schriftlich befragt wurden, eine höhere *Item Nonresponse* aufweisen. Als Grund für diese Hypothese dient dabei die Annahme, dass bei den Online- bzw. schriftlichen Fragebögen die Kategorie „keine Angabe“ aus durchführungstechnischen Gründen aufgeführt wurde,²⁴ während dies bei der telefonischen Befragung nicht der Fall war.

²⁴ V.a. bei der Online-Befragung hätte der Verzicht auf diese Antwortkategorie, die nicht in schwarz, sondern etwas weniger auffällig in grau enthalten war, folgende Risiken beinhaltet: 1. Mehr Abbrüche aufgrund der Grundeinstellung, dass alle Fragen beantwortet werden mussten; 2. Bei Verzicht auf Pflichtantworten ein unkontrollierbares „Blättern“ der Befragten im Fragebogen mit zusätzlichen, unerwünschten Einflüssen auf das Antwortverhalten.

Von den 164 Variablen, die das Ergebnis auf Fragen aller drei Erhebungsmodi waren, wurden Fragen abgezogen, die entweder inhaltlich nur geringfügig voneinander abwichen oder bei denen es keine Möglichkeit gab, die Alternative „keine Angabe“ zu nutzen. Es ergibt sich ein Bild von 94 Variablen mit verschiedenen hohen *Item Nonresponse*-Quoten, wie Tabelle 7.3 zeigt. Die Quoten erstreckten sich bei der telefonischen Befragung über einen Bereich von 0 bis 16%. Die niedrige Kategorie wurde aus dem Bereich von 0 bis unter 4% gebildet, die mittlere aus dem Bereich von 4 bis 8% und die hohe Kategorie aus dem verbleibenden Bereich von über 8 %. Es zeigt sich, dass bei der Erhebungsmethode online/schriftlich viel mehr Variablen den Kategorien „mittel“ und „hoch“ zuzuordnen sind.

Tabelle 7.3 Gruppierete Item Nonresponse-Quoten nach Erhebungsmethode für 94 Variablen der Heidelberg-Studie 2009

	Niedrig (unter 4%)	Mittel (4 bis 8%)	Hoch (über 8%)	Gesamt
Telefonisch	80	7	7	94
Online/schriftlich	54	26	14	94

Für die weitere Untersuchung werden nun nur Variablen analysiert, die bei mindestens einer Erhebungsmethode in die Kategorien „mittel“ oder „hoch“ einzuordnen sind. Die restlichen Variablen können vernachlässigt werden, da die *Item Nonresponse* zu gering ausfällt, um signifikante Unterschiede feststellen zu können. Diese 35 Variablen werden durch eine *logistische Regression* näher analysiert, indem die Kontrollvariablen des Geschlechts und des Alters mit aufgenommen werden. In Tabelle 7.4 sind die Ergebnisse der 35 logistischen Regressionen zusammengefasst.

Tabelle 7.4 Zusammengefasste Ergebnisse von 35 logistischen Regressionen zur Prüfung der möglichen Einflüsse von Geschlecht, Alter und Erhebungsmethode auf Item Nonresponse

	Weniger Item Nonresponse	Kein Einfluss	Mehr Item Nonresponse	Gesamt
Geschlecht (Mann)	2	32	1	35
Alter (Lebensjahr)	2	13	21	35
Erhebungsmethode (online / schriftlich)	1	9	25	35

Das Geschlecht der Befragten hat hinsichtlich der *Item Nonresponse* bei lediglich drei der 35 Variablen einen signifikanten Einfluss, das Alter weist jedoch bei 23 Variablen einen signifikanten Einfluss auf. Die Erhebungsmethode online bzw. schriftlich hat allerdings bei 25 Variablen einen positiven Einfluss auf die *Item Nonresponse*. Mit Blick auf die insgesamt 94

intensiver untersuchten Variablen bleibt festzuhalten, dass es zwar einige Hinweise auf mehr *Item Nonresponse* bei der Online-Befragung mit schriftlicher Option gibt, dass es aber nicht eindeutig als Problem dieser Erhebungsmethode bestätigt werden kann.

7.6 Soziale Erwünschtheit

Den meisten Menschen ist es unangenehm, in Befragungen eine von der sozialen Norm abweichende Antwort zu geben. Deshalb richten sie ihr Antwortverhalten an der wahrgenommen sozialen Norm aus und antworten so, dass ihre Antwort eher dieser Norm entspricht. Dieser Effekt der sozialen Erwünschtheit tritt insbesondere dann auf, wenn die eigene Meinung, Einstellung oder das eigene Verhalten stark von der wahrgenommenen sozialen Norm abweicht.

Soziale Erwünschtheit ist demnach ein Störfaktor, der häufiger und stärker auftreten sollte, wenn Befragte mit einer Kontaktperson konfrontiert sind. Es ist somit anzunehmen, dass der Effekt eher bei telefonischen Befragungen auftauchen sollte als bei Online- oder schriftlichen Befragungen, wo Befragte ihre Meinung nur aufschreiben und niemandem direkt sagen müssen.

Beim Testen der Variablen auf Unterschiede zwischen den Erhebungsmethoden telefonisch und online/schriftlich muss jedoch darauf geachtet werden, dass diese nicht nur auf einen unterschiedlichen Grad an sozialer Erwünschtheit beruhen könnten. Da sich die realisierten Stichproben unterscheiden, müssen vor allem mögliche Alterseffekte kontrolliert werden. Die realisierte Stichprobe der Online-Befragung mit schriftlicher Option enthält mehr ältere Personen als die Telefonumfrage. Unterschiedliches Antwortverhalten zwischen telefonisch und online/schriftlich könnte demnach auf einen Alterseffekt und vermutlich konservativere Meinungen der online/schriftlich Befragten zurückzuführen sein. Um diesen Effekt zu kontrollieren, haben wir die Unterschiede der Erhebungsmethoden bei den Variablen nicht nur allgemein berechnet, sondern auch für einzelne Altersgruppen. Bestand der Unterschied auch nach Kontrolle des Alters weiter, konnte von einem möglichen Effekt sozialer Erwünschtheit ausgegangen werden.

Nun werden wir die drei Variablen präsentieren, bei denen wir signifikante Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Methoden gefunden haben. Die restlichen getesteten Variablen wiesen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Methoden auf. Bei der Frage „Wer soll sich hauptsächlich um die Kinder unter sechs Jahren kümmern?“ gingen wir davon aus, dass die `modernen` Antwortmöglichkeiten `beide gleich` und `der Vater` als sozial erwünschter wahrgenommen würden als die traditionelle Antwortmöglichkeit `die Mutter` und

dass deshalb am Telefon häufiger `modern` geantwortet würde als online/schriftlich. Tatsächlich fanden sich signifikante Unterschiede zwischen den Erhebungsmethoden. Bei Konstanzhaltung des Alters verschwindet der Effekt allerdings. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der Online- und schriftlichen Befragung die Personen durchschnittlich älter sind als telefonisch. Das unterschiedliche Antwortmuster ist also wahrscheinlich auf traditionellere Vorstellungen der älteren Heidelberger zurückzuführen und nicht auf sozial erwünschtes Antwortverhalten.

Tabelle 7.5 Soziale Erwünschtheit bei fünf ausgewählten Variablen

Variable	Ausprägung	Hypothese	Ergebnis
Wer soll sich um die Kinder bis 6 Jahren kümmern	traditionell/modern	Am Telefon wird häufiger „modern“ geantwortet	Bestätigt, gleicht sich aber bei Alterskontrolle aus
Wie finden sie es, wenn sich hauptsächlich der Vater um die Kinder kümmert?	Zustimmung/ Ablehnung	Am Telefon wird häufiger Zugestimmt	Signifikante Unterschiede bestätigt.
Wahlbeteiligung (Kommunal/EU)	war bei allen Wahlen wählen/ war bei mindestens einer nicht wählen	Am Telefon wird häufiger gesagt, dass man Wählen war	umgekehrter Effekt (evtl. durch Fragestellung)
Parteipräferenz	Extrem / nicht extrem	Am Telefon wird seltener extreme Präferenz angegeben	Ergebnis nicht signifikant, geringe Fallzahl
Wie finden Sie das Elterngeld?	gut / schlecht	Am Telefon wird häufiger `gut` angegeben	Keine signifikanten Ergebnisse

Bei der Frage „Wie finden sie es, wenn sich der Vater hauptsächlich um die Kinder unter sechs Jahren kümmert?“ waren unsere Erwartungen ebenso wie bei vorangegangenen Frage, dass am Telefon eher modern zugestimmt wird als bei der Online- und schriftlichen Befragung. Diese Vermutung bestätigte sich auch unter Kontrolle des Alterseffekts, deshalb kann man hier also tatsächlich von einem Methodeneffekt ausgehen, den wir der sozialen Erwünschtheit zuschreiben würden.

Des Weiteren erwarteten wir bei der Frage „Am 7. Juni waren Kommunalwahlen und gleichzeitig Europawahlen. Es gibt gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Wie war das bei Ihnen, haben Sie am 7. Juni gewählt?“, dass am Telefon häufiger angegeben würde, dass man an den Wahlen teilgenommen habe, da Wahlbeteiligung ein gesellschaftliches Ideal in Demokratien darstellt. Die Daten ergeben aber ein genau umgekehrtes Ergebnis: Am Telefon wurde, vor allem in den jüngeren Altersgruppen, signifikant häufiger angegeben,

nicht gewählt zu haben. Die Besonderheit an dieser Frage ist, dass versucht wurde, die soziale Norm durch den Zusatz „Es gibt gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen“ in Richtung Nichtwahl zu verschieben. Dies ist am Telefon offensichtlich eher gelungen als online/schriftlich. Insofern könnte man auch hier davon sprechen, dass die telefonisch Befragten eher der wahrgenommenen sozialen Norm entsprechend geantwortet haben als diejenigen, die online oder schriftlich an der Befragung teilgenommen haben.

Bei den restlichen getesteten Variablen konnten wir keine signifikanten Effekte sozialer Erwünschtheit feststellen. Aufgrund der spärlichen Hinweise auf Effekte der Erhebungsmethoden kann unseres Erachtens nicht schlussgefolgert werden, dass die telefonische Umfrage eher sozial erwünschte Antworten liefert als die Online-Befragung mit schriftlicher Option.

*Anna Bachsleitner, Lucia Fuchs, Simon Henke,
Tim Sawert, Malte Langeheine (Endredaktion)*

Anhang: Fragen und Ergebnisse (Grundauszählung)

Im Folgenden sind die einzelnen Fragen und die Antwortergebnisse in Prozentzahlen aufgeführt. Hierfür bildete der gewichtete Datensatz die Grundlage. Die Einzelwerte addieren sich rundungsbedingt nicht immer exakt auf 100,0%.

v1. Haben Sie in Heidelberg Ihren Hauptwohnsitz?

ja.....	97,3%
nein.....	2,7%
keine Angabe	0,0%

v2. Haben Sie in Heidelberg Ihren Zweitwohnsitz?

ja.....	2,7%
nein.....	0,0%
keine Angabe	0,0%
<i>von allen Befragten, die ihren Hauptwohnsitz nicht in Heidelberg haben (30)</i>	

v3. In welchem Stadtteil wohnen Sie?

Schlierbach.....	2,6%
Altstadt	7,7%
Bergheim	3,3%
Weststadt	10,1%
Südstadt	2,9%
Rohrbach.....	10,6%
Kirchheim	10,9%
Pfaffengrund.....	7,2%
Wieblingen.....	6,6%
Handschuhsheim.....	13,7%
Neuenheim	9,5%
Boxberg	3,0%
Emmertgrund.....	3,9%
Ziegelhausen.....	7,6%
weiß nicht	0,0%
keine Angabe	0,2%

v4. Wie lange wohnen Sie schon in Heidelberg?

unter 2 Jahre	8,3%
2 bis unter 5 Jahre.....	13,7%
5 bis unter 10 Jahre.....	13,4%
10 bis unter 20 Jahre.....	15,8%
20 Jahre und mehr	33,3%
von Geburt an.....	15,5%
keine Angabe	0,0%

v5. Was ist Ihrer Meinung nach zurzeit das wichtigste Problem hier in Heidelberg?

Verkehr allgemein	15,5%
Mieten/Wohnungsmarkt	7,4%
Neckarufertunnel	7,4%
Baumaßnahmen/ Stadtentwicklung.....	5,8%
Öffentlicher Nahverkehr	5,4%
Ausbildung/Bildung/Schule/Universität..	5,2%
Parteien/ Politikverdross/	
Politik allgemein	3,9%
Baustellen.....	3,6%
Ampelschaltungen	3,5%
Parkplatzprobleme	2,5%
Geschäftsstruktur/ Rückgang des Einzelhandels	2,1%
Arbeitslosigkeit/Arbeitsplätze/ Ausbildungsplätze	2,0%
Fahrradwege	2,0%
Verschmutzung der Stadt.....	1,9%
Ruhe und Ordnung/Kriminalität	1,7%
Einkaufsmöglichkeiten.....	1,5%
Familie/Jugend	1,2%
Müll.....	0,9%
Soziales Miteinander	0,8%
Ausländer	0,8%
Kindergartenplätze	0,7%
Lärm	0,7%
Kinderbetreuung	0,6%
Verschuldung/Finanzlage Heidelbergs..	0,6%
Lebenshaltungskosten/Inflation/Preise..	0,5%
Kultur(politik)/Subkultur	0,5%
Umweltschutz allgemein/Kernenergie ...	0,4%
Fahrradfahrer	0,4%
Finanzkrise	0,3%
Freizeitangebot/Nachtleben	0,3%
Staus	0,3%
Wirtschaftsaufschwung/-lage.....	0,3%
Kindertagesstätten	0,2%
Renten/Alte/Alterssicherung	0,2%
Gesundheitswesen/Pflegeversicherung	0,2%
Tourismus.....	0,1%
Steuern/Steuererhöhungen/Abgaben....	0,1%
Kürzungen von Sozialleistungen	0,1%

Sonstige Probleme	0,3%
kein Problem	13,2%
keine Angabe	4,9%

v6. Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?

Verkehr allgemein	8,6%
Mieten/Wohnungsmarkt	6,4%
Baumaßnahmen/ Stadtentwicklung.....	6,0%
Neckarufertunnel	5,3%
Ausbildung/Bildung/Schule/Universität..	4,5%
Geschäftsstruktur/Rückgang des Einzelhandels	4,3%
Öffentlicher Nahverkehr	3,8%
Parkplatzprobleme	3,6%
Ampelschaltungen.....	2,9%
Baustellen.....	2,3%
Ruhe und Ordnung/Kriminalität	2,2%
Parteien/ Politikverdruss/ Politik allgemein	2,2%
Kultur(politik)/Subkultur	2,1%
Fahrradwege	1,9%
Einkaufsmöglichkeiten.....	1,8%
Verschmutzung der Stadt.....	1,6%
Lärm	1,5%
Soziales Miteinander	1,3%
Arbeitslosigkeit/Arbeitsplätze/ Ausbildungsplätze	1,2%
Müll.....	1,0%
Tourismus.....	1,0%
Kinderbetreuung.....	1,0%
Verschuldung/Finanzlage Heidelbergs..	0,8%
Lebenshaltungskosten/Inflation/Preise..	0,6%
Umweltschutz allgemein/Kernenergie ...	0,6%
Freizeitangebot/Nachtleben	0,6%
Ausländer	0,6%
Kindergartenplätze	0,5%
Staus	0,5%
Kindertagesstätten	0,4%
Wirtschaftsaufschwung/-lage	0,3%
Kürzungen von Sozialleistungen	0,3%
Steuern/Steuererhöhungen/Abgaben....	0,2%
Renten/Alte/Alterssicherung	0,2%
Finanzkrise	0,1%
Gesundheitswesen/Pflegeversicherung	0,1%
Fahrradfahrer	0,0%
Sonstige Probleme	0,7%
kein Problem	18,6%
keine Angabe	6,1%

von allen Befragten, die ein erstes Problem (v5) genannt haben (1012)

v7a. Fühlen Sie sich Heidelberg...

stark,.....	71,1%
weniger stark oder	25,0%
überhaupt nicht verbunden?.....	2,9%
keine Angabe	1,0%

v7b. Fühlen Sie sich in Heidelberg...

sehr wohl,	59,9%
eher wohl,	35,8%
eher nicht wohl oder	3,9%
überhaupt nicht wohl?	0,3%
keine Angabe	0,3%

v8. Wie, denken Sie, hat sich Heidelberg in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Hat sich die Lebensqualität in Heidelberg im Vergleich zu vor zehn Jahren...

eher verbessert oder	49,1%
eher verschlechtert?	36,8%
keine Angabe	14,1%

von allen Befragten, die seit mindestens zehn Jahren (v4) in Heidelberg wohnen (855)

v9. Wie, denken Sie, wird sich Heidelberg in den nächsten zehn Jahren entwickeln? Wird Heidelberg dann im Vergleich zu heute...

eher mehr Lebensqualität bieten oder.	57,6%
eher weniger Lebensqualität bieten? ..	29,1%
keine Angabe	13,3%

v10. Am 7. Juni waren Kommunalwahlen und gleichzeitig Europawahlen. Es gibt gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Wie war das bei Ihnen? Haben Sie am 7. Juni gewählt?

ja, bei beiden Wahlen	67,0%
ja, bei Kommunalwahl	1,9%
ja, bei Europawahl	2,0%
nein, keine Wahl.....	27,9%
keine Angabe	1,3%

v11a. Haben Sie die Kandidatinnen bzw. Kandidaten einer Partei gewählt oder haben Sie Kandidatinnen bzw. Kandidaten mehrerer Parteien gewählt?

einer Partei	35,8%
meherer Parteien.....	59,6%
weiß nicht	0,3%
habe nicht gewählt	0,6%
keine Angabe	3,7%

von allen Befragten, die bei beiden Wahlen oder nur bei der Kommunalwahl gewählt haben (v10; 1240)

v11b. Haben Sie den Stimmzettel unverändert abgegeben, so dass jeder Kandidat automatisch eine Stimme erhielt, oder haben Sie einzelnen Kandidaten dieser Partei unterschiedlich viele Stimmen gegeben?

unveränderter Stimmzettel	66,4%
einzelne Kandidatinnen und Kandidaten	31,8%
weiß nicht	0,7%
keine Angabe	1,1%

von allen Befragten, die Kandidaten einer Partei gewählt haben (v11a; 444)

v11c. Welche Partei war dies?

Die CDU,	18,6%
die SPD,	16,4%
Bündnis 90/ die Grünen,	19,3%
die GAL,	5,2%
die FDP,	6,2%
die HEIDELBERGER,	4,3%
die generation.hd,	3,8%
die Freien Wähler,	3,2%
die Bunte Linke oder	2,6%
Heidelberg Pflegen und Erhalten	2,9%
weiß nicht	0,5%
keine Angabe	17,1%

v11d. Den Kandidatinnen und Kandidaten welcher Parteien haben Sie Ihre Stimmen gegeben?

(Mehrfachnennungen möglich)

Der CDU,	15,4%
der SPD,	18,7%
Bündnis 90/die Grünen,	18,9%
der GAL,	9,7%
der FDP,	11,6%
der HEIDELBERGER,	12,1%
der generation.hd,	7,5%
den Freien Wähler,	8,1%
der Bunten Linken oder	4,3%
Heidelberg Pflegen und Erhalten	3,2%
weiß nicht	1,8%
keine Angabe	6,2%

v11e. Und welcher Partei haben Sie die meisten Stimmen gegeben?

Der CDU	15,7%
der SPD	12,2%
Bündnis 90/ die Grünen	18,2%
der GAL	4,9%
der FDP	5,6%
der HEIDELBERGER,	5,9%
der generation.hd	1,9%
den Freien Wähler	1,5%

der Bunten Linken	1,9%
Heidelberg Pflegen und Erhalten	1,0%
keiner Partei/ Stimmen gleich aufgeteilt	7,6%
weiß nicht	8,8%
keine Angabe	6,2%

von allen Befragten, die Kandidaten mehrerer Parteien gewählt haben (v11a; 739)

v12. Welche Partei haben Sie bei der Europawahl gewählt?

Die CDU,	22,8%
die SPD,	16,8%
die Grünen,	26,8%
die FDP,	9,6%
die Linke,	2,4%
die Republikaner oder	0,1%
eine andere Partei?	2,3%
habe in einem anderen europ. Land gewählt	0,3%
habe nicht gewählt	0,1%
weiß nicht	1,4%
keine Angabe	16,4%
Tierschutz	0,5%

von allen Befragten, die bei beiden Wahlen oder nur bei der Europawahl gewählt haben (v10; 1241)

v13. Warum haben Sie [bei der Europa- und/oder Kommunalwahl] nicht gewählt?

keine Zeit	15,9%
Wahl vergessen	5,0%
Krankheit	3,1%
Geschäftsreise	2,9%
Urlaub	10,0%
kein Interesse an Kommunalwahl	2,0%
kein Interesse an Europawahl	1,3%
kein Interesse an Politik allgemein	7,9%
zufrieden mit Politik:	
muss nicht wählen	0,5%
Protest allgemein	5,7%
Unzufriedenheit mit präferierter Partei ..	0,8%
Unzufriedenheit mit Politikinhalten oder Politikergebnissen	2,3%
Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern allgemein	6,1%
nicht genug Informationen	9,9%
eigene Stimme hat kein Einfluss	1,2%
Wahl bringt nichts	3,3%
taktische Wahlenthaltung	0,2%
sonstige Gründe	2,7%
war nicht wahlberechtigt	10,7%
weiß nicht	5,1%
keine Angabe	3,5%

von allen Befragten, die angaben, bei mindestens einer Wahl (Europa oder Kommune) nicht gewählt zu haben (v10, v12; 566)

v14. Und wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre – würden Sie dann ...

bestimmt zur Wahl gehen,.....	77,7%
wahrscheinlich zur Wahl gehen,.....	10,9%
wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen oder	3,2%
bestimmt nicht zur Wahl gehen?	3,3%
bin nicht wahlberechtigt.....	3,1%
weiß nicht	0,9%
keine Angabe	0,8%

v15. Und welche Partei würden Sie dann wählen?

Die CDU,	22,8%
die SPD,	16,8%
die Grünen,.....	26,8%
die FDP,	9,6%
die Linke,	2,4%
die NPD oder	0,1%
eine andere Partei?	2,3%
weiß nicht	1,4%
keine Angabe	16,4%

v16. Wenn Sie hier in Heidelberg unterwegs sind, benutzen Sie da hauptsächlich...

das Auto,	25,3%
das Fahrrad,	38,8%
die öffentlichen Verkehrsmittel oder ...	24,5%
gehen Sie hauptsächlich zu Fuß?	8,7%
Motorrad, Moped, Mofa	0,3%
keine Angabe	2,4%

v17. Sollte für Radfahrer in Heidelberg...

mehr getan werden,	46,9%
sollte es so bleiben wie es ist oder	34,8%
wird für Radfahrer zu viel getan?.....	12,6%
weiß nicht	3,8%
keine Angabe	1,9%

v18. Sollte für Autofahrer in Heidelberg...

mehr getan werden,	45,9%
sollte es so bleiben wie es ist oder	35,5%
wird für Autofahrer zu viel getan?.....	10,5%
weiß nicht	5,9%
keine Angabe	2,2%

v19. Und wie ist es mit dem Angebot im öffentlichen Nahverkehr?

Ist das Angebot...

ausreichend oder	60,1%
nicht ausreichend?	32,0%
weiß nicht	6,7%
keine Angabe	1,2%

v20. Welche Partei hier in Heidelberg setzt sich für eine Verkehrspolitik ein, die in Ihrem Sinn ist?

Die CDU,	8,4%
die SPD,	4,1%
Bündnis 90/ die Grünen,.....	18,5%
die GAL,	4,1%
die FDP,	1,6%
die HEIDELBERGER,	5,0%
die generation.hd,.....	1,0%
die Freien Wähler,	1,7%
die Bunte Linke oder	0,8%
Heidelberg Pflegen und Erhalten	0,5%
keine	9,6%
weiß nicht	37,3%
keine Angabe	7,4%

v21. Was halten Sie von den Leistungen des Gemeinderats?

Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von plus 5 bis minus 5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den Leistungen des Gemeinderates halten. Plus 5 bedeutet, dass Sie mit den Leistungen des Gemeinderates voll und ganz zufrieden sind. Minus 5 bedeutet, dass Sie mit den Leistungen des Gemeinderates vollständig unzufrieden sind. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abgestuft sagen.

	+5	+4	+3	+2	+1	0	-1	-2	-3	-4	-5	Kenne ich nicht	Keine Angabe
%	2,4	2,5	11,3	15,4	9,3	15,6	4,6	6,7	5,6	2,2	2,7	11,8	9,9

v22. Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der einzelnen Gemeinderatsfraktionen?

Was halten Sie von den Leistungen der Fraktionen...

	CDU	SPD	GAL/ Grüne	Freie Wähler	Bündnis90/ Grüne	HEIDEL- BERGER	FDP
+5	2,2%	0,8%	1,0%	0,6%	1,2%	1,1%	0,9%
+4	3,2%	1,6%	2,7%	1,0%	4,4%	3,1%	2,1%
+3	6,4%	6,5%	8,7%	4,5%	7,2%	6,6%	5,3%
+2	7,0%	9,4%	8,1%	7,2%	10,5%	7,9%	5,9%
+1	5,7%	6,9%	5,9%	5,9%	6,5%	5,8%	7,7%
0	8,6%	11,5%	7,6%	11,2%	8,1%	10,0%	10,7%
-1	3,3%	4,7%	3,2%	3,4%	2,8%	1,7%	3,3%
-2	4,4%	4,2%	3,7%	2,7%	3,2%	3,2%	4,3%
-3	4,9%	3,6%	4,2%	3,2%	2,8%	2,6%	3,5%
-4	3,2%	1,6%	1,6%	1,8%	1,3%	2,2%	2,8%
-5	5,7%	2,9%	3,6%	2,6%	3,3%	3,1%	3,9%
kenne ich nicht	16,5%	16,3%	18,2%	21,6%	17,2%	20,4%	17,8%
Keine Angabe	28,9%	29,9%	31,3%	34,3%	31,5%	32,2%	31,9%

**V23. Und nun zu einigen Politikern und Politikerinnen in Heidelberg.
Split half ohne bzw. mit Dokortitel, falls vorhanden!**

Split 1 ohne Dokortitel (923 Befragte)

Was halten Sie von...

	Anette Trabold	Anke Schuster	Barbara Greven- Aschoff	Dirk Niebel	Eckart Würzner	Fritz Kuhn
+5	1,3%	0,9%	0,4%	1,5%	7,7%	2,6%
+4	1,6%	1,2%	1,8%	3,9%	9,2%	5,2%
+3	6,7%	4,5%	2,2%	7,0%	11,7%	11,0%
+2	6,4%	5,3%	3,7%	9,4%	14,1%	10,8%
+1	6,0%	3,3%	2,7%	5,4%	6,6%	8,5%
0	8,3%	6,7%	6,1%	9,9%	8,2%	7,9%
-1	1,5%	1,8%	1,8%	2,4%	1,7%	1,9%
-2	1,3%	0,9%	0,9%	4,7%	3,1%	1,8%
-3	1,4%	0,6%	0,8%	4,2%	3,1%	2,3%
-4	1,4	0,4%	0,3%	1,5%	2,3%	1,0%
-5	2,2%	1,2%	1,1%	6,9%	3,9%	2,5%
Kenne ich nicht	33,6%	43,7%	46,3%	19,8%	11,1%	20,0%
Keine Angabe	28,4%	29,5%	31,9%	23,3%	17,3%	24,4%

Was halten Sie von...

	Jan Gradel	Judith Marggraf	Karl Lamers	Lothar Binding	Ursula Lorenz	Wolfgang Lachenauer
+5	0,5%	0,6%	2,8%	3,6%	1,3%	3,0%
+4	1,8%	1,4%	3,5%	5,3%	1,9%	3,6%
+3	1,9%	2,4%	4,7%	8,3%	3,7%	6,5%
+2	3,9%	3,2%	6,4%	8,2%	4,1%	6,2%
+1	2,9%	3,8%	5,8%	8,4%	6,1%	6,5%
0	6,7%	8,2%	8,6%	9,9%	8,9%	9,0%
-1	1,1%	0,8%	5,3%	4,0%	1,9%	2,6%
-2	0,6%	1,4%	4,2%	2,5%	0,8%	2,4%
-3	1,6%	0,7%	4,9%	1,7%	0,3%	3,2%
-4	0,3%	0,4%	2,7%	1,2%	0,7%	2,2%
-5	2,4%	0,9%	6,5%	3,0%	1,8%	4,1%
kenne ich nicht	45,3%	44,3%	21,4%	21,3%	38,7%	26,4%
Keine Angabe	30,8%	31,9%	23,3%	22,6%	29,8%	24,2%

Split 2 mit Dokortitel (844 Befragte)

Was halten Sie von...

	Dr. Anette Trabold	Dr. Anke Schuster	Dr. Barbara Greven-Aschoff	Dirk Niebel	Dr. Eckart Würzner	Fritz Kuhn
+5	1,5%	1,2%	0,9%	2,5%	9,1%	2,8%
+4	1,3%	1,5%	1,4%	4,8%	8,8%	5,3%
+3	5,8%	2,9%	1,9%	7,2%	14,0%	10,3%
+2	5,3%	4,1%	2,7%	9,0%	8,9%	9,2%
+1	6,5%	4,3%	3,5%	5,8%	5,7%	6,0%
0	7,3%	6,3%	6,2%	6,3%	5,8%	9,0%
-1	2,6%	1,4%	1,9%	2,3%	2,2%	3,9%
-2	2,0%	0,8%	1,5%	4,7%	3,8%	2,5%
-3	1,9%	0,8%	0,3%	3,1%	3,1%	1,6%
-4	0,6%	0,1%	0,5%	3,3%	2,1%	1,1%
-5	1,9%	0,8%	0,9%	4,7%	4,1%	1,9%
kenne ich nicht	34,5%	45,1%	47,9%	23,3%	14,7%	23,0%
Keine Angabe	28,6%	30,6%	30,3%	22,8%	17,8%	23,5%

Was halten Sie von...

	Dr. Jan Gradel	Judith Marggraf	Dr. Karl Lamers	Lothar Binding	Dr. Ursula Lorenz	Wolfgang Lachenauer
+5	0,6%	0,4%	3,4%	4,6%	1,6%	3,1%
+4	1,4%	0,9%	3,5%	5,4%	2,0%	4,1%
+3	2,7%	2,1%	4,9%	7,5%	4,1%	5,7%
+2	2,5%	2,6%	7,7%	9,1%	6,1%	6,6%
+1	5,2%	3,6%	7,2%	7,3%	4,2%	6,2%
0	5,6%	6,9%	7,8%	6,8%	6,2%	7,1%
-1	2,3%	1,3%	2,6%	2,4%	1,7%	2,6%
-2	1,5%	1,2%	4,5%	3,3%	1,5%	2,3%
-3	1,4%	0,2%	3,7%	1,8%	1,0%	2,4%
-4	0,6%	0,2%	1,4%	1,4%	0,3%	1,8%
-5	1,4%	1,0%	6,5%	2,2%	1,3%	2,5%
kenne ich nicht	44,7%	46,8%	24,8%	25,6%	40,3%	31,4%
Keine Angabe	30,2%	32,7%	22,0%	22,5%	29,5%	24,3%

v24. Sind die Entscheidungen, die im Gemeinderat getroffen werden, für Sie persönlich ...

sehr wichtig, 16,3%
wichtig, 50,9%
weniger wichtig oder 21,4%
unwichtig? 6,1%
weiß nicht 2,8%
keine Angabe 2,4%

v25. Und wie ist das mit den Entscheidungen im Landtag? Sind die für Sie persönlich ...

sehr wichtig, 15,0%
wichtig, 54,8%
weniger wichtig oder 20,8%
unwichtig? 4,4%
weiß nicht 2,6%
keine Angabe 2,4%

v26. Und wie ist das mit den Entscheidungen im Bundestag? Sind die für Sie persönlich ...

sehr wichtig, 45,2%
wichtig, 42,3%
weniger wichtig oder 6,9%
unwichtig? 2,0%
weiß nicht 1,8%
keine Angabe 1,8%

v27. Und wie ist das mit den Entscheidungen im Europaparlament? Sind die für Sie persönlich ...

sehr wichtig, 21,7%
wichtig, 41,5%
weniger wichtig oder 26,1%
unwichtig? 6,2%
weiß nicht 2,2%
keine Angabe 2,3%

v28. Was halten Sie von folgender Aussage: 'In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich an Wahlen zu beteiligen'. Trifft diese Aussage Ihrer Meinung nach ...

voll und ganz zu, 57,1%
eher zu, 27,9%
eher nicht zu oder 7,9%
überhaupt nicht zu? 5,3%
keine Angabe 1,8%

v29. Eckart Würzner ist seit 2006 Oberbürgermeister in Heidelberg. Hat sie Ihrer Meinung nach ihre Sache...

eher gut gemacht oder 62,3%
eher schlecht gemacht? 19,8%
keine Angabe 17,9%

v30. Wer sollte sich, Ihrer Meinung nach, in der Familie hauptsächlich um Kinder bis 6 Jahre kümmern?

Hauptsächlich die Mutter, 22,0%
hauptsächlich der Vater oder 0,2%
beide gleich? 74,9%
keine Angabe 2,9%

v31. Was halten Sie davon, wenn sich der Vater in der Familie hauptsächlich um die Kinder bis 6 Jahre kümmert? Finden Sie das...

sehr gut, 16,6%
gut, 56,1%
nicht so gut oder 19,5%
überhaupt nicht gut? 2,8%
keine Angabe 5,0%

v32. Und wenn der Vater eines Neugeborenen seinen Beruf für einige Monate zurückstellt, um sich hauptsächlich um das Kind zu kümmern - finden Sie das...

sehr gut, 31,2%
gut, 48,8%
nicht so gut oder 12,8%
überhaupt nicht gut? 3,1%
keine Angabe 4,1%

v33. Was halten Sie davon, wenn der Vater für längere Zeit auf eine Teilzeitstelle wechselt, um mehr Zeit für sein Kind zu haben? Finden Sie das...

sehr gut, 33,0%
gut, 49,3%
nicht so gut oder 12,0%
überhaupt nicht gut? 2,0%
keine Angabe 3,7%

v34. Was halten Sie davon, wenn die Mutter für längere Zeit auf eine Teilzeitstelle wechselt, um mehr Zeit für ihr Kind zu haben? Finden Sie das...

sehr gut, 44,3%
gut, 48,6%
nicht so gut oder 4,0%
überhaupt nicht gut? 0,8%
keine Angabe 2,3%

v35. Seit dem 1. Januar 2007 können Eltern das sogenannte Elterngeld in Anspruch nehmen. Haben Sie davon gehört?

ja 88,4%
nein 10,3%
keine Angabe 1,2%

v36. Finden Sie das Elterngeld grundsätzlich...

gut oder 92,0%
nicht gut? 6,1%
keine Angabe 2,0%

v37. Und was meinen Sie: Hat sich durch die Einführung des Elterngeldes die Situation junger Eltern...

deutlich verbessert, 15,2%
etwas verbessert, 53,7%
kaum verbessert oder 16,6%
überhaupt nicht verbessert? 3,2%
weiß nicht 10,3%
keine Angabe 1,0%
von allen Befragten, die vom Elterngeld gehört haben (v35; 1583)

v38. Nun zu einem anderen Thema. Wird Ihrer Meinung nach für Menschen mit Behinderung in Heidelberg ...

genug getan oder 34,3%
nicht genug getan? 37,5%
weiß nicht 26,7%
keine Angabe 1,5%

v39. Und wird für die Integration von Migranten in Heidelberg ...

genug getan oder 38,8%
nicht genug getan? 30,8%
weiß nicht 27,0%
keine Angabe 3,4%

v40. Wie stark interessieren Sie sich für Politik...

sehr stark, 15,5%
stark, 37,6%
etwas, 34,2%
kaum oder 7,7%
gar nicht? 4,3%
keine Angabe 0,6%

v41. Informieren Sie sich über die Kommunalpolitik in Heidelberg...

regelmäßig, 35,0%
unregelmäßig oder 48,6%
überhaupt nicht? 15,5%
keine Angabe 0,9%

v42. Wie informieren Sie sich hauptsächlich über die Kommunalpolitik?

Über die Tageszeitung,	53,9%
über das Stadtblatt,	15,1%
über das Regionalfernsehen,	2,8%
über regionale Radioprogramme,	2,8%
über das Internet oder	9,6%
über Gespräche mit Kollegen, Freunden oder in der Familie?	9,1%
woanders/ sonstiges	1,1%
keine Angabe	5,7%

v43. Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Ist sie...

gut,	56,5%
teils gut/ teils schlecht oder	32,7%
schlecht?	9,4%
keine Angabe	1,4%

v44. Wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Erwarten Sie, dass Ihre wirtschaftliche Lage dann ...

besser,	18,0%
gleichbleibend oder	62,5%
schlechter sein wird?	16,9%
keine Angabe	2,7%

vgb1. In welchem Jahr wurden Sie geboren?

(Altersgruppen)

18 bis 20 Jahre	4,5%
21 bis 24 Jahre	10,2%
25 bis 29 Jahre	10,7%
30 bis 34 Jahre	8,9%
35 bis 39 Jahre	8,4%
40 bis 44 Jahre	9,1%
45 bis 49 Jahre	8,6%
50 bis 59 Jahre	14,3%
60 bis 69 Jahre	11,5%
70 Jahre und älter	13,9%

vgb2 In welchem Monat wurden Sie geboren?

Januar	8,7%
Februar	7,3%
März	10,3%
April	9,7%
Mai	9,3%
Juni	9,1%
Juli	6,2%
August	5,5%

September	6,4%
Oktober	6,5%
November	7,5%
Dezember	7,9%
keine Angabe	5,6%

vz1. Haben Sie die deutsche Staatsbürgerschaft?

ja	93,9%
nein	5,8%
keine Angabe	0,3%

vz2. Welche Staatsbürgerschaft haben Sie?

türkisch	11,8%
französisch	2,9%
italienisch	4,5%
polnisch	3,5%
US-amerikanisch	8,2%
rumänisch	1,9%
russisch	0,8%
andere ehem. Sowjetrepublik	0,8%
kroatisch	0,9%
serbisch	3,4%
britisch	2,5%
tschechisch/slowakisch	1,1%
österreichisch	1,7%
anderes Land	50,8%
staatenlos	0,8%
keine Angabe	5,1%

von allen Befragten, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft (vz1) besitzen (102)

vz3. Haben Sie die deutsche Staatsbürgerschaft von Geburt an?

ja	90,7%
nein	9,1%
keine Angabe	0,2%

von allen Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft (vz1) besitzen (1659)

vz4. Welche Staatsbürgerschaft hatten Sie, bevor Sie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben?

türkisch	11,3%
polnisch	10,3%
rumänisch	10,1%
russisch	8,2%
kasachisch	7,6%
andere ehem. Sowjetrepublik	5,8%
kroatisch	1,8%
serbisch	0,0%
ehemals jugoslawisch	2,5%
griechisch	0,8%
italienisch	0,0%
tschechisch/slowakisch	3,2%
österreichisch	2,9%

französisch	1,3%
niederländisch	1,2%
anderes Land	24,8%
staatenlos	4,7%
keine Angabe	3,4%
<i>von allen Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht von Geburt an (vz3) haben (151)</i>	

vz5. Wurden Sie in Deutschland geboren?

ja.....	74,6%
nein.....	24,3%
keine Angabe	1,1%
<i>von allen Befragten, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (vz1), diese Frage verweigerten, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht von Geburt an haben (vz3) oder diese Frage verweigerten (172)</i>	

v45. Wie lange wohnen Sie schon in Deutschland?

unter 2 Jahre	3,9%
2 bis unter 5 Jahre.....	8,6%
5 bis unter 10 Jahre.....	13,8%
10 bis unter 20 Jahre.....	31,1%
20 Jahre und mehr	38,9%
keine Angabe	3,7%
<i>von allen Befragten, die nicht in Deutschland geboren wurden (vz5) oder die Auskunft hierüber verweigerten (231)</i>	

v46. Wo wurde Ihre Mutter geboren? In ...

Deutschland	78,5%
Österreich.....	0,5%
Polen	1,1%
Rumänien	0,7%
Russland	1,3%
Tschechien/ CSSR	1,6%
Türkei	1,5%
Ungarn.....	0,4%
Ukraine	0,5%
Schlesien.....	0,2%
in einem anderen Land?.....	12,3%
keine Angabe	1,4%

v47. Wo wurde Ihr Vater geboren? In ...

Deutschland	77,8%
Österreich.....	0,5%
Polen	1,1%
Rumänien	0,8%
Russland	1,2%
Tschechien/ CSSR	0,6%
Türkei	1,4%
Ungarn.....	0,4%
Ukraine	0,4%
Italien.....	0,3%
in einem anderen Land?.....	13,4%
keine Angabe	2,0%

v48. Sehen Sie sich nur als Deutsche/r, - betrachten Sie sich einer anderen Gruppe zugehörig oder - sehen Sie sich sowohl als Deutsche/r wie auch als Angehörige/r einer anderen Gruppe?

als Deutsche/r	71,3%
einer anderen Gruppe zugehörig.....	1,6%
als Deutsche/r und einer anderen Gruppe zugehörig.....	15,3%
keine Angabe	3,7%
EuropäerIn.....	6,4%
WeltenbürgerIn	0,8%
Pole	0,5%
Mensch	0,3%
<i>von allen Befragten, die die deutsche Staatsbürgerschaft (vz1) besitzen (1659)</i>	

vc. Was ist Ihr Familienstand?

Verheiratet,	45,5%
verheiratet, aber getrennt lebend,	1,1%
ledig,	39,7%
geschieden,	6,7%
verwitwet oder	5,6%
eingetragene Lebenspartnerschaft?	0,6%
keine Angabe	0,8%

vda. Haben Sie einen Lebenspartner/ eine Lebenspartnerin?

ja.....	39,5%
nein.....	56,5%
keine Angabe	4,0%
<i>von allen Befragten, die bei Familienstand (vc) „verheiratet, aber getrennt lebend“, „ledig“, „geschieden“, „verwitwet“ oder nichts angaben (952)</i>	

vdb. Wohnen Sie mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin zusammen?

ja.....	49,4%
nein.....	49,8%
keine Angabe	0,8%
<i>von allen Befragten, bei Familienstand (vc) „eingetragene Lebenspartnerschaft“ angaben bzw. einen Lebenspartner/eine Lebenspartnerin (vda) haben (387)</i>	

vdc. Unterhalten Sie sich mit Ihrem Partner/ Ihrer Partnerin über Politik ...

sehr oft,	15,4%
oft,	34,4%
manchmal,	35,6%
selten oder.....	11,0%
nie?	2,9%
keine Angabe	0,8%

vdd. Und hat sich Ihr Partner/ Ihre Partnerin am 7. Juni an der Wahl ...

beteiligt oder.....	66,2%
nicht beteiligt?	27,5%
PartnerIn darf nicht wählen	2,4%
weiß nicht	1,3%
keine Angabe	2,5%

vf. Welchen Schulabschluss haben Sie?

Hauptschulabschluss (=Volksschule). 14,6%	
Mittlere Reife (Real-/Fach-/Handelsschul- oder sonstigen mittleren Abschluss)	19,3%
Abitur/Hochschulreife/ Fachhochschulreife	63,5%
kein Schulabschluss.....	0,6%
noch in der Schule.....	0,8%
keine Angabe	1,1%

vg. Haben Sie ein Studium an einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule abgeschlossen?

ja.....	61,0%
nein.....	38,2%
keine Angabe	0,8%

von allen Befragten, die angaben, Abitur/Hochschulreife/Fachhochschulreife zu besitzen (vf) oder die Auskunft hierauf verweigerten ()

vh. Haben Sie eine abgeschlossene Lehre?

ja.....	43,8%
nein.....	52,9%
keine Angabe	3,3%

vk. Sind Sie zurzeit berufstätig?

voll beschäftigt.....	38,2%
Teilzeit beschäftigt.....	13,5%
in Kurzarbeit	0,6%
arbeitslos	2,3%
Elternzeit/Mutterschutz.....	1,7%
Rente, Pension, Vorruhestand	21,9%
in Ausbildung.....	3,8%
Hochschule/Studium	13,1%
Wehr-/Zivildienst/FSJ	0,5%
nicht berufstätig/Hausfrau/Hausmann ...	3,1%
keine Angabe	1,4%

von allen Befragten, die nicht noch zur Schule (vf) gehen (1752)

vka. Würden Sie gerne Teilzeit arbeiten?

ja.....	24,1%
nein.....	74,1%
keine Angabe	1,8%

von allen Befragten, die Vollzeit beschäftigt (vk) sind (699)

vkb. Wären Sie gerne...

Vollzeit beschäftigt oder	16,1%
Teilzeit beschäftigt?	43,3%
weder noch/nein	23,9%
keine Angabe	16,7%

von allen Befragten, die „nicht berufstätig/Hausfrau/Hausmann“ (vk) angaben (54)

vk. Würden Sie lieber...

Vollzeit arbeiten,	9,6%
lieber Teilzeit, aber mit mehr Stunden in der Woche arbeiten oder	22,9%
lieber Teilzeit, aber mit weniger Stunden in der Woche arbeiten?	11,1%
weder noch/keines von den dreien.....	54,0%
keine Angabe	2,4%

von allen Befragten, die Teilzeit beschäftigt (vk) sind (236)

vk1. Halten Sie Ihren Arbeitsplatz...

für sicher oder	78,2%
für gefährdet?	18,3%
keine Angabe	3,5%

von allen Befragten, die eine Voll-, eine Teilzeit-Beschäftigung oder Elternzeit/Mutterschutz (vk) nannten (934)

v49. Arbeiten Sie...

in Heidelberg oder	60,2%
außerhalb Heidelbergs?	38,9%
keine Angabe	0,9%

von allen Befragten, die eine Voll-, eine Teilzeit-Beschäftigung, Elternzeit/Mutterschutz oder eine Kurzarbeit (vk) nannten (945)

v50. In welchem Stadtteil befindet sich Ihr Arbeitsplatz?

Schlierbach.....	1,8%
Altstadt	14,3%
Bergheim	8,6%
Weststadt	7,5%
Südstadt	2,7%
Rohrbach.....	9,4%
Kirchheim	4,0%
Pfaffengrund.....	3,6%
Wieblingen.....	7,3%
Handschuhsheim.....	7,6%
Neuenheim	23,8%
Boxberg	1,2%
Emmertsgrund.....	0,5%
weiß nicht	1,2%
Ziegelhausen.....	2,6%
keine Angabe	3,9%

von allen Befragten, die in Heidelberg (v49) arbeiten (569)

v51. Benutzen Sie, um zu Ihrem Arbeitsplatz (zur Schule/ Uni/ Ausbildungsplatz) zu kommen, hauptsächlich...

das Auto,	32,4%
das Fahrrad,	34,4%
die öffentlichen Verkehrsmittel oder ...	22,3%
gehen Sie hauptsächlich zu Fuß?	8,8%
Motorrad, Moped, Mofa	0,7%
keine Angabe	1,4%

von allen berufstätigen Befragten und denjenigen, die zur Uni (vk) gehen oder noch in der Schule (vf) sind (1264)

v52. Der Aufstieg im Beruf ist manchen Menschen wichtig, anderen ist er nicht wichtig. Wie ist das bei Ihnen: Ist Ihnen (bei Rentnern: War Ihnen) der berufliche Aufstieg...

sehr wichtig,	19,9%
wichtig,	46,2%
weniger wichtig oder.....	25,2%
überhaupt nicht wichtig?.....	5,1%
keine Angabe	3,7%

v53. Sind Sie mit dem, was Sie bisher beruflich erreicht haben, ...

sehr zufrieden,.....	21,1%
zufrieden,.....	65,2%
nicht zufrieden oder	8,5%
überhaupt nicht zufrieden?.....	1,9%
keine Angabe	3,4%

von allen Befragten, die nicht mehr zur Schule gehen (vf) und sich nicht in der Rente, Pension bzw. dem Vorruhestand (vk) befinden (1369)

v54. Wie schätzen Sie Ihre Chancen für einen beruflichen Aufstieg in den nächsten fünf Jahren ein? Sind Ihre Aufstiegschancen...

sehr gut,	12,1%
gut,	40,9%
weniger gut oder.....	23,6%
überhaupt nicht gut?.....	12,3%
keine Angabe	11,2%

von allen Befragten, die nicht mehr zur Schule gehen (vf) und sich nicht in der Rente, Pension bzw. dem Vorruhestand (vk) befinden (1369)

v55. Gibt es in Ihrem Haushalt ein Auto?

ja.....	75,5%
nein.....	23,5%
keine Angabe	1,0%

v56. Und können Sie normalerweise über ein Auto verfügen, ohne dass Sie sich mit jemandem absprechen müssen?

ja.....	59,4%
nein.....	38,6%
keine Angabe	2,0%

vi. Sind Sie (bei Rentnern/Arbeitslosen: Waren Sie)...

Arbeiter/in	4,5%
Facharbeiter/in	4,0%
Meister/in	1,3%
Angestellte/r	49,6%
Beamter/Beamtin.....	8,0%
Richter/in	0,0%
Landwirt/in (selbständig)	0,1%
Selbständig.....	11,6%
Hausfrau/-mann.....	2,8%
Habe keinen Beruf/hatte nie einen	13,0%
keine Angabe	5,1%

von allen Befragten, die nicht mehr zur Schule (vf) gehen (1734)

vi2. Ist/War das eher...

eine einfache,	20,9%
eine gehobene oder	54,4%
eine leitende Tätigkeit?	23,0%
keine Angabe	1,8%

von allen Befragten, die als Angestellte (vi) tätig sind (860)

vl3. Gehören/-ten Sie zum...

einfachen Dienst,.....	2,0%
mittleren Dienst,	18,2%
gehobenen Dienst oder	37,5%
höheren Dienst?	40,2%
keine Angabe	2,2%

von allen Befragten, die als Beamten/-innen (vl) tätig sind (139)

vx1. Haben Sie selbst Kinder?

ja.....	50,5%
nein.....	48,7%
keine Angabe	0,8%

vx2m1-21. Wie alt sind Ihre Kinder?

(Mehrfachnennungen möglich)

unter 1 Jahr	2,8%
1 Jahr	3,8%
2 Jahre	4,1%
3 Jahre	3,8%
4 Jahre	3,8%
5 Jahre	3,4%
6 Jahre	4,3%
7 Jahre	4,4%
8 Jahre	4,1%
9 Jahre	3,7%
10 Jahre	4,7%
11 Jahre	3,6%
12 Jahre	4,4%
13 Jahre	3,7%
14 Jahre	3,5%
15 Jahre	3,6%
16 Jahre	4,7%
17 Jahre	3,8%
18 Jahre	3,0%
über 18 Jahre	63,2%
keine Angabe	1,6%

von allen Befragten, die mindestens ein Kind haben (892)

vx3. Wer kümmert sich bei Ihnen hauptsächlich um die Kinder bis 6 Jahre?

Sie selbst,.....	39,5%
Ihr Partner/ Ihre Partnerin oder	36,0%
beide gleich?	22,5%
Verwandte/ Freunde	0,0%
Betreuungspersonal	1,3%
keine Angabe	0,7%

von allen Befragten, die mindestens ein Kind bis 6 Jahren haben (171)

vx4. Haben Sie aufgrund Ihrer Kinder in der beruflichen Entwicklung...

keine Nachteile,	43,5%
geringe Nachteile oder	36,4%
deutliche Nachteile?	20,1%
keine Angabe	0,0%

von allen Berufstätigen mit Kindern unter 6 (154)

vx5. Werden Ihre Kinder bis 6 Jahre regelmäßig ...

(Mehrfachnennungen möglich)

in der Kindertagesstätte betreut,	34,2%
im Kindergarten,	52,8%
von einer Tagesmutter oder	9,8%
von Verwandten betreut?	10,7%
Au pair	0,0%
andere Personen	2,3%
keine Angabe	6,5%

von allen Befragten, die mindestens ein Kind bis 6 Jahren haben und bei vx3 antworteten (171)

vx6. Sind Sie mit den Öffnungszeiten der Kindertagesstätte...

sehr zufrieden,.....	54,4%
ziemlich zufrieden,.....	32,1%
ziemlich unzufrieden oder	8,1%
überhaupt nicht zufrieden?	5,5%
keine Angabe	0,0%

von allen Befragten, die Kinder in der Kita haben (58)

vx7. Sind Sie mit den Öffnungszeiten des Kindergartens...

sehr zufrieden,.....	48,3%
ziemlich zufrieden,.....	31,2%
ziemlich unzufrieden oder	13,8%
überhaupt nicht zufrieden?	5,5%
keine Angabe	1,2%

von allen Befragten, die Kinder im Kiga haben (90)

vx8. Angenommen, Sie würden selbst weniger arbeiten, um mehr Zeit mit Ihren Kindern verbringen zu können: Fänden Ihre Arbeitskollegen das...

sehr gut,	9,1%
gut,	33,1%
nicht so gut oder	33,8%
überhaupt nicht gut?	7,1%
keine Angabe	16,9%

von allen Berufstätigen mit Kindern unter 6 (154)

vx9. Und hätte Ihr Arbeitgeber dafür...

sehr viel Verständnis,	6,3%
viel Verständnis,	29,9%
wenig Verständnis oder	48,8%
überhaupt kein Verständnis?	10,2%
keine Angabe	4,7%

von allen abhängig Berufstätigen mit Kindern unter 6 (127)

ve. Wie viele Personen leben insgesamt in Ihrem Haushalt, Sie selbst mit eingeschlossen?

1	19,2%
2	37,8%
3	15,8%
4	15,5%
5 und mehr	8,3%
keine Angabe	3,4%

ve1. Wie viele Personen in Ihrem Haushalt sind 18 Jahre und älter, Sie selbst mit eingeschlossen?

1	2,5%
2	63,7%
3	15,9%
4	8,2%
5 und mehr	4,1%
keine Angabe	5,5%

von allen Befragten, die in einem Mehrpersonenhaushalt (ve) leben (1427)

vp. Sind Sie selbst oder jemand anderer in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?

ja, nur selbst	10,7%
ja, nur andere/r	5,9%
ja, selbst und andere/r	2,7%
nein	76,7%
keine Angabe	3,9%

vsv. Sind Sie Mitglied in einem Sportverein oder in einem anderen Verein?

ja, Sportverein	21,5%
ja, anderer Verein	17,5%
ja, beides	9,2%
nein	49,8%
keine Angabe	2,0%

vma. Haben Sie ein privates Handy?

ja	84,4%
nein	14,0%
keine Angabe	1,5%

vmb. Sind Sie auf Ihrem Handy auch über eine Heidelberger Festnetz-Rufnummer erreichbar?

ja	31,7%
nein	66,8%
keine Angabe	1,5%

von allen Befragten mit Handy (1492)

vmc. Über wie viele verschiedene Telefonnummern sind Sie zuhause erreichbar, Handy und Fax einmal ausgenommen?

keine	2,1%
1	70,1%
2	17,3%
3	4,3%
4	1,4%
5	0,3%
6	0,2%
7	0,2%
8	0,0%
9	0,1%
10	0,2%
mehr als 10	0,0%
weiß nicht	0,5%
keine Angabe	3,3%

vvi. Haben Sie privat oder bei der Arbeit Zugang zum Internet?

ja	83,7%
nein	14,4%
keine Angabe	2,0%

vq. Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

katholisch	26,7%
protestantisch/evangelisch	41,3%
muslimisch	2,6%
jüdisch	0,5%
andere	2,0%
keiner	24,2%
keine Angabe	2,6%

vr. Wie oft gehen Sie im Allgemeinen zur Kirche (bzw. zum Gebetshaus oder zur Moschee)? Gehen Sie...

jede Woche,	6,6%
fast jede Woche,	4,9%
ab und zu,	35,3%
einmal im Jahr,	15,7%
seltener oder	18,4%
nie?	17,5%
keine Angabe	1,6%

von allen Befragten, die einer Glaubensgemeinschaft angehören (1293)

vk2. Gibt es unter den Menschen, die Ihnen nahe stehen, jemanden, der arbeitslos ist?

ja..... 35,3%
nein..... 63,1%
keine Angabe 1,6%

vk3. Und gibt es unter den Menschen, die Ihnen nahe stehen, jemanden, dessen Arbeitsplatz gefährdet ist?

ja..... 36,4%
nein..... 57,6%
keine Angabe 6,0%

von allen Befragten, die angaben, dass es keine ihnen nahe stehende Person gibt, die arbeitslos ist (vk2) oder die Auskunft darüber verweigerten (1144)

vhv. Und sind Sie selbst in Ihrem Haushalt der Hauptverdiener/die Hauptverdienerin?

ja..... 35,1%
nein..... 40,4%
verdienen etwa gleich viel 15,0%
weiß nicht 0,9%
keine Angabe 8,6%

von allen Befragten, die nicht in einem Einpersonenhaushalt (ve) leben (1428)

vs1. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen.

Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?

CDU..... 17,4%
CSU..... 0,1%
CDU/CSU 1,1%
SPD 14,8%
FDP 5,1%
Bündnis 90/Grüne 17,3%
Die Linke 1,3%
NPD..... 0,0%
Republikaner 0,0%
DVU..... 0,0%
andere 0,3%
nein..... 30,0%
weiß nicht 1,5%
keine Angabe 11,0%

vs2. Wie stark oder wie schwach neigen Sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu...

sehr stark,..... 10,0%
ziemlich stark,..... 43,1%
mäßig, 42,9%
ziemlich schwach oder 2,5%
sehr schwach? 0,9%
keine Angabe 0,7%

von allen Befragten, die eine Partei (vs1) nannten (1016)

vs3. Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen.

Stellen Sie sich dazu bitte noch einmal ein Thermometer vor, das diesmal aber nur von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Wo würden Sie sich einstufen?

(Mittelwert)..... 4,4
keine Angabe 11,1%

vs4. Würden Sie von sich sagen, dass sie eher religiös oder eher nicht religiös sind?

(Mittelwert)..... 4,2
keine Angabe 4,5%

w1a. Sind Sie nach amtlicher Feststellung erwerbsgemindert oder schwerbehindert?

ja..... 12,2%
nein..... 85,7%
keine Angabe 2,1%

w1b. Wie hoch ist die Erwerbsminderung oder Schwerbehinderung nach der letzten Feststellung?

(Mittelwert)..... 64,7%
weiß nicht 0,2%
keine Angabe 37,4%

va. Geschlecht der befragten Person

männlich 45,9%
weiblich..... 54,1%

Franz Gerbig

